



28. Sitzung (Sondersitzung)

Düsseldorf, Dienstag, 22. März 2011

| | | | |
|---|------|---|------|
| Gedenken an die Opfer der Erdbebenkatastrophe in Japan | 2573 | Ergebnis..... | 2597 |
| Mitteilungen des Präsidenten | 2573 | | |
| 1 Erdbebenkatastrophe in Japan und ihre Folgen | | 2 Urteil des Verfassungsgerichtshofes zum Nachtragshaushaltsgesetz 2010 und Konsequenzen für die Haushaltspolitik in Nordrhein-Westfalen | 2597 |
| Unterrichtung durch die Landesregierung | | Karl-Josef Laumann (CDU) | 2597 |
| Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE | | Dr. Gerhard Papke (FDP) | 2600 |
| Drucksache 15/1542 | | Norbert Römer (SPD) | 2603 |
| Entschließungsantrag der Fraktion der CDU | | Reiner Priggen (GRÜNE) | 2605 |
| Drucksache 15/1543 | 2573 | Wolfgang Zimmermann (LINKE) | 2607 |
| Ministerpräsidentin Hannelore Kraft..... | 2573 | Minister Dr. Norbert Walter-Borjans..... | 2609 |
| Armin Laschet (CDU) | 2577 | Rüdiger Sagel (LINKE) | 2612 |
| Norbert Römer (SPD) | 2581 | Ministerin Sylvia Löhrmann..... | 2613 |
| Reiner Priggen (GRÜNE) | 2584 | Christian Weisbrich (CDU)..... | 2613 |
| Dr. Gerhard Papke (FDP)..... | 2586 | | |
| Bärbel Beuermann (LINKE)..... | 2589 | | |
| Minister Johannes Remmel..... | 2590 | | |
| André Stinka (SPD) | 2593 | | |
| Hans Christian Markert (GRÜNE) | 2594 | | |
| Michael Aggelidis (LINKE)..... | 2595 | | |
| Minister Harry Kurt Voigtsberger | 2596 | | |
| | | Nächste Sitzung..... | 2613 |
| | | Entschuldigt waren: | |
| | | Minister Guntram Schneider (ab 14:30 Uhr) | |
| | | Gregor Golland (CDU) | |
| | | Winfried Schittges (CDU) | |
| | | Maria Westerhorstmann (CDU) | |
| | | Hubertus Kramer (SPD) | |
| | | Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP) | |

Beginn: 13:03 Uhr

Präsident Eckhard Uhlenberg: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen.

Zunächst möchte ich eine **Erklärung zu den Ereignissen in Japan** abgeben, bevor wir uns zu einer Schweigeminute von den Plätzen erheben.

Auch elf Tage, nachdem uns die ersten Informationen über das verheerende Erdbeben und die zerstörerische Flutwelle des Tsunami im Norden Japans erreicht haben, halten uns die Nachrichten über die Lage im Katastrophengebiet weiter in Atem. Das Ausmaß dieser Naturkatastrophen ist von Tag zu Tag offensichtlicher geworden: mehr als 20.000 Tote und Vermisste, unzählige Verletzte und fast eine halbe Million Menschen, die Hab und Gut verloren haben, weil die Naturgewalten ganze Städte und Infrastrukturen weggerissen haben. Die Versorgung mit Trinkwasser und Lebensmitteln wird schwieriger.

Doch die Katastrophe hat sich noch ausgeweitet. Ausgelöst durch die Erdbeben und den Tsunami kam es in mehreren Atomreaktoren zu Explosionen und zur Freisetzung radioaktiver Strahlung, deren Ausmaß immer noch offen ist. Ein Land, dessen Technologie- und Sicherheitsstandards weltweit anerkannt werden, erfährt in bisher unbekannter Art und Weise, dass das scheinbar Unmögliche Realität geworden ist. Die schweren atomaren Unfälle erfüllen uns mit größter Sorge um Leben und Gesundheit der unmittelbar betroffenen Menschen. Aber auch weltweit wachsen die Angst und die Bedrohung durch eine atomare Katastrophe.

Sehr verehrter Herr Generalkonsul Koinuma, ich danke Ihnen ausdrücklich, dass Sie angesichts dieser schlimmen Situation, die Ihr Land und seine Menschen erleiden müssen, heute zu uns gekommen sind. Ich spreche Ihnen und Ihren Landsleuten im Namen des Landtags Nordrhein-Westfalen unser Mitgefühl und unsere tief empfundene Anteilnahme aus. In diesen schweren Tagen und Wochen stehen wir in Nordrhein-Westfalen an der Seite Ihres Volkes, das mit bewundernswerter Disziplin sein Schicksal trägt und mutig die Katastrophe einzudämmen versucht.

Wo immer es erforderlich und möglich ist, wird Nordrhein-Westfalen Hilfe und Unterstützung leisten – auch über die aktuelle Not hinaus. Die 150-jährigen diplomatischen Beziehungen unserer Länder und die besondere Nähe zur großen japanischen Gemeinde in Nordrhein-Westfalen haben eine freundschaftliche Verbindung entstehen lassen, die gerade in schwierigster Zeit ihre Tragfähigkeit unter Beweis stellen wird. Unsere Gedanken sind bei den Menschen in Japan, die so viel unbeschreibliches Leid erfahren haben und immer noch erdulden müssen.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, sich zum Gedenken an die Opfer von Ihren Plätzen zu erheben.

(Kurze Stille)

Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie zu unserer heutigen, 28. und zugleich Sondersitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen herzlich willkommen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **fünf Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Geburtstag feiern heute Frau **Heike Gebhard** von der Fraktion der SPD – herzlichen Glückwunsch! –

(Beifall)

und Frau Ministerin **Ute Schäfer**. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Ich gratuliere Ihnen sehr herzlich im Namen aller Kolleginnen und Kollegen.

Wir treten nunmehr in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Die Einberufung des Landtags erfolgt gemäß § 38 Abs. 4 der Landesverfassung auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP zu Tagesordnungspunkt 2.

Ich rufe auf:

1 Erdbebenkatastrophe in Japan und ihre Folgen

Unterrichtung
durch die Landesregierung

Entschließungsantrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/1542

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1543

Der Chef der Staatskanzlei hat mir mit Schreiben vom 17. März mitgeteilt, dass die Landesregierung zu dem genannten Thema eine Unterrichtung beabsichtigt.

Die Unterrichtung erfolgt durch die Ministerpräsidentin. Ich erteile ihr das Wort.

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werter Herr Generalkonsul! Am 11. März wurde Japan vom stärksten Erdbeben in

der Geschichte des Landes erschüttert. Das Erdbeben hat einen gewaltigen Tsunami ausgelöst und zu massiven Schäden an verschiedenen Atomkraftwerken des Landes geführt, vor allem an den Reaktoren in Fukushima. Tausende Tote und Vermisste sind zu beklagen, Hunderttausende sind obdachlos.

Angesichts dieser furchtbaren Katastrophe, deren Bilder uns jeden Tag aufs Neue erschüttern, steht in diesen Tagen das Gedenken an die Betroffenen und die Solidarität mit Japan im Vordergrund. Wir trauern mit den Angehörigen der Opfer, und unser Mitgefühl gilt allen, die noch immer in großer Sorge um ihre Angehörigen sind. Größter Respekt gebührt den Helfern, die unter Einsatz von Leben und Gesundheit nun gegen die unterschiedlichen Folgen der Katastrophe kämpfen.

Ich habe umgehend nach dem Erdbeben den japanischen Generalkonsul in Düsseldorf aufgesucht und ihm unser aller Teilnahme vermittelt. Ich habe ihm die Hilfe der Landesregierung angeboten. Zusammen mit Generalkonsul Koinuma lädt die Landesregierung die Bürgerinnen und Bürger des Landes ein, am kommenden Sonnagnachmittag um 15:30 Uhr im Düsseldorfer Nordpark, gemeinsam mit den bei uns lebenden japanischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, der Opfer der Katastrophe zu gedenken und ihre Verbundenheit mit dem japanischen Volk zu bekunden.

Die Bürgerinnen und Bürger drücken ihre Verbundenheit auf verschiedenen Wegen aus, etwa durch Mahnwachen und Schweigeminuten. Auch in den Landesbehörden hat es am vorigen Freitag eine solche Schweigeminute gegeben. An diesem Tag war an allen öffentlichen Gebäuden Trauerbeflaggung angeordnet. Die Düsseldorfer Symphoniker werden am Samstag ein Konzert für Japan geben.

Die große Solidarität und Anteilnahme, die in all dem deutlich wird, setzt auch deshalb ein sehr wichtiges Zeichen, weil wir in Nordrhein-Westfalen mit rund 12.000 Menschen eine bedeutende japanische Gemeinschaft haben. Die meisten davon, rund 8.000, leben hier in Düsseldorf. Hunderte von japanischen Unternehmen haben bei uns ein Zuhause.

Die schrecklichen Ereignisse überschatten nun ein Jubiläum, das Deutschland und Japan 2011 aus Anlass der vor 150 Jahren aufgenommenen freundschaftlichen Beziehungen unbeschwert begehen wollten. Die Jubiläumsfeierlichkeiten hatten bereits am 27. Januar mit einer offiziellen Auftaktveranstaltung begonnen. Während des Jahres sind in Nordrhein-Westfalen über 80 Veranstaltungen in den Bereichen Jugend und Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft geplant.

Meine Damen und Herren, wir müssen in diesen schweren Tagen den Betroffenen nicht nur in Gedanken und Gefühlen beistehen, sondern, soweit es geht, auch praktisch handeln. Die Landesregierung bietet seit vergangener Woche allen Japan-

touristen und Geschäftsreisenden und allen, die dort im Rettungsdienst oder im Katastrophenschutz tätig waren, die Möglichkeit an, sich kostenlos beim Landesinstitut für Gesundheit und Arbeit auf radioaktive Strahlenbelastung mit einem sogenannten Bodycounter untersuchen zu lassen. In den Universitätskliniken Essen, Köln und jetzt auch Münster sowie im Forschungszentrum Jülich stehen ebenfalls Geräte zur Verfügung, die allerdings nicht kostenlos genutzt werden können.

Wenn es die weitere Entwicklung ergibt, dass Nordrhein-Westfalen die Mitglieder der japanischen Gemeinde hier im Land unterstützen oder beim Wiederaufbau in Japan helfen kann, stehen wir bereit. Die japanische Bevölkerung kann auf uns zählen. Derzeit ist es allerdings schwer, auswärtige Helfer in den betroffenen Gebieten überhaupt einzusetzen.

Meine Damen und Herren, ich möchte heute angesichts der dreifachen Katastrophe in Japan, die ein hoch entwickeltes Industrieland getroffen hat, darüber unterrichten, welche Schlussfolgerungen aus Sicht der Landesregierung hieraus für Nordrhein-Westfalen zu ziehen sind.

Erstens. Viele Menschen in Nordrhein-Westfalen machen sich Sorgen um die eigene Gesundheit. Wir sind vorbereitet, falls hier Messungen auf Radioaktivität in der Umwelt, wie etwa in Wasser, Boden, Pflanzen sowie in Nahrungs- und Futtermitteln, erforderlich würden. Bisher gibt es keinerlei Anhaltspunkte, dass Radioaktivität auf dem Luftweg nach Deutschland gekommen wäre. Dennoch beobachten wir die Lage weiterhin intensiv.

Darüber hinaus hat das Umweltministerium drei Grenzkontrollstellen an den Flughäfen Düsseldorf und Köln sowie im Hafen Duisburg vorsorglich angewiesen, in Zusammenarbeit mit dem Zoll von allen Lebensmitteln, die aus Japan kommen, Proben zu entnehmen. Diese werden unverzüglich in den dafür eingerichteten Messstellen des Landes auf eine mögliche radioaktive Belastung untersucht.

Bereits auf dem Markt befindliche Lebensmittel aus Japan sind nach derzeitigem Stand als unbelastet einzustufen, da seit der Katastrophe aus dieser Region keine Lebensmittel nach Deutschland exportiert worden sind.

Es ist wichtig, den Menschen, die Sorge um ihre Gesundheit haben, kompetente Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner zu nennen. Aus diesem Grund hat das Gesundheitsressort bereits vor einer Woche über seine Homepage eine entsprechende Information zur Verfügung gestellt. Natürlich stehen auch Apotheken und für den Strahlenschutz ausgewiesene Ärztinnen und Ärzte und Krankenhäuser für Informationen zur Verfügung. Zusätzlich sind im Internet verlässliche Informationen verfügbar.

Zweitens. Die Wucht der Katastrophe muss uns Anlass sein, auch hierzulande noch einmal intensiv zu

prüfen, ob wir für extreme Schadensereignisse hinreichend gerüstet sind. Denn klar ist doch: Katastrophale Auswirkungen gerade von Reaktorunfällen machen nicht an Länder- oder Landesgrenzen halt. Deshalb bedauern wir es außerordentlich, dass es offensichtlich keine Einigung bei dem Treffen der EU-Energieminister gegeben hat und man sich dort nicht auf einheitliche Stresstests für AKWs verständigen konnte. Hier müssen höchste Sicherheitsstandards angelegt werden. Dabei ist uns besonders wichtig: Auch in der EU muss darüber diskutiert werden, dass es zu einem endgültigen Ausstieg aus der Atomenergie in Europa kommt.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Meine Damen und Herren, in Nordrhein-Westfalen wird schon seit Jahren kein Kernkraftwerk oder Forschungsreaktor mehr betrieben. Das waren weitblickige Entscheidungen der früheren Landesregierung unter Johannes Rau. Aber natürlich stellen wir auch die Frage nach der Sicherheit der sonstigen kerntechnischen Anlagen, die es in Ahaus, Jülich und Gronau gibt.

Im Fall der Urananreicherungsanlage in Gronau werden keine Brennstäbe genutzt und finden auch keine spezifischen Prozesse der Stromproduktion wie in einem Kernkraftwerk statt. Daher besteht dort auch kein Erfordernis der Notkühlung oder der Nachwärmeabfuhr, was sich bei den Anlagen in Japan als so problematisch erweist. Unabhängig davon wird aber auch hier die Sicherheit nochmals zu prüfen sein.

Viele Menschen bewegen darüber hinaus das Thema der Castortransporte zum Zwischenlager Ahaus. Bei diesen Transporten hat der Bund erhebliche Genehmigungs- und Prüfaufgaben. Daher führt die Landesregierung mit den zuständigen Stellen beim Bund Gespräche und setzt sich intensiv dafür ein, dass die in Jülich lagernden Castorbehälter auch dort sicher verbleiben können und Transporte vermieden werden.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Herr Minister Voigtsberger hat den Bundesumweltminister, Herrn Dr. Röttgen, schriftlich gebeten, bei der angekündigten sicherheitstechnischen Überprüfung der Atomkraftwerke in Deutschland auch die kerntechnischen Anlagen in Nordrhein-Westfalen zu berücksichtigen. Wir wollen, dass auch die Anlagen in unserem Land nach dem aktuellen Stand von Sicherheit und Technik überprüft und bewertet werden, damit gegebenenfalls notwendige Nachrüstungen kurzfristig veranlasst werden können.

Meine Damen und Herren, Störfälle in den Kraftwerken in unserer unmittelbaren Nachbarschaft – Niedersachsen, Belgien, Niederlande – könnten sich auch auf unser Land auswirken. Deshalb ist bei dieser Gelegenheit darauf hinzuweisen: In einem solchen Fall greifen genau festgelegte und abge-

stimmte Notfallpläne und -maßnahmen. Nordrhein-Westfalen hat ein ABC-Schutzkonzept. Auf seiner Grundlage sind Einheiten aufgestellt worden, die eine Dekontamination von Verletzten durchführen, nukleare Belastungen messen und verstrahlte Geräte und Fahrzeuge dekontaminieren können.

Drittens. Vielfach wird die Frage aufgeworfen, welche ökonomischen Folgen die Katastrophe in Japan haben könnte, nicht nur für das Land selbst, sondern für die ganze Welt, Europa, Deutschland und damit auch für unser Land Nordrhein-Westfalen. Das können wir heute noch nicht exakt definieren. Gewisse Lieferausfälle elektronischer und anderer Steuerbauteile und damit die Beeinträchtigung ausländischer und somit auch deutscher Produktionen in der Elektronik-, Chemie- und Automobilindustrie sowie im Maschinen- und Anlagenbau werden diskutiert. Der Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie hat erst gestern auf die Gefahr von Engpässen hingewiesen.

Frankreich, das derzeit den Vorsitz in der G8 führt, soll Vorschläge ausarbeiten, wie die Folgen für die Weltwirtschaft in Grenzen gehalten werden können. Ich fürchte, hier könnte Außenminister Westerwelle recht haben mit seiner Vermutung – ich zitiere –: „Das, was in Japan stattgefunden hat, wird an keinem Land spurlos vorübergehen.“ Er hat hinzugefügt: „Damit meine ich ausdrücklich auch die wirtschaftlichen Gefährdungen.“

Einzelne Unterbrechungen sind schon konkret geworden. So kam es bei Opel in Eisenach zu vorübergehenden Schichtausfällen, weil ein Elektronikbauteil eines japanischen Zulieferers fehlt. Auch der Großhandel aus Nordrhein-Westfalen ist bereits sehr konkret betroffen, weil einzelne Niederlassungen in Japan zurzeit nicht beliefert werden können.

Wir halten an unserer engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Japan fest – heute mehr denn je. Wir wollen unseren Freunden helfen, so schnell wie möglich zu einem gewissen Maß an Normalität, auch an wirtschaftlicher Normalität, zurückzukehren. Dies gilt für den bilateralen Austausch und in besonderem Maße natürlich für die wichtige japanische Wirtschaftscommunity hier in unserem Land.

Um diese Fragen zu vertiefen und ein Zeichen praktischer Verbundenheit zu setzen, werden wir uns demnächst mit den Repräsentanten der japanischen Wirtschaft und der japanischen Gemeinde zusammensetzen.

Viertens. Die Atomkatastrophe in Japan beweist nach Harrisburg und Tschernobyl nun zum dritten Mal, dass die nukleare Technologie Risiken hat, die nicht kontrollierbar sind. Weitere dieser schrecklichen Beweise braucht es nicht und darf es nicht mehr geben.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Dass atomare Störfälle mit gravierender Freisetzung von Radioaktivität selbst bei japanischen Kraftwerken eintreten, deren Schutzniveau mit dem deutscher kerntechnischer Anlagen als vergleichbar galt, muss grundlegende Folgen für die Energiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland haben.

Das heißt nicht, dass man, wie von der Bundesregierung in den letzten Tagen demonstriert, in Aktivismus verfallen muss. Das von der Bundesregierung hastig verkündete dreimonatige Moratorium zur vereinbarten Laufzeitverlängerung deutscher AKWs und die angeordnete Abschaltung der ältesten sieben Kraftwerke für drei Monate greifen eindeutig zu kurz.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Diese Ankündigung korrigiert weder die grundsätzlich falschen politischen und gesetzlichen Weichenstellungen, noch gibt sie Antworten auf die Frage, wie ein zukunftsfähiges und nachhaltiges Energiekonzept für die Bundesrepublik Deutschland aussieht. Nein, das, was dort angelegt worden ist, ist noch keine Energiewende. Zu Recht nimmt die Mehrheit der Bevölkerung dies nach jetzigem Stand als rein politisches Manöver wahr, wie die Umfragen zeigen.

Ich hoffe, dass es nicht dabei bleibt. Im Übrigen wird es – dessen bin ich sicher – auch mit Blick auf die anstehenden Wahlen nicht viel nützen.

Der „Spiegel“ hat gestern die entscheidende Frage gestellt – ich zitiere –:

„Kann sich eine Partei, die Kernkraft noch vor kurzem als ‚Ökoenergie‘ gefeiert hat, glaubwürdig an die Spitze der Anti-Atom-Bewegung stellen?“

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung ist mit ihrem Energiekonzept, das einseitig auf Atomenergie gesetzt hat, in kürzester Zeit gescheitert. Wir haben versucht, über den Bundesrat diese Entwicklung aus Nordrhein-Westfalen heraus zu verhindern. Man hat uns damals erklärt, dass die Bundesländer nicht zuständig seien.

Umso überraschter sind wir heute darüber, dass die Kanzlerin sich mit den Ministerpräsidenten aus den direkt betroffenen Ländern trifft, um die Zukunft zu beraten. Wie ich gehört habe, werden wir demnächst auch dazu eingeladen. Das ist ein sinnvoller und richtiger Schritt, um zu einer guten, zukunftsweisenden Energiepolitik in Deutschland zu kommen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ja, es ist dringend erforderlich, dass alle an einem Tisch zusammenkommen, um aus den dramatischen Ereignissen in Japan zu lernen und ein

nachhaltiges Energiekonzept für ganz Deutschland zu entwickeln.

Wir haben die Bundesregierung am Freitag im Bundesrat dazu aufgefordert,

1. die Laufzeitverlängerung sofort per Gesetz zurückzunehmen und das Kerntechnische Regelwerk des Jahres 2009 sofort in Kraft zu setzen und
2. die acht ältesten und am schlechtesten geschützten Reaktoren auf diesem Wege unverzüglich und endgültig abzuschalten – und nicht nur für drei Monate.
3. Mit Blick auf Japan sollten alle weiteren Atomanlagen nach dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik erneut überprüft und bewertet werden.

Jetzt gilt es aber, die gesamte Energiepolitik neu auszurichten. Eine nachhaltige, versorgungssichere und preiswerte Energieversorgung in Deutschland ist nicht auf Atomstrom angewiesen. Der Umstieg auf erneuerbare Energien muss schnellstmöglich erreicht werden. Dazu ist der Ausbau der erneuerbaren Energien in Verbindung mit hoch effizienten Kraftwerken, möglichst mit Kraft-Wärme-Kopplung, voranzutreiben. Das ist die vielfach beschworene Brücke – nicht die Atomenergie.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Ich fand es bemerkenswert, dass Klaus Töpfer kürzlich im ARD-Presseclub gesagt hat: „Je kürzer eine Brücke ist, umso preiswerter und umso sicherer ist sie.“

Die Rücknahme der Laufzeitverlängerung und erst recht ein kompletter Atomausstieg bieten für neue Anbieter Chancen am Energiemarkt. Das verstärkt den Wettbewerb und schafft Anreize für den Umbau unseres Systems. Diesen Weg müssen wir entschlossen vorangehen. Dazu zählen auch die Ausschöpfung der Potenziale der Energieeinsparung und der Energieeffizienz sowie die Förderung von Innovationen für eine dezentrale und nachhaltige Energieversorgung. Genau dazu gehört auch der notwendige Ausbau von Übertragungs- und Verteilnetzen.

Meine Damen und Herren, die Eckpunkte des Haushalts, den die Bundesregierung vor Kurzem beschlossen hat, zeigen, wie es um eine solche reale und fundierte Energiewende bisher wirklich bestellt ist. Denn tatsächlich will die Bundesregierung die Mittel zur Förderung der erneuerbaren Energien um 700 Millionen € und die Mittel für das 100.000-Dächer-Solarstrom-Programm um ein Drittel reduzieren; die Mittel für das Gebäudesanierungsprogramm gegen zu hohen Energieverbrauch sollen von 2,2 Milliarden € in 2009 auf unter 1 Milliarde € gekürzt werden. So sieht die Energiewende im Bundeshaushalt zurzeit aus.

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, wenn Sie eine wirkliche Energiewende wollen, dann sollten wir uns gemeinsam dafür einsetzen, dass diese Kürzungen zurückgenommen werden und dass es endlich noch weitere intensive Schritte in die richtige Richtung gibt.

(Lebhafter Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Ich möchte noch eine Bemerkung machen. – In der aktuellen Diskussion erscheint es wenig hilfreich, wenn beim endgültigen Ausstieg aus der nicht kontrollierbaren und im Krisenfall nicht beherrschbaren Atomenergie einseitig auf dadurch scheinbar entstehende steigende Strompreise verwiesen wird. Diese Argumentation, die im Wesentlichen Bundesminister Brüderle führt, wird den Fragen von Gesundheit und Sicherheit nicht gerecht.

Selbstverständlich wird der Umbau unserer Energieversorgung Geld kosten. Dies ist aber unabdingbar. Es ist dabei die Aufgabe der Politik, sich gemeinsam über alle politischen Ebenen hinweg dafür einzusetzen, dass die Belastung für die Verbraucherinnen und Verbraucher, die dieser Umbau natürlich auch mit sich bringt, nicht über Gebühr steigt.

Eine nachhaltige Energiepolitik bietet große Chancen – gerade auch für das Energieland Nordrhein-Westfalen. Mit E.ON und RWE haben zwei der vier großen Energieunternehmen hier ihren Sitz. Natürlich stimmen sie reflexartig die Klage über die Einschnitte bei der Atomlaufzeit an. Doch seit einiger Zeit gibt es auch hier ermutigende starke Engagements bei den erneuerbaren Energien, weil man eben auch damit Geld verdienen kann. Ich bin mir sicher, dass die Unternehmen diesen Weg weiter beschreiten werden. Sie werden es müssen. Alles andere ist perspektivlos.

Meine Damen und Herren, sechs der weltweit 140 börsennotierten Unternehmen mit dem Schwerpunkt regenerative Energie sind in unserem Bundesland ansässig. Jedes zweite weltweit in Windenergieanlagen eingesetzte Getriebe stammt aus Nordrhein-Westfalen. Besonders erfreulich ist auch, dass viele Bergbau-Zulieferbetriebe bei den erneuerbaren Energien neue Geschäftsfelder erschlossen haben. Das ist der erfolgreiche Strukturwandel, den wir begrüßen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Die Energiewende sichert Wertschöpfung, Beschäftigung und Wohlstand. Die Risiken der Atomkraft – auch das lehrt uns Japan – sind hingegen untragbar groß. Sie werden sich auch künftig nicht endgültig beherrschen lassen. Auch wenn wir alle wünschen, dass die Folgen der Katastrophe möglichst gering bleiben: Wir dürfen nicht erneut der Illusion verfallen, dass die Kernenergie beherrschbar sei.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir stehen an der Seite unserer japanischen Freunde. Wir tun alles, um die Menschen hierzulande vor etwaigen Gesundheitsgefährdungen zu schützen und ihnen die Sorgen zu nehmen. Wir wappnen uns vor den weiteren bestehenden Risiken durch nukleare Anlagen in unserer Nachbarschaft. Wir beobachten die möglichen wirtschaftlichen Folgen der Geschehnisse intensiv. Und: Wir müssen viel schneller auf erneuerbaren Energien umsteigen.

Das sind für die Landesregierung die wichtigsten Konsequenzen, die aus den Ereignissen in Japan für unser Land Nordrhein-Westfalen zu ziehen sind. – Vielen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin. – Wir kommen nun zur Aussprache. Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Laschet.

Armin Laschet (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Pia-Tomoko Meid, die Geschäftsführerin der Deutsch-Japanischen Gesellschaft, hat vor wenigen Tagen in der Sendung „Maybrit Illner“ gesagt, es sei den Japanern ein tiefes Bedürfnis, mit ihren eigenen Sorgen nicht andere Leute zu belästigen. Wenn sie sehe, was seit dem Reaktorunglück in Deutschland los sei, wisse sie, dass das den Japanern sehr peinlich sei. Die Japaner hätten all das – die Angst, die Debatte, den Beschluss, Reaktoren abzuschalten – den Deutschen gewissermaßen aufgezwungen, was ihnen leidtue.

Man mag diese Aussage aus unserer Sicht verstehen oder nicht verstehen. Sie sollte uns dennoch in unserer Debatte im Landtag Nordrhein-Westfalen innehalten lassen – aus Respekt vor der Kultur, aus Respekt vor den 12.000 Menschen aus Japan, die hier in Düsseldorf und in Nordrhein-Westfalen leben.

Am 11. März unserer Zeit wurde Japan vom schwersten Erdbeben seiner Geschichte erschüttert. Um 14:45 Uhr Ortszeit bebte die Erde mit einer Stärke von 9,0. Das Epizentrum lag ca. 130 km östlich der Stadt Sendai und etwa 400 km nordöstlich von Tokio. Nach wenigen Minuten trifft eine erste Flutwelle mit bis zu 25 m Höhe auf die dortige Küste.

Wir diskutieren seit Tagen in Deutschland in einer Art und Weise, als seien wir die Opfer einer Katastrophe am anderen Ende der Erde und als sei es nun in diesen Stunden die allererste und wichtigste Aufgabe, die Hauptaufgabe, über Verbesserungen für Deutschland nachzudenken. Das ist mittelfristig sicher richtig. Aber wir müssen als Erstes einmal feststellen, dass in diesen Tagen die Grenzen

menschlichen Schutzes vor den Gewalten, den Urkräften der Natur sichtbar geworden sind. Jetzt fast ausschließlich darüber zu diskutieren, was wir schon immer alles besser gewusst haben, ist der falsche Schwerpunkt. Es ist genau jene, wie Thomas Schmid gesagt hat, „Hybris und Ichbezogenheit“, die wir doch zivilisationskritisch hinter uns gelassen zu haben meinen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Die Bilder der ungeheuren Wassermassen, die Häuser, Schiffe, Eisenbahnzüge und Brücken, die ganze Städte wie Spielzeug weggeschwemmt und Autos, Klimaanlagen, Fernsehgeräte, Kühlschränke und ganze Flugzeuge dahintreiben, lehren uns, wie klein der Mensch nach wie vor ist. Die Art und Weise, wie die uns oft in ihrer Kultur für uns so fremden Japaner mit Mut und Zähigkeit und einer Haltung, die wie Gleichmut wirkt, auf die Schläge der Naturgewalten reagieren, sollte uns doch eher zum Mitgefühl bewegen, als sofort wieder unsere seit 30 Jahren geführten Debatten aufzuwärmen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Natürlich müssen wir auch über Konsequenzen reden, erst recht im größten Energieproduktionsland und größten Energieverbrauchsland in Deutschland. Aber am Beginn dieser Debatte möchte ich dennoch das tiefe Mitgefühl äußern für die Tausenden Familien, die Angehörige verloren haben, für die Hunderttausende, die obdachlos geworden sind. Sie wissen, dass die Stadt, die Straße, das Haus, die Gemeinschaft, die Nachbarschaft, in der man einmal gelebt, gearbeitet, Menschen geliebt, Freundschaften gepflegt hat, nicht mehr existieren.

Respekt auch vor dem Mut! Die Brigade der Feuerwehrleute, die freiwillig nach Fukushima gehen, hat den gleichen Respekt verdient wie die Feuerwehrleute, die einst ins World Trade Center gingen, um Menschenleben zu retten.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Ver einzelt Beifall von der SPD)

Nun ist Japan kein Entwicklungsland. Es ist ganz anders von der Katastrophe betroffen als Haiti vor exakt einem Jahr, als 300.000 Menschen in einem der ärmsten Länder der Erde ihre Existenz verloren haben. Aber es ist dennoch ein Land, das unsere Solidarität braucht. Deshalb ist es richtig, dass die Hilfswerke auch in diesen Tagen zu Spenden aufrufen. „Zu Spenden für ein Industrieland?“, wird mancher fragen. – Ja, auch dort gibt es Not. Deshalb möchten wir ganz ausdrücklich die Menschen in Nordrhein-Westfalen aufrufen, Solidarität mit diesem Land zu zeigen und auch für die Hilfsorganisationen zu spenden, die ihren Dienst in Japan leisten.

Ich wiederhole noch einmal: Das Wichtigste ist zunächst die Solidarität mit den Opfern zweier zusammenkommender Naturkatastrophen: eines Erdbebens in nie gekannter Stärke und eines ihm folgen-

den Tsunamis – übrigens ein japanisches Wort –, der Tausenden von Menschen das Leben gekostet hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Zweites ist die aus dieser Verkettung der Naturgewalten folgende Konsequenz, insbesondere für das Kernkraftwerk Fukushima, aber auch für unsere Debatten: Wie kommt es eigentlich, dass ein Land, das als einziges auf der Welt die Konsequenzen aus einem Atombombenabwurf in Hiroshima und Nagasaki zu erleiden hatte, trotzdem in so hohem Maße in einer erdbebengefährdeten Region in dieser Weise im gesamtgesellschaftlichen Konsens auf Kernenergie gesetzt hat?

Das sind Fragen, die uns von der üblichen und weitverbreiteten Analyse abbringen können, dass der, der zur Kernenergie Ja sagt, immer gleich ein Lobbyist von Atomkonzernen sei. Nein, ein Land, das die Folgen radioaktiver Verseuchung und zehntausendfachen Todes selbst erlebt hat, hat trotzdem Ja zu dieser Technologie gesagt. Die Gründe sind für Japan leicht erklärbar: Das Land hat keine eigenen Rohstoffe, es liegt auf einer Insel und hat wenig Möglichkeiten, Energien aus Nachbarländern zu beziehen. Es hat sich deshalb für diesen Weg entschieden, den wir nicht zu bewerten und zu beurteilen haben.

Aber das Unglück könnte uns ermahnen, in den vor uns liegenden Diskussionen einfach mal die Kriterien, die von der Sache her geboten sind, jenseits von Etikettierungen oder Rechthaberei abzuwarten und nicht jeden, der bezüglich des Energiemix für eine etwas längere Zeit als andere – in Deutschland herrscht ja insgesamt Konsens auszusteigen; gestritten wird nur über das Tempo des Ausstiegs – plädiert, der eine andere Zeitvorstellung hat, in die Ecke eines geldgierigen Managers zu rücken, dem angeblich nichts wichtiger ist als der eigene Profit.

Wir könnten im Angesicht der Katastrophe zu einer neuen Debattenkultur über Energiepolitik kommen, bei der den Menschen auch deutlich wird, dass abzuwagen ist zwischen Klimaschutzz Zielen und bezahlbaren Energien für jede Verbraucherin und jeden Verbraucher, dass eine Debatte zu führen ist über bezahlbare Energien, die auch in Zukunft in unserem Land Produktion zu konkurrenzfähigen Preisen und Sicherung von Arbeitsplätzen möglich machen. Und es ist die Frage nach Lastenverteilung zu stellen: Es kann nicht jede Familie auf ihrem Dach Solarzellen errichten, wie das Eigentümer von Einfamilienhäusern tun können. Es gibt auch Menschen, die von Hartz-IV-Sätzen leben,

(Zurufe von der SPD)

in die die Energiepreise nicht in ihrer vollen Höhe einberechnet werden. Auch dieses muss in eine sachliche Debatte einbezogen werden. – Früher wäre bei Sozialdemokraten bei einem solchen Punkt nicht Unruhe aufgekommen, sondern sie hätten geklatscht! Mich wundert es schon sehr, dass

Sie die Frage nach der Verteilung sozialer Gerechtigkeit zu Unruhe verleitet.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zurufe von der SPD)

– Herr Kuschke, ich habe eben ein paar Faktoren genannt, die abzuwegen sind – ich habe überhaupt keine Antwort gegeben –, wenn wir darüber reden, wer bei einem – scheinbar von allen gewollten – schnelleren Ausstieg eigentlich welche Kosten trägt.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Es gab doch ein Szenario! – Heike Gebhard [SPD]: Wer hat das aufgekündigt?!)

Das ist eine Frage von Gerechtigkeit in einem Land.

Wir wollen auch nicht den Weg gehen – ich glaube, auch insoweit sind wir uns einig –, den Großbritannien gegangen ist, zu sagen: Geld verdient sich nur noch durch Geld. Wir setzen auf Dienstleistung und auf Banken, und die Industrieproduktion überlassen wir den Schwellenländern.

Wenn wir konkurrenzfähige Industriearbeitsplätze wollen, gehört in den Fragenkatalog auch die Überlegung hinein, wie kleinere, mittlere und größere Unternehmen in Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft produzieren können.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Deshalb muss am Beginn der Debatte eines klar sein: Das Ergebnis darf nicht lauten, schneller auszusteigen, ohne zu wissen, wie wir den restlichen Strombedarf bedienen können – ich hoffe, wir finden die Antworten –, und Strom aus dem europäischen Umland zu beziehen. Das hat die Ministerpräsidentin eben angesprochen.

(Heike Gebhard [SPD]: Wissen Sie, wie hoch die Überproduktion ist?)

Das zu Aachen und zum gesamten Rheinland nächstgelegene Kernkraftwerk ist nicht etwa Neckarwestheim oder Isar oder Krümmel, sondern ist ein Reaktor in Tihange in der Nähe von Lüttich, der dem alten Tschernobyl-Reaktor entspricht. Da hilft es doch nichts, in Deutschland schneller abzuschalten, dafür aber demnächst aus Belgien den Strom zu beziehen. – Auch das gehört mit in die Debatte.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Das gehört in die Abwägung mit hinein. – Cattenom ist 300 km von Düsseldorf entfernt, Neckarwestheim, Gundremmingen und Krümmel 400 bis 450 km. Also: Wir müssen den Blick auch ein wenig auf Europa ausdehnen.

(Zurufe von der SPD)

Die von Ministerpräsident Rüttgers seinerzeit gestartete Benelux-Initiative sollte sich von daher auch einmal des Themas annehmen, wie Nordrhein-Westfalen und die Beneluxländer zu Lösungen

kommen können, die nicht sofort ganz Europa erfassen, sondern das, was uns hier unmittelbar betrifft.

Unser Land Nordrhein-Westfalen hat keine Kernkraftwerke. Insofern steht unsere Atomaufsicht jetzt auch nicht vor der Entscheidung, Kraftwerke abzuschalten. Deshalb sind wir auch an dem Moratorium nicht beteiligt. Aber es ist dennoch richtig, dass das, was der Wirtschaftsminister in Gronau und Jülich an besonderen Prüfungen angeordnet hat, in den nächsten Tagen und Wochen stattfindet.

Wir als das Industrieland, das Energieland und größter Energieverbraucher in Deutschland können aber unseren Beitrag für die gesamtdeutsche Situation leisten. Wir könnten signalisieren, dass das sogenannte Restrisiko einer neuen Bewertung bedarf.

Bei uns werden nicht Erdbeben und Tsunamis zu Stromausfällen führen, die in der Konsequenz den Ausfall der Kühlung in einem Kernkraftwerk nach sich ziehen. Bei uns können Gleiches aber Cyberattacken oder terroristische Anschläge auslösen. Mich hat damals auch beunruhigt, als in der Meyer-Werft in Papenburg ein Schiff die Ems herunter in Richtung Nordsee fuhr und plötzlich in halb Europa der Strom ausgefallen ist, unter anderem auch im Münsterland. Wer sagt eigentlich, dass eine solche Kumulation von gefährlichen Risiken nicht auch Kernkraftwerke betreffen kann?

Deshalb brauchen wir eine neue Risikobewertung. Deshalb ist das Moratorium der Bundesregierung richtig.

(Reiner Priggen [GRÜNE]: Aber nicht ausreichend!)

Auch unter dem rot-grünen Ausstiegsbeschluss wäre in wenigen Wochen nur Neckarwestheim vom Netz gegangen. Alle anderen Kraftwerke wären am Netz geblieben. Insofern ist das, was der Bundesumweltminister jetzt angeregt hat, nämlich sieben abzuschalten und sieben zu überprüfen, die nach Ihren Planungen noch gelaufen wären, eine neue Dimension.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Wenn wir schneller aussteigen

(Zuruf: Sofort aussteigen!)

und die Kernenergie eine Brückentechnologie war, brauchen wir neue Brücken. Der Energiemix in Deutschland aus 23,7 % Braunkohle, 18,7 % Steinkohle, 13,9 % Erdgas, 18,6 % regenerative Energien und 22,4 % Kernenergie führt doch dazu, dass auch Sozialdemokraten und Grüne nicht sagen, dass morgen 100 % regenerative Energien diese Brücke verzichtbar machen würden.

Deshalb bietet die CDU-Fraktion an, einen neuen Vorstoß zu unternehmen, um das modernste hoch-

effiziente Kohlekraftwerk in Datteln jetzt schleunigst ans Netz zu bringen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Ich weiß, dass viele in der Sozialdemokratischen Partei ähnlich denken, und ich sage Ihnen zu, dass wir bereit sind, die politischen und parlamentarischen Voraussetzungen mit zu schaffen. Sie werden beim nächsten Tagesordnungspunkt „Haushalt“ sagen, wir sollten nicht dauernd vor Gericht gehen, hier aber überlassen Sie im Moment den Gerichten allein die Entscheidung. Wir können Recht schaffen und den Weg frei machen, dass Datteln jetzt schnell gebaut wird; dazu ist die CDU-Fraktion bereit.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Das bedeutet für Nordrhein-Westfalen, dass wir das Kraftwerkerneuerungsprogramm auch im Hinblick auf Braunkohle jetzt voranbringen müssen.

(Zuruf von der SPD: Das sind ja ganz neue Töne!)

Der dritte Punkt: Wir brauchen dringend das Netzerweiterungsgesetz, das der Bundeswirtschaftsminister und der Bundesumweltminister gestern und heute vorgestellt haben.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie wollen doch nur neue Drecksschleudern ans Netz bringen!)

Wenn wir wollen, lieber Herr Sagel, dass der Ökostrom, der offshore gewonnene Strom an der Küste, schneller in die Industrieregion nach Nordrhein-Westfalen oder Süddeutschland kommt, dann brauchen wir ein beschleunigtes Verfahren. Ähnlich wie nach der Wiedervereinigung, als wir beschleunigt Infrastruktur und Straßen in den neuen Ländern gebaut haben, brauchen wir jetzt keinen Flickenteppich an Genehmigungsverfahren; wir brauchen eine frühe Bürgerbeteiligung, aber dann auch schnelle Entscheidungen, damit die Netze endlich gebaut werden können.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Rüdiger Sagel [LINKE])

Wir brauchen einen Bundesnetzplan unter frühzeitiger Beteiligung der Öffentlichkeit. Wir brauchen die Vereinfachung bisher unterschiedlicher Genehmigungsformate, und wir brauchen zum Vierten die schnelle Förderung neuer Speicher, in denen die dann gewonnene Energie auch in wind- und sonnenärmeren Zeiten bereitsteht. Auch hier sind wir bereit, mit der Landesregierung zu schnellen Lösungen für Nordrhein-Westfalen zu kommen.

Wir brauchen auch ein Fünftes, Frau Ministerpräsidentin, worüber Sie heute nicht gesprochen haben. Sie haben von bundespolitischen Haushaltsszenarien geredet, aber wir brauchen – und das können wir als Land Nordrhein-Westfalen leisten – keine neuen Komplikationen und Bürokratien. Wir fordern die

Bundesregierung, insbesondere den Umweltminister, auf, den Entwurf, den Klimaschutz nun zum obersten Kriterium der Raumordnung zu machen und damit neue Probleme für nichtatomare Energien zu schaffen, zurückzuziehen.

(Britta Altenkamp [SPD]: Sie fordern doch die Landesregierung auf, nicht wahr, Herr Laschet?)

– Wir fordern die Landesregierung auf, das zurückzuziehen, was dort im Moment diskutiert wird, Frau Altenkamp.

(Zurufe von der SPD: Ah!)

Wir stehen an der Seite Ihres Wirtschaftsministers, der hier Bedenken angemeldet hat. – Setzen Sie sich durch, Herr Voigtsberger, und verhindern Sie, dass der Umstieg durch weitere Bürokratien erschwert wird.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Lassen Sie mich Letztes sagen, was auch die Debatten betreffen wird, die wir jetzt vor uns haben: Wir sollten das, was in Japan passiert, nicht parteipolitisch missbrauchen.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zuruf von der SPD)

Das ist ein Streit über Energiefragen. Es war nicht allzu geschmackvoll, dass Sie, nachdem am Samstag die Erde gebebt hat und Sie am Dienstag in Münster hinsichtlich des Argumentes „Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“ einen Prozess verloren haben, nur wenige Stunden darauf gesagt haben, wegen Japan sei bei uns dieses Gleichgewicht gestört. Das war unpassend und dafür sollten Sie sich entschuldigen.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zuruf von der SPD)

Darüber hinaus ist es ökonomischer Unsinn. Ihr Wirtschaftsminister hat ja gesagt, das Unglück habe darauf gar keine Auswirkungen. Die Industrieländer im Westen sind im Moment dabei, den Yen zu stabilisieren, um Japan dabei zu helfen, seine Exporte besser bei uns einführen zu können. Aber egal wie es ist: Was Sie in wenigen Wochen im Haushalt zu entscheiden haben, hat null Komma null mit Japan zu tun. Sie sollten das hier auch nicht weiter vortragen und die Not der Menschen für Ihre Finanzpolitik missbrauchen, die wir beim nächsten Tagesordnungspunkt kritisieren werden.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, manche sagen: Durch die Ereignisse in Japan ist gar nichts Neues passiert, wir haben doch immer schon gewusst, dass Atomenergie gefährlich ist. – Ja, manche haben schon lange davor gewarnt. Aber es hat etwas stattgefunden, was ich noch mal mit dem 11.

September vergleichen will. Natürlich wussten wir, dass es terroristische Gefahren gibt. Am World Trade Center hatte es schon einmal einen terroristischen Anschlag gegeben. Wir wussten auch, dass Flugzeuge solche Gefahren auslösen können. Aber das, was sich da ereignet hat, hat die ganze Welt zum Umdenken bewegt. Und deshalb sollten wir diesen 11. März mit all seinen schrecklichen Ereignissen zum neuen Denken auch über Parteigrenzen hinweg nutzen. Wir als CDU-Fraktion sind dazu bereit, unseren Beitrag auch für Nordrhein-Westfalen zu leisten.

(Anhaltender Beifall von der CDU)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Laschet. – Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Römer das Wort.

Norbert Römer (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Sowohl der Präsident als auch die Ministerpräsidentin haben in ihrem Gedenken um die vielen Opfer in Japan herausgestellt, dass das Erdbeben und der Tsunami von Japan ein unvorstellbares Maß an Unglück und Leid über die Menschen gebracht haben: viele zehntausend Tote, viele hunderttausend Menschen ohne Obdach, die Schutz vor Kälte suchen sowie Nahrung und Sicherheit brauchen und Hilfe benötigen.

Und in dieser Not – das eint uns in diesem Hohen Hause – sind wir alle gefordert. Daher bin ich der Landesregierung und der Ministerpräsidentin dankbar, dass sie ganz schnell die Hilfe des Landes angeboten hat. Ja, unser Land Nordrhein-Westfalen muss den Menschen in Japan jede mögliche technische und organisatorische Unterstützung angehiehen lassen.

Wir fühlen mit den zahlreichen Menschen aus Japan, die bei uns in Nordrhein-Westfalen eine Heimat gefunden haben, die Angst haben um ihre Familien, ihre Freunde. Wir sichern ihnen unsere Hilfe zu, und wir trauern mit ihnen. Viele von uns beten auch mit ihnen. Unsere Solidarität, meine Damen und Herren, gehört dem japanischen Volk.

Die Folgen der Katastrophe, auch der drohenden atomaren Katastrophe, sind für Japan, für die betroffene Region noch gar nicht abzuschätzen. In ganz realistischen Szenarien droht sogar die Unbewohnbarkeit der gesamten Region um das Atomkraftwerk Fukushima. Also: Es drohen Folgen nicht nur für eine Generation.

Deshalb, meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, bedeuten die Ereignisse in Japan auch eine politische Zäsur für uns hier in Deutschland, in Nordrhein-Westfalen.

Herr Kollege Laschet, ich hätte mir von Ihnen in Ihrem Debattenbeitrag gerade auch ein bisschen

mehr Souveränität, vor allen Dingen Souveränität zur notwendigen selbstkritischen Betrachtung dieses Themas durch Sie ganz persönlich gewünscht. Sie waren es noch, auch Sie persönlich, der sich im Wettbewerb mit Ihrem Parteifreund Röttgen um den CDU-Vorsitz – damals ging es ja auch in Ihrer Partei um die Frage Laufzeitverlängerung –, wie Sie zitiert werden, sehr abschätzig über das ganze Theater – so haben Sie sich ausgedrückt – um die Atomkraft geäußert hat.

Sie haben für sich in Anspruch genommen, dass Sie mit Blick auf die Atomenergie und die Laufzeitverlängerung immer auch ein klares Ja zu jeder Infrastruktur sagen würden. Ein bisschen mehr Selbstkritik wäre gerade angebracht gewesen. Sie haben einen weiteren Beweis dafür gegeben, dass Sie immer noch nicht bereit sind zu lernen.

(Zuruf von der CDU: Peinlich!)

Mich erinnert das, was Sie hier mit Ihrem Debattenbeitrag gerade abgegeben haben, an einen britischen Philosophen.

(Zuruf von der CDU: Peinlich!)

Russell hat einmal gesagt: Das Dilemma unserer Zeit ist, dass die Einfältigen ihrer Sache stets todsicher sind. – Das war gerade Ihr Debattenbeitrag, Herr Kollege Laschet.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ja, wir erinnern uns auch und gerade in dieser Zeit an die atomare Katastrophe in Tschernobyl. Auch danach wurde ja, Herr Kollege Laschet, abgewiegt. In Osteuropa stünden veraltete Reaktoren, wären weniger qualifizierte Ingenieure am Werk, westliche Reaktoren seien allemal moderner, besser gewartet, sicher. Trügerische Selbstgewissheit, trügerische Selbstgewissheit!

Jetzt – auch das kann ich Ihnen doch nicht ersparen und will ich Ihnen auch nicht ersparen – nach der Katastrophe in Japan rasanter Kurswechsel des Bundesumweltministers: Unmittelbar nach der Explosion im Atommeiler Fukushima trat Norbert Röttgen so auf, als wäre ihm die Gefahr gar nicht klar gewesen, dass Atomreaktoren auch kaputt gehen können. Plötzlich spricht er, der Vorsitzende der NRW-CDU, von einer Weltveränderung. Er sieht auf einmal eine neue Realität, ein Ereignis, das – ich zitiere ihn – die graue Theorie erstmals fassbar gemacht habe.

Man reibt sich ja die Augen, ich mir zumindest, und fragt: Was ist da nun eigentlich passiert, was nicht vorhersehbar war, was völlig außerhalb jeder Berechnung gewesen sein könnte? Gab es, meine Damen und Herren von CDU und FDP – ich frage Sie das einmal –, nie Probleme mit Kühlsystemen? War nicht immer klar, dass Erdbebengebiete nicht der ideale Baugrund auch für Kernkraftwerke sind, nicht nur in Japan? Die Probleme waren doch allen bekannt.

Deshalb füge ich einmal hinzu: Auch vor den aktuellen Ereignissen in Japan kam es nicht nur in Tschernobyl, sondern auch in westlichen Ländern mit vergleichbaren Atomkraftwerken wie in Deutschland bereits immer wieder zu erheblichen Zwischenfällen. Wir kennen die ganze Liste. Die Probleme waren auch bei uns bekannt.

Auch das gehört doch mit dazu, wenn wir heute reflektieren, was wir in der Vergangenheit gemacht haben, auch in unterschiedlicher Verantwortlichkeit. Auch deshalb gehört doch dazu, auszusprechen, dass Sie – ich nenne Ihnen gleich ein paar Zitate – von CDU und FDP immer gern von den Atomkraftwerken in Deutschland als den sichersten Atomkraftwerken der Welt gesprochen haben. Pure Ideologie, pure Ideologie! Denn stetige Vorfälle und Sicherheitslücken haben doch auch hier gezeigt, dass das gar nicht stimmt, gar nicht stimmen kann.

Eine Untersuchung der Internationalen Länderkommission Kerntechnik, meine Damen und Herren von CDU und FDP, kam schon 2002 zu dem Ergebnis, dass nur drei der damals 19 Atomkraftwerke in Deutschland einem Angriff mit einem größeren Flugzeug standhalten würden, nur drei. Bei allen anderen Kernkraftwerken ist bei einem Aufprall auf das Reaktorgebäude mit schweren bis katastrophalen Freisetzungen radioaktiver Stoffe zu rechnen. So hieß es damals in der Untersuchung.

Eine Nachrüstung – das wussten wir doch – hat doch bei Ihnen in den Verhandlungen mit den großen Energiekonzernen über die Frage der Laufzeitverlängerung eine Rolle gespielt. Es hieß, eine Nachrüstung sei technisch und wirtschaftlich nicht machbar.

Auf der Internetseite des Bundesumweltministeriums, Herr Kollege Laumann, hat es noch im vergangenen Jahr geheißen – ich zitiere –: Eine generelle Laufzeitverlängerung ist aufgrund des Risikos für die Bevölkerung nach dem Atomgesetz nicht vorgesehen. Die ältesten Atommeiler waren vielleicht einmal modern, als sie in den Siebzigern ans Netz gingen. Heute wären diese Atommeiler, wollte man sie neu in Betrieb nehmen, gar nicht mehr genehmigungsfähig. – Zitat Ende.

Diese Internetseite ist inzwischen aus dem Netz genommen worden. Warum wohl, Herr Kollege Laschet, warum wohl?

(Zurufe von Manfred Palmen [CDU] und Armin Laschet [CDU])

Also nehmen Sie doch bitte auch zur Kenntnis, dass die Fragen, die heute eine Rolle spielen, welche waren, die vorher bekannt waren. Ja, das Bundesumweltministerium hat seit 2009 alles getan – Frau Kraft hat gerade darauf hingewiesen –, um Sicherheitsanforderungen, die eigentlich nach Stand von Wissenschaft und Technik gestellt werden müssen, nicht zu stellen. Heute tut die Bundesregierung so, als wäre sie die treibende Kraft des Ausstiegs und

der Sicherheit von Atomanlagen. Und vor gerade einmal sechs Monaten hat sie die Laufzeit der Atomkraftwerke verlängert.

Es ist ja Ihr Problem, meine Damen und Herren von CDU und FDP, das Problem der Glaubwürdigkeit. Es gehört zur bitteren Wahrheit: Die Menschen trauen Ihnen nicht mehr über den Weg, weil sie Ihnen inzwischen alles zutrauen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Und wie haben Sie hier im nordrhein-westfälischen Landtag agiert? Auch das gehört zur bitteren Wahrheit. Ich erinnere mich noch gut an die schwärmenden Worte von – ich sehe ihn gerade nicht, aber das muss er ertragen – Lutz Lienenkämper. Am 17. September letzten Jahres – er war damals stellvertretender Fraktionsvorsitzender –, als die Laufzeitverlängerung in diesem Hause diskutiert worden ist, sagte er – ich zitiere –:

„Die Wahrheit ist: Wir haben jetzt endlich ein vernünftiges Energiekonzept. Das ist das anspruchsvollste, konsequenteste, umfassendste Konzept, das es in Deutschland je gegeben hat.“

(Zuruf von der CDU: War auch richtig!)

„Ich füge hinzu: Es ist weltweit einmalig. Es ist langfristig und glaubwürdig.“

So weit Herr Lienenkämper. – Dann setzte er noch einen drauf. Ich zitiere ihn noch einmal:

Unsere Politik ist die Politik des höchstmöglichen zeitgerechten Sicherheitsstandards. Unabhängig davon, was er kostet: Wir bringen mehr Sicherheit in die Anlagen.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Richtig! – Armin Laschet [CDU]: Das war der Unterschied zu Trittin!)

Vor dem Hintergrund des gerade in Berlin vollzogenen Kurswechsels, wo Sie sich mit der Abschaltung von Kernkraftwerken am laufenden Band überbieten, erinnert dieses Zitat daran: Sie haben eine Verantwortung für die Laufzeitverlängerung übernommen, von der Sie heute nichts mehr wissen wollen. Daran kommen Sie nicht vorbei, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Und weil der Kollege Laschet gerade davon gesprochen hat, man müsse nach vorne gucken, füge ich hinzu: Ja, herzlich gerne. Wir wollen alles tun – vielleicht helfen Sie ja mit –, dass es eine bessere Zukunft gibt. Aber wer nach vorne gucken will, Herr Kollege Laschet, der muss sich auch daran erinnern lassen, was er bis vor Kurzem noch selbst gesagt hat.

Ich mache einmal weiter mit den Zitaten und komme zu dem Kollegen Weisbrich; er sitzt ja da vorne.

(Armin Laschet [CDU]: Oberlehrer!)

– Das hat nichts mit Oberlehrer zu tun, Herr Kollege Laschet.

(Armin Laschet [CDU]: Ihr Tonfall! – Gegenruf von Rainer Schmeltzer [SPD]: Das sagt der Richtige!)

Sie wollen sich von Ihrer Verantwortung entfernen. Sie wollen sich vor Ihrer Verantwortung drücken. Das lassen wir nicht zu.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Minister Johannes Remmel: Das ist der Punkt! – Weitere Zurufe)

Im Februar 2009 hat sich der Kollege Weisbrich hier im Landtag als kämpferischer Fan des Ausbaus der Atomenergie geoutet. Ich zitiere den Kollegen Weisbrich:

„Alle Welt setzt also auf Kernkraft. Russland will zusätzliche schwimmende Atomkraftwerke bauen. Die USA entwickeln wartungsfreie Minikraftwerke. In Frankreich wird die übernächste Generation von Reaktoren erforscht, die nicht nur Strom, sondern auch Trinkwasser und Wasserstoff liefern werden. Die Europäische Kommission ... und das Europäische Parlament haben sich erst jüngst genauso wie der Weltklimarat für die Fortsetzung der Kernenergienutzung ausgesprochen. Nur SPD und Grüne wollen die Scheuklappen nicht ablegen.“

Ihr Zitat, Herr Kollege Weisbrich! Ich bin froh, dass ich diese Scheuklappen, die Sie heute immer noch aufhaben, nie aufgehobt habe, Herr Kollege Weisbrich. Das gehört mit zur Wahrheit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Und jetzt überschlagen Sie sich in der Geschwindigkeit, Kernkraftwerke abschalten zu wollen. Jetzt tun Sie so, als stünden Sie schon immer an der Spitze der Antiatomkraftbewegung. Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen. Wir sind gerne bereit, Ihnen Lernfähigkeit dann zu attestieren, wenn Sie, Herr Kollege Laschet, eine andere Rede hier im Parlament halten, als Sie sie gerade abgeliefert haben. Das war kein Beweis dafür.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Ich will Ihnen sagen, was wir in Nordrhein-Westfalen anders machen werden. Wir haben es bereits angekündigt. Das tun wir auch. Die Ministerpräsidentin hat darauf hingewiesen. Wir gehen einen völlig anderen Weg, weg von der Atomenergie, nicht nur in Nordrhein-Westfalen

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Weg mit Dateln!)

und nicht nur, Herr Kollege Laschet, aus Sicherheitsgründen – das wäre schon Grund genug –, sondern weil wir davon überzeugt sind, dass der Weg weg von der Atomenergie ein Weg ist, der vor

allem in diesem Land viele, viele Investitionen in erneuerbare Energien, in neue Energieeffizienztechniken, in heimische Energien frei macht, der vor allem dazu beiträgt, dass hier im Land ein anderer Weg gegangen wird, mit sehr viel mehr dezentraler Energieversorgung, mit dem Ausbau von Kraft-Wärme-Kopplung. Das – darauf hat die Ministerpräsidentin hingewiesen – ist die Brücke in die Zukunft und nicht die Atomtechnik, Herr Kollege Laschet.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Und wir machen das ganz praktisch. Unser energetisches Gebäudesanierungsprogramm verbindet beides: mehr Klimaschutz und, Herr Kollege Laumann, mehr Beschäftigung. Sie sollten sich das angucken. Unser Programm ist zukunftsorientiert, schützt das Klima, verbessert die Wohnsituation der Menschen, hilft, Heizkosten zu sparen, bringt Aufträge vor allen Dingen für Handwerk und Mittelstand in unserem Land.

Darüber hinaus bauen wir die Kraft-Wärme-Kopplung aus und unterstützen die Nah- und Fernwärmeversorgung. Auch dafür setzen wir ganz konsequent, ganz zielorientiert Fördermittel ein. Bei den Fernwärmeunternehmen in Nordrhein-Westfalen trifft das auf ein riesengroßes Interesse. Auch dieses KWK-Ausbauprogramm setzt Investitionen in die Zukunft frei, hilft dem Klima, bringt Verbesserungen für die Menschen und sorgt für Beschäftigung. Das ist eine vernünftige Vorgehensweise für unser Land. Diesen Weg wollen und werden wir gehen, meine Damen und Herren: weg von der Atomenergie!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich höre Ihre vielen Hinweise zu dem, was wir Energie- und Klimaschutzstrategie nennen. Ihre Vorwürfe an uns gipfeln darin, wir würden mit unseren Klimaschutzz Zielen, die -das gebe ich gerne zu – ehrgeizig sind und die wir auch erreichen werden, in Nordrhein-Westfalen zu einer Deindustrialisierung beitragen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Quatsch!)

Ich will Sie einmal an die Klimaschutzz Zielen erinnern, die Sie sich während Ihrer Regierungszeit vorgenommen hatten: Die abgewählte Regierung Rüttgers wollte – gemessen an 1990 – bis zum Jahr 2020 hier in Nordrhein-Westfalen CO₂-Treibhausgase um 33 % verringern. Wir sind Realisten und wussten immer schon, dass das Wolkenkuckucksheime waren, die Sie sich gebaut haben. Das haben wir Ihnen immer gesagt. Sie haben auch keine einzige Maßnahme hinterlegt, mit der man dieses Ziel hätte erreichen können.

(**Vorsitz: Vizepräsidentin Carina Gödecke**)

Wir haben gesagt, dass wir es sehr realistisch machen: Wir nehmen uns ein ehrgeiziges Ziel vor, bis 2020 eine Reduktion der CO₂-Emissionen um 25 % hinzubekommen. Und Sie, die Sie sich 33 % vorge-

nommen hatten, wollen uns erzählen, 25 % seien der Untergang des Industrielandes Nordrhein-Westfalen? – Sie müssen sich einmal überlegen, was für einen Blödsinn Sie damit verbreiten. Das nimmt Ihnen doch niemand mehr ab, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ja, wir werden ein ehrgeiziges Programm mit klar unterlegten Maßnahmen für alle Bereiche, um die es geht, auf den Weg bringen. Das wird – davon bin ich überzeugt – dazu beitragen, dass wir in Nordrhein-Westfalen noch mehr Anstöße für modernere Industrieproduktion, für neue Produkte und neue Produktionsverfahren auf den Weg geben. Das ist etwas, worüber man hier im Wettbewerb der politischen Fraktionen und Parteien reden, diskutieren und notfalls auch streiten sollte. Dazu lade ich Sie ganz herzlich ein. Aber gehen Sie nicht mehr den rückwärtsgewandten Weg, Herr Kollege Laschet! Lassen Sie das sein! Die Atomenergie ist ein für alle Mal eine Energie von gestern, keine Brücke mehr, auch wenn sie kürzer ist. Am besten wäre es, wir würden diese Brücke ganz schnell beenden können. Das wäre auch für Nordrhein-Westfalen ein guter Weg, meine Damen und Herren.

(Anhaltender Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Römer. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Herr Kollege Priggen das Wort.

Reiner Priggen (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der Name „Fukushima“ wird sich in unser Gedächtnis einbrennen. Er wird in unserem Gedächtnis bleiben wie andere Namen und Daten, wie der 11. September, wie Tschernobyl, wie vor langer Zeit das Attentat in Dallas. Es wird haften bleiben. Es ist seit dem 11. März nichts mehr so, wie es war. Das ist gerade einmal eine gute Woche her.

Es gilt – dafür bin ich auch dem Herrn Landtagspräsidenten und der Frau Ministerpräsidentin sehr dankbar – natürlich in erster Linie das Mitgefühl für die Menschen, die in Japan hintereinander vom Erdbeben, vom Tsunami getroffen worden sind und jetzt unter dem Eindruck der Katastrophe stehen, die noch abläuft, die noch lange nicht zu Ende ist.

Das Mitgefühl gilt auch denjenigen, die versuchen, die Schäden zu minimieren und dafür kämpfen. Herr Kollege Laschet, für mich ist das nicht vergleichbar mit der Situation der Feuerwehrleute im WTC. Die wussten nicht, dass der Turm zusammenstürzt. Die sind in dem Bemühen dort hineingegangen, Menschen zu retten. Die, die jetzt in Japan helfen, sind vergleichbar mit den Liquidatoren von Tschernobyl. Und wir wissen, wie viele Zehntausende darunter leiden, Folgeschäden haben.

Darauf komme ich gleich noch einmal zu sprechen, weil es hier eine feine Unterscheidung zu machen gilt. Es hat sich nämlich gezeigt, dass das Hightech-Land Japan für ein Erdbeben gut gerüstet war. Erdbebenstärke 9, kein Gebäudeinsturz in Tokio! Es war im Wesentlichen und am allerstärksten von dieser unglaublichen Flutwelle betroffen, von der wir viele Bilder haben sehen können. Das waren die Naturkatastrophen.

Normalerweise gibt es nach solchen Naturkatastrophen bestimmte Abläufe. Es sind Momente der Trauer. Menschen werden geborgen. Es wird wieder aufgebaut. Dann geht das Leben nach einer gewissen Zeit weiter, wie wir das auch bei der großen Flutkatastrophe in Asien gesehen haben, als durch den großen Tsunami in Indonesien mehr als 100.000 Menschen gestorben sind. Das ist der normale Ablauf bei Naturkatastrophen.

Genau das geht in Fukushima nicht, weil das dort mehr als eine Naturkatastrophe ist. Es ist eine technische Katastrophe, die dort passiert ist. Das Ausmaß dieser Katastrophe ist noch nicht absehbar. Man kann es minütlich verfolgen: Im Moment lauten die Tickermeldungen, dass die Brennelementebehälter wieder offen sind und trocken, dass es wieder qualmt. Ich will gar nicht spekulieren, was dort noch passieren kann und was passiert. Wir können nur hoffen, dass es denjenigen, die dort arbeiten und kämpfen, gelingt, diese Katastrophe möglichst in den Griff zu bekommen. Aber die Folgeschäden werden trotzdem immens sein. Das deutet sich jetzt schon an.

Das ist eine Katastrophe mit einem Ausmaß an Schäden für die Menschen und die Ökonomie, die überhaupt noch nicht absehbar sind. Sie sind sicherlich nicht gedeckt durch die Haftpflichtversicherungen der Firma, die diese Reaktoren dort betrieben hat. Bei uns ist das genauso: Wenn wir uns auch nur einmal ungefähr das Ausmaß der Schäden vorstellen, wenn so etwas bei uns passieren würde, wissen wir genau, dass die Kosten nicht von den Energieversorgern getragen werden.

An der Stelle muss es doch ein Einlenken und eine Überlegung geben, dass diejenigen, die bisher Atomkraftwerke betrieben haben, und die, die sich dafür politisch eingesetzt haben, merken: Fukushima ist eine Zäsur. So kann es nicht mehr weitergehen!

Japan ist ein Hightech-Land, hat höchste Sicherheitsstandards. Wenn man ehrlich ist, sind die in Teilen sogar höher als bei uns. Wir müssen keine technischen Details diskutieren. Aber in der Batterietechnik für die Stromversorgung sind die Japaner besser als wir. Das gilt auch an anderen Stellen.

Trotzdem ist so etwas in diesem Land passiert. Dieses „Trotzdem“ ist genau der Punkt, an dem es zu viel ist: weil das eben einfach auch bei uns passieren kann. Das muss zu einer neuen Risikobewer-

tung der Atomkraft führen. Daran kommen wir alle nicht vorbei.

Es hilft an der Stelle kein Abwiegeln und auch kein Relativieren. Natürlich sind wir kein Tsunami-Gebiet. Natürlich sind wir, was Erdbebenrisiken angeht, nicht in der gleichen Kategorie. Das nützt aber alles nichts. Der entscheidende Punkt ist, technisch gesehen, dass es zu einem Stromausfall und zu einem Versagen der Kühleinrichtungen gekommen ist. Dafür kann es an vielen Orten Gründe geben.

Vier Blöcke, die hinüber sind, und zwei, die eventuell noch hinüber gehen – das kommt wegen eines Stromausfalls in eine Abfolge hinein, die nicht mehr in den Griff zu bekommen ist. Stellen wir uns das einmal vor! Das ist eine Zäsur, an der wir alle Risiken neu abwägen müssen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Hier müssen wir vielleicht auch einen Moment innehalten und sagen: Es geht letztendlich nur um die Erzeugung von Kilowattstunden Strom. Das kann man mit Braunkohle, mit Steinkohle, mit Gas, mit erneuerbaren Energien machen – mit vielen Energieformen. Wenn bei uns in der Nachbarschaft in Weisweiler ein Kessel explodieren würde, dann haben die fünf oder zehn Kollegen, die drumherum arbeiten, Pech. Dann wird gelöscht, dann wird aufgeräumt, herausgeschnitten. Dann wird ein neuer Kessel eingebaut, und dann ist es gut.

Bei dem, was da nur für die Stromerzeugung passiert ist, ist jetzt die Zäsur, bei der alle sagen müssen: Leute, es geht so nicht mehr. Es gibt nur noch einen Weg, der für Deutschland und für andere Länder gilt und der heißt: Wir müssen organisiert und zügig raus aus dieser Art der Stromerzeugung, um die Risiken zu minimieren.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Für uns Grüne war die Auseinandersetzung mit der Atomkraft so etwas wie die Gründungsurkunde der Partei. Herr Kollege Laschet, ich hätte erwartet, dass an der Stelle ein Angebot kommt in der Art, dass man sagt: Die Bundesregierung hat sieben plus einen alten Reaktor vom Netz genommen. Die bleiben auch abgeschaltet. Sie werden nicht wieder angefahren. Und bei dem Rest gucken wir, die CDU – das wäre das Angebot gewesen –, mit euch anderen zusammen, dass wir bis 2020 komplett aus der Atomenergie herauskommen. Das wäre ein Angebot gewesen, bei dem ich gedacht hätte: Donnerwetter!

Dann hatten wir eben eine Diskussion – ich weiß, was mein Parteirat beschlossen hat; darüber müsste man miteinander reden –, bei der nichts Konkretes gekommen ist, sondern Sie haben, ehrlich gesagt, das, was die Bundeskanzlerin eingeleitet hat, sogar noch relativiert. Die ersten Sätze waren eine Kritik an der Bundesregierung.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Widerspruch von der CDU)

– Doch. Ich will Ihnen auch die Stelle nennen. Sie haben gesagt: Wir diskutieren in Deutschland so, als seien wir die Opfer. – Da habe ich gedacht: Jetzt kritisiert er Merkel.

Die Bundeskanzlerin hat sehr schnell reagiert. Ich habe die Reaktion so verstanden, dass die Physikerin Merkel, die weiß, was abläuft, an der Stelle sagt: Das ist in der Zivilisationsgeschichte eine Zäsur; es geht so einfach nicht weiter. Wir müssen handeln. – Das war der positive Hoffnungsgedanke. Danach kommen immer wieder die Zweifel: Ist das ehrlich gemeint? Oder geht es nur darum, den nächsten Sonntag zu überstehen?

Man kann natürlich nicht sagen: Wir machen ein Moratorium von zehn Tagen. – Da nimmt man dann drei Monate. Das sind die Zweifel, die aufkommen. Aber wir müssen das abwägen und zu neuen Ergebnissen kommen. Kollege Laschet, das ist schwer für eine Partei. Die CDU hat eine lange Geschichte, auch bei ihrem Einsatz für die Nuklear-technik. Ich könnte dem Kollegen Weisbrich in dieser Debatte Zitate aus zehn Jahren gemeinsamer Diskussionen um Energiepolitik vorhalten. Ich mache das jetzt nicht.

Es war auch für uns nicht immer einfach. Wir haben als Grüne auch Positionen, die wir für richtig hielten, die auch Gründungsbestandteil waren, räumen müssen. Wir mussten 1999 die Diskussion um den Kosovo führen und haben erkennen müssen: Wir kommen mit der alten Position nicht weiter.

Das, was jetzt passiert, Fukushima, ist Ihr Kosovo, um das auf den Punkt zu bringen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Sie müssen als CDU Ihre Position ändern. Sie werden – das wird Ihre Aufgabe sein – den Ausstieg aus der Atomenergie organisieren müssen. Wenn Sie das nicht machen, wenn Sie nur ein kurzfristiges Moratorium machen und damit darüber hinwegtäuschen, was passieren kann, werden Sie keine Chance haben.

Prof. Korte hat uns einmal gesagt: Was bleibt von den Konservativen? Gymnasium und Atomkraft. Atomkraft ist erledigt. Über das Gymnasium müssen wir jetzt nicht reden. Aber Sie müssen aufpassen, dass Sie aus der Diskussion herauskommen. So, wie Sie es jetzt gemacht haben, schaffen Sie es nicht.

Manchmal ist es so, dass die Realität dazu führt, dass bisherige Überzeugungen zur Disposition gestellt werden müssen. Das müssen Sie ehrlich machen. Das, was eben als Beitrag gekommen ist – ich ahne, welche Relativierungen gleich von meinem Nachfolgerredner kommen –, ist nicht überzeugend. Das macht das ganze Moratorium der Bundesregierung unglaublich.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Deswegen sind auch die Zweifel, die viele Menschen in der Öffentlichkeit daran haben, dass das nicht ehrlich gemeint ist, richtig und begründet. Die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung, die sich noch vor wenigen Monaten mit Vehemenz für eine Laufzeitverlängerung eingesetzt hat – mit der Aussage, dass das alles sicher sei –, muss man vor dem Hintergrund der Ereignisse prüfen. Man muss zu der neuen Bewertung kommen und sagen: Das mag so sein. Aber dieses Risiko des „Trotzdem“ ist nicht mehr zu verantworten. Deswegen ändern wir an der Stelle unsere Politik und kommen zu neuen Konsequenzen.

Ich möchte kurz auf das eingehen, was das für unser Land heißt. Natürlich ist es so, dass hier kein Reaktor läuft. Wir diskutieren auch nicht so, als ob wir Opfer wären, Kollege Laschet. Das tun wir nicht. Aber wir reden bei einem solchen Thema – Energiepolitik ist immer ein sehr politisches Thema gewesen – schon auch über das, was unser Land betrifft. Es ist richtig: Wir, die Landesregierung, haben Ziele, und ich warte auf Alternativvorschläge von Ihnen. Da ist in dem Dreivierteljahr nichts von Ihnen gekommen. Das, was vorher war, hat Kollege Römer richtig beschrieben.

Wir haben mit dem Stadtwerkegesetz die Begünstigung der Großkonzerne zulasten der Stadtwerke beendet. Und es ist auch ein Teil der Auseinandersetzung, dass man denjenigen, den man als Bündnispartner braucht, um eine dezentrale Stromerzeugung herzustellen – in Kraft-Wärme-Kopplung, mit modernsten Gaskraftwerken –, auch die Möglichkeiten dazu gibt.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wir haben – das wurde angesprochen – den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung tatsächlich in Angriff genommen. Die Planungen für sechs große Gaskraftwerke mit rund 3.500 MW Leistung laufen intensiv im Land; das wissen Sie auch. Es laufen die Bauarbeiten an sechs Kohlekraftwerken, die alle, wenn die technischen Probleme bewältigt sind, in den nächsten zwei Jahren ans Netz gehen.

Dann gibt es ein Kraftwerk, das vor Gericht gescheitert ist – und zwar zu einer Zeit, als Sie noch in der Regierung waren, als wir null Verantwortung dafür hatten. Dazu gibt es ein Gerichtsurteil – Sie legen ja viel Wert auf solche Urteile –, das wir auch nicht aus dem Weg räumen können. Wir werden auch politisch ein Gerichtsurteil nicht wegräumen, um das auch klar zu sagen. An dem einen hängen Sie sich auf. In allen anderen Bereichen fehlen Ihre Antworten.

(Widerspruch von der CDU)

– Doch. Die einzige Antwort für Sie ist immer nur: Datteln, Datteln! – Zwölf andere Kraftwerke sind in Planung oder im Bau. In Nordrhein-Westfalen muss

niemand Angst haben, dass wir hier keine vernünftige neue Kraftwerkstechnik liefern.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Zu allem anderen, was noch gemacht werden müsste, was Kollege Römer beschrieben hat – mit Gebäudesanierung, mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien –, fehlt die Unterstützung von Ihrer Seite. Es ist auch richtig beschrieben worden: Alle Programme in diesem Bereich sind heruntergefahren worden. Gerade der Bereich der Gebäudesanierung, in dem wir politisch null Dissens haben, ist von der Bundesregierung heruntergefahren worden. Er müsste jetzt wieder hochgefahren werden. Dazu haben Sie auch nichts gesagt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das heißt, zu dem, was wir zukünftig machen müssen, ist sehr wenig gekommen. Dass das jetzt für uns alle eine Zäsur ist, ist nicht deutlich geworden. Man muss wirklich die Sorge haben, dass das nur als Kosmetik gemeint ist, dass in drei Monaten die Zeit darüber hinweggegangen ist.

Meine Sorge ist: So wird es nicht kommen. Das, was da in Japan schwelt, wird die größte Katastrophe, die wir in der Energieerzeugung jemals gehabt haben – noch wesentlich schlimmer als Tschernobyl, weil es ein viel dichter besiedeltes Land trifft, wesentlich schlimmer auch in den Kosten.

Es gibt nur eine Konsequenz, und Sie müssen es sich überlegen: Entweder organisieren wir zusammen mit einer breiten gesellschaftlichen Mehrheit den Ausstieg, oder wir müssen es alleine machen. Die Mehrheit der Gesellschaft und der Bevölkerung ist auf jeden Fall dafür. Sie werden es nicht aufhalten können. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Papke das Wort.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Damen und Herren! Aus Sicht der FDP-Fraktion halte ich es angesichts der schrecklichen Geschehnisse, die sich in Japan abgespielt haben, für hochgradig ungemessen, welchen Verlauf diese Debatte heute hier genommen hat.

(Beifall von der FDP)

Es ist heute nicht der richtige Zeitpunkt, um mit den üblichen parteipolitischen Mustern eine Debatte über Energiepolitik und auch über die friedliche Nutzung der Kernenergie zu führen, die den Eindruck vermittelt, als hätten wir gewissermaßen pflichtschuldig Solidaritätsadressen gegenüber unseren japanischen Freunden an den Anfang dieser Debat-

te gestellt, um dann doch wieder so zu debattieren, wie wir das schon häufig gemacht haben.

(Beifall von der FDP)

Ich glaube, es ist heute nicht der richtige Zeitpunkt, in diese alten parteipolitischen Muster zu verfallen.

Die Ministerpräsidentin hat darauf hingewiesen, dass dieses schreckliche Geschehen, auch mit den Folgen von Fukushima, die Sicherheit und die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen nicht gefährden wird. Es ist wichtig, das noch einmal herauszustellen. Umso mehr gilt unsere Sorge den Menschen in Japan und der Betrachtung dessen, was dort als Folge des Erdbebens, vor allem aber als Folge des Tsunami geschehen ist.

Gelegentlich wird bei der Debatte in Deutschland der Eindruck erweckt, viele tausend Opfer wären gewissermaßen als Folge dieser Reaktorkatastrophe, so schlimm sie auch ist, zu beklagen. Diese Opfer sind aber einem schrecklichen Tsunami, einer schrecklichen Überflutungskatastrophe zum Opfer gefallen. Deshalb tun wir gut daran, wie die Ministerpräsidentin es zu Beginn ihrer Rede gemacht hat, dem japanischen Volk noch einmal in aller Klarheit unsere Solidarität zu übermitteln und nicht nur heute in Erklärungen der Fraktionen und der Regierung, sondern auch in den nächsten Wochen und Monaten, wenn die Geschehnisse aus den Schlagzeilen verschwunden sein werden, gemeinsam mit der starken japanischen Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen – wir sind stolz darauf, dass wir sie hier haben – darüber nachzudenken, was wir machen können, um den Menschen zu helfen. Ich glaube, meine Damen und Herren, das und nichts anderes ist das Gebot der heutigen Stunde und sollte auch in der Debatte klar zum Ausdruck gebracht werden.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ich finde es ohnehin bemerkenswert – und das ist uns allen ein Stück rätselhaft –, dass wir in den letzten Tagen, in der letzten Woche haben beobachten können, mit welcher Ruhe und Würde auch in der Katastrophe das japanische Volk diesem gleich mehrfachen Schicksalsschlag trotzt. Eine bemerkenswerte Haltung, die sich in mancherlei Hinsicht positiv von der hysterischen Reaktion des einen oder anderen bei uns in Deutschland unterscheidet!

Natürlich muss in angemessener Form, meine Damen und Herren, im Deutschen Bundestag, in den Landesparlamenten und so auch hier im Landtag Nordrhein-Westfalen darüber debattiert werden, welche Konsequenzen wir aus der Reaktorkatastrophe in Fukushima zu ziehen haben. Das ist gar keine Frage. Ich warne allerdings davor, das in einer Aufgeregtheit zu tun, in einer parteipolitischen Zuspitzung, die letztlich den Eindruck erwecken würde, wir würden das, was über Japan an Katastrophe hereingebrochen ist, letztlich doch nicht mit der ge-

bührenden Ernsthaftigkeit sehen und berücksichtigen.

Wenn wir, meine Damen und Herren, versuchen, argumentativ etwas abzurüsten – was ich gerade am heutigen Tag sehr empfehle – bei der Frage, welche Konsequenzen Deutschland ziehen muss, dann ist es, Frau Ministerpräsidentin, zunächst einmal doch richtig, dass die Bundesregierung in Abstimmung mit den Ländern, in denen Kernkraftwerke in Deutschland betrieben werden, ein Moratorium verkündet hat. Etwas anderes hätten Sie als Sozialdemokraten, wenn Sie in der Regierungsverantwortung gewesen wären, doch auch nicht gemacht. Das ist ein Punkt, auf den man sich doch wird verständigen können. Es war angemessen und sachgerecht, zunächst einmal zu sagen: Wir müssen angesichts dieser Katastrophe in Japan innehalten und uns die Zeit nehmen, um die Sicherheitsstandards der deutschen Kernkraftwerke noch einmal auf den Prüfstand zu stellen, um zu schauen, ob diese Sicherheitsstandards möglicherweise nachgebessert werden müssen. Das wird man doch als gemeinsamen Punkt, Frau Ministerpräsidentin, festhalten können.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Als zweiten gemeinsamen Punkt kann man sich auch darauf verständigen, dass ich keine Fraktion hier im nordrhein-westfälischen Landtag, keine demokratische Partei in Deutschland kenne, die nicht weiß, dass die Kernspaltungstechnologie eine reine Übergangstechnologie ist und aus unterschiedlichen Gründen nicht dazu taugt, die Energieprobleme in Zukunft zu lösen. Wir alle wissen das. Deshalb sagen wir auch: Die Kernkraft ist eine Brückentechnologie, aus der wir aussteigen wollen, um möglichst schnell einen möglichst hohen Anteil von Energie aus erneuerbaren Energiequellen in unseren Energiemix einbringen zu können. Da sind wir doch auch im Prinzip nicht auseinander, meine Damen und Herren. Es gibt allerdings Unterschiede in der Bewertung, wie schnell man das realisieren kann.

Ich darf darauf hinweisen, dass der sogenannte rot-grüne Atomkonsens, den Sie durchgesetzt haben, als Sie die Bundesregierung gestellt haben, doch auch nicht, ein kurz- oder mittelfristiges Abschalten der deutschen Kernkraftwerke vorgesehen hat, sondern die letzten deutschen Kernkraftwerke sollten auch in Ihrem Ausstiegsszenario 2022 vom Netz gehen. Das gehört doch auch mit zur Wahrheit, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und von der CDU – Zufriedenheit von den GRÜNEN: Das ist immer noch 20 Jahre früher als bei Ihnen!)

Sie haben selber eingesehen: Ein kurzfristiger Ausstieg ist nicht möglich.

Und ein kurzfristiger Ausstieg, meine Damen und Herren – das ist der nächste Punkt, den man ein-

fach nüchtern feststellen muss –, wäre auch deshalb sinnlos, weil nicht nur Deutschland Kernkraftwerke betreibt. Weltweit sind derzeit etwa 440 Kernkraftwerke in Betrieb. Ich rede noch nicht von denen, die im Bau oder in Planung sind. 440 Kernkraftwerke! In Europa allein sind es 197 – 197!

Unsere französischen Nachbarn allein betreiben 58 Kernkraftwerke. Und die denken überhaupt nicht daran – auch nicht angesichts dieser schrecklichen Entwicklung in Fukushima –, ihre Kernkraftwerke abzuschalten. Das älteste französische Kernkraftwerk steht im Übrigen unmittelbar hinter der deutsch-französischen Grenze.

(Hans-Willi Körges [SPD]: Ja, und jetzt?)

Das sind doch Tatsachen, die wir nicht einfach ignorieren können.

(Zuruf von der SPD: Wir tun das nicht!)

Die zwingende Botschaft ist, dass der mögliche isolierte Ausstieg Deutschlands aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie

(Britta Altenkamp [SPD]: Wer redet denn vom isolierten Ausstieg?)

– so wie Sie ihn wollen, Frau Kollegin – schon deshalb sinnlos wäre,

(Heike Gebhard [SPD]: Also bleiben wir doch besser drin, oder was wollen Sie damit sagen?)

weil alle europäischen Nachbarn links und rechts unserer Grenzen bisher überhaupt nicht daran denken, einem solchen deutschen Sonderweg zu folgen. Deshalb ist das ein Argument.

(Beifall von der FDP)

Deshalb müssen wir versuchen, die Debatte über die Sicherheitsstandards international zu führen, nicht nur isoliert in Deutschland. Dafür gibt es jetzt richtige Ansätze, dass man sich innerhalb der Europäischen Union darauf verständigt hat, diese Sicherheitsüberprüfung voranzubringen. Allerdings warne ich davor, gerade von den Ländern, in denen die friedliche Nutzung der Kernenergie bisher absoluter Konsens ist – Großbritannien hat verabredet, zehn neue Kernkraftwerke zu errichten –, zu erwarten, dass sie auch nur im Ansatz bereit wären, einem deutschen Sonderweg zu folgen.

Wenn wir wollen, meine Damen und Herren, die Risiken von Kernkraftwerken, die niemand leugnen wird – möglichst bis wir es eines Tages geschafft haben, auf erneuerbare Energien stärker zurückzugehen, noch stärker, als es bisher möglich ist –, stärker zu reduzieren, dann müssen wir doch darüber nachdenken, wie möglichst viele Kernkraftwerke zum Beispiel mit deutscher Sicherheitstechnologie ausgerüstet werden können. Mir machen die sechs Kernkraftwerke Sorge, die derzeit in China im Bau sind, und die sechs Kernkraftwerke, die derzeit

in Indien im Bau sind. Diese machen wir mehr Sorgen als die Kernkraftwerke, die in Deutschland am Netz sind, meine Damen und Herren; das sage ich in aller Klarheit. Darum muss doch die Debatte gehen.

Ich habe bisher vermisst, dass wir gemeinsam darüber nachdenken, nicht getrieben durch Ideologie, sondern mit Vernunft, mit Verstand und guten Argumenten, wie wir mit den technologischen Möglichkeiten, die wir in Deutschland haben, einen Beitrag dazu leisten können, dass bis zu dem Augenblick, in dem wir diese Brücke haben überschreiten können und hoffentlich das Zeitalter der erneuerbaren Energien auf breiter Front angebrochen ist – nicht nur in Deutschland, sondern weltweit –, diese Brückentechnologie, also die Reaktoren, die am Netz sind, sicherer gemacht werden können. Darüber sollten wir debattieren.

Wir sollten auch darüber debattieren, meine Damen und Herren, was der abrupte Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie weltweit, wenn er denn überhaupt machbar wäre – er ist nicht machbar, ist meine politische Bewertung; aber spielen wir das einmal durch –, für unser Weltklima bedeuten würde. Denn die etwa 440 Reaktoren, die weltweit am Netz sind, führen dazu, dass jährlich etwa 2,5 Milliarden Tonnen CO₂-Emissionen vermieden werden können.

Das heißt im Umkehrschluss – Herr Kollege Priggen, das gehört mit zu der vernünftigen Bewertung dieses Sachverhalts –: Wenn theoretisch alle Kernkraftwerke weltweit jetzt vom Netz genommen würden, würde das bedeuten, dass die Gesamtmenge der weltweiten CO₂-Emission schlagartig um ein Drittel erhöht würde. Das wäre eine wirkliche Klimakatastrophe, meine Damen und Herren, eine Klimakatastrophe ungeheuren Ausmaßes, und damit müssen wir uns doch auch auseinandersetzen. Niemand liebt die Kernkraft,

(Hans-Willi Körges [SPD]: Doch, doch!)

aber sie führt dazu, dass keine CO₂-Emissionen bei der Stromerzeugung anfallen, und das ist mit Blick auf die kritische Entwicklung des Weltklimas doch ein ganz entscheidender Punkt.

(Beifall von der FDP)

Ich wünschte mir, dass das auch in angemessener Form gewürdigt wird.

Was genau in Fukushima passiert ist, wird man in den nächsten Wochen noch im Einzelnen analysieren müssen. Es sind ja nur sehr oberflächliche Informationen, die uns allen bisher vorliegen. Wir schauen alle seit einer Woche auf die Fernsehbilder und versuchen, mit den Informationen, die uns zur Verfügung stehen, einigermaßen nachzuvollziehen, was dort passiert, und wir hoffen alle gemeinsam, dass es dort nicht zu dem schlimmsten anzunehmenden Unfall kommen wird, sondern sich die Lage

weiter stabilisieren lässt. Dann müssen wir die Konsequenzen daraus auch offen debattieren.

Ich habe nur die herzliche Bitte, dass wir das nicht in der parteipolitischen, teilweise ideologischen Zuspritzung machen, wie wir das nicht in allen Beiträgen, aber teilweise leider auch heute wieder erlebt haben. Ich meine, es wäre eine Chance, die daraus für unseren weiteren, auch parlamentarischen Diskurs über die Konsequenzen aus dieser Katastrophe resultieren könnte, wenn man da ein Stück weit abrücken würde und sachgerecht gemeinsam nach einem Weg Ausschau hält, Kernkraftwerke, solange sie betrieben werden müssen, sicherer zu machen, Risiken, soweit es geht, zu reduzieren und gemeinsam bestmögliche Fördermöglichkeiten für erneuerbare Energien zu schaffen.

Da muss ich und darf ich Ihnen noch einmal widersprechen, Frau Ministerpräsidentin. In keinem anderen Land weltweit werden erneuerbare Energien so stark, so systematisch gefördert wie in der Bundesrepublik Deutschland. Es ist nicht richtig, was Sie diesbezüglich insinuiert haben, dass die Förderung zurückgefahren würde. Ich darf im Übrigen auch noch darauf hinweisen, dass das Energiekonzept der Bundesregierung vorsieht, dass durch die befristete Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke das gewaltigste Förderprogramm für erneuerbare Energien mit einem Gesamtvolumen von 30 Milliarden € finanziert werden soll, das es weltweit jemals gegeben hat. Das sollten wir auch, meine Damen und Herren, in dieser Debatte nicht ausblenden. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Papke. – Für die Fraktion Die Linke spricht Frau Kollegin Beuermann.

Bärbel Beuermann (LINKE): Vielen Dank. – Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Erdbeben und die Tsunamikatastrophe in Japan haben Zerstörungen ungeahnten Ausmaßes hervorgerufen. Ganze Landstriche und Städte wurden verwüstet. Die Naturgewalten haben Tausende von Opfern gefordert. Wir haben erlebt und auch hier in Deutschland gesehen, wie klein wir Menschen vor der Macht der Natur sind.

Die Menschen in der Erdbebenregion haben ihr Leben verloren, ihre Angehörigen, ihre Existenz, und der Schrecken ist noch nicht vorbei. Das Kernkraftwerk in Fukushima ist immer noch nicht sicher und wird es wahrscheinlich auch nie mehr werden. Die Menschen in Japan erleben einen Super-GAU mit unvorstellbaren Auswirkungen. All das geschieht den Japanerinnen und Japanern, die als einzige schon die furchtbaren Leiden eines Atombombeneinsatzes durch die USA 1945 auf Hiroshima und

Nagasaki ertragen mussten. Diese Ereignisse sind schrecklich.

In Gedanken sind wir bei den Japanern und Japanerinnen, besonders bei denen, die ihre Angehörigen verloren haben. Wir bangen und hoffen mit all jenen, die immer noch im Ungewissen über das Schicksal von Angehörigen sind. Unser tiefes Mitgefühl gilt ihnen allen.

Meine Damen und Herren, das Ereignis in Japan ist eine Zäsur, ein Zivilisationsbruch in der Geschichte des industriell-kapitalistischen Zeitalters. Angesichts der schrecklichen Ereignisse und der Bilder, die uns täglich im Fernsehen vor Augen geführt werden, ist es schwer, auf die täglichen Aufgaben der Politik zurückzukommen. Eindringlich zeigen die Bilder und Informationen aus Fukushima, dass von Atomkraftwerken eine Gefahr ausgeht, die unkontrollierbar ist.

(Beifall von der LINKEN)

Fukushima zeigt, dass die Risiken der Atomkraft mitnichten, wie die Betreiber immer wieder betonen, beherrschbar sind. Die Linke fordert daher die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen hier und weltweit.

(Beifall von der LINKEN)

Der Entschließungsantrag zur Abschaltung der Atomkraftwerke liegt Ihnen vor. Wir Linke sind gespannt, wie sich die Fraktionen hier im Hause dazu verhalten werden. Es müssen endlich Lehren aus den sogenannten Störfällen gezogen werden. Ein „Weiter so – wir haben die Technik schon im Griff!“ ist verantwortungslos und nach Fukushima schon fast kriminell zu nennen.

(Beifall von der LINKEN)

Kolleginnen und Kollegen, Harrisburg wurde nicht wirklich ernst genommen und bei Tschernobyl einfach die Unfähigkeit der Russen und des Staatssozialismus unterstellt. Im Unterschied dazu – so konnte man lesen – bauen die Japaner, die Deutschen und andere nur höchst sichere Atomkraftwerke, bei denen nichts passieren könne. Nun sind wir in Japan auf tragische Weise vom Gegenteil überzeugt worden. Wir alle – hier, in Europa und weltweit – müssen eine einzige logische Konsequenz ziehen: Der 11. März 2011 muss das Ende des nuklearen Industriealters eingeleitet haben.

(Beifall von der LINKEN)

Atomstrom ist eine Brückentechnologie, aber eine, die in den Abgrund führt. Die Häufung von Stör- und Zwischenfällen in den Atomkraftwerken Deutschlands macht deutlich: Atomkraft ist eine Hochrisikotechnologie – nicht erst seit der Katastrophe in Japan. Für NRW fordern wir daher die Stilllegung der Atomanlagen in Gronau, Krefeld und Duisburg sowie ein generelles Verbot von Atomtransporten durch unser Land.

Meine Damen und Herren, in der Gronauer Urananreicherungsanlage, an der die deutschen AKW-Betreiber E.ON und RWE mit jeweils 16,5 % beteiligt sind, wird auch Brennstoff für den Export nach Japan produziert. Nicht nur dorthin wird er gebracht: Die Firma Urenco beliefert den Weltmarkt mit angereichertem Uran und ist sozusagen eine internationale Drehscheibe für radioaktives Material. Wir, Die Linke, fordern wie der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz ein sofortiges Uranexportverbot.

(Beifall von der LINKEN)

Atomkraftwerke und Atomanlagen gehören abgeschaltet, und zwar sofort und nicht erst irgendwann.

(Beifall von der LINKEN)

Das geht, Kolleginnen und Kollegen, zahlreiche Studien belegen dies. Die Lüge von der Notwendigkeit der Atomkraft geht von den Wirtschaftsinteressen weniger Konzerne aus. Tatsächlich wäre es ohne Weiteres möglich, alle AKWs innerhalb kürzester Zeit abzuschalten. Schon im Jahr 2007, als die Reaktoren Biblis A und B, Brunsbüttel und Krümmel gleichzeitig wegen Sicherheitsmängeln vom Netz genommen werden mussten, entstand keine Stromlücke. Ganz im Gegenteil, es konnte weiter problemlos Strom exportiert werden. Der ausgebliebene Strom aus den Reaktoren konnte durch Mehreinspeisungen erneuerbarer Energien ausgeglichen werden.

Selbst das Umweltbundesamt hat es vorgerechnet: Wir können aus der Atomkraft aussteigen und auf neue Kohlekraftwerke verzichten, ohne dass der Strom knapp wird. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung spricht von einem notwendigen Systemwechsel.

(Beifall von der LINKEN)

Konventionelle Großkraftwerke sind auf Dauer nicht mit einem steigenden Anteil erneuerbarer Energien vereinbar. Sie werden bei einem Anteil von 30 % erneuerbarem Strom sogar ökonomisch unrentabel. Langfristig würde eine auf hundert Prozent erneuerbare Energien ausgerichtete Stromversorgung die Kosten einer konventionellen Stromproduktion sogar unterschreiten.

Ein Umdenken, meine Damen und Herren, bei den Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen muss her, bei denen die externen Kosten in das Kalkül einbezogen werden. Langfristige volkswirtschaftliche Kosten für die Endlagerung von Atommüll und die Auswirkungen des Klimawandels gehen auf Rechnung der fossil-atomaren Energieproduktion. Vermiedene Kosten und regionale Wertschöpfung der regenerativen Branche gehen zugunsten der erneuerbaren Energien.

Damit ist klar, dass erneuerbare Energien eine Investition in die Zukunft und heute schon günstiger

sind als die Dreckschleudern von Treibhausgas und Radioaktivität. Sonne, Wasser, Wind, Biomasse und Erdwärme können unendlich viel Energie liefern. Für fossile Energieträger wie Kohle, Mineralöl, Erdgas und Uran gilt: Verbrannt ist verbrannt. Sie wachsen nicht nach, hinterlassen aber klimaschädliche Abgase oder gefährliche Strahlenfracht. Für erneuerbare Energien gilt dies nicht. Ihr Potenzial ist unerschöpflich. Und: Um Wind- oder Sonnenenergie werden keine Kriege geführt.

(Beifall von der LINKEN)

Die Fraktion Die Linke setzt daher auf das energetische Alternativdreieck: Energieeinsparung, Energieeffizienz und erneuerbare Energien.

Zum Schluss gestatten Sie mir noch zwei Anmerkungen.

Erstens. Wir danken der Landesregierung für die schnelle und unkonventionelle Hilfe für Japan. Diese solidarische Hilfe ist von uns allen zu tragen.

Zweitens. Die Nutzung der Atomkraft für militärische Zwecke und zur Energieerzeugung muss grundsätzlich ausgeschlossen werden, um den Ausstieg unumkehrbar zu machen.

(Beifall von der LINKEN)

Aus diesem Grund brauchen wir diese Verpflichtung im Grundgesetz. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Beuermann. – Für die Landesregierung hat Herr Minister Remmel das Wort.

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muss ehrlich sagen: Bei den Beiträgen der Kollegen Laschet und Papke hat es mich kaum auf dem Sitz halten können. Ich fand es schon ziemlich dreist, wie Sie hier aufgetreten sind: mit einer Mischung aus präsidialem, überparteilichem, oberlehrerhaftem Ton, um Zensuren für die aktuelle Debatte zu vergeben – darüber noch Moralin gegossen –, und einer vermeintlichen Bauernschläue. Ich fand das unerträglich und teilweise zynisch, um es deutlich zu sagen.

Ich kenne niemanden – niemanden! –, weder hier im Parlament noch sonst in der Republik, der nicht tiefes Mitgefühl hätte, der nicht erschüttert wäre angesichts dieser Bilder. Ich kenne niemanden, der nicht bereit wäre, zu helfen, sofort, mit allem, was wir können. Ich kenne auch niemanden, der keinen Respekt vor den Leistungen der Feuerwehrleute hätte. Das ist mir nicht bekannt, in der ganzen Debatte nicht untergekommen.

Ich finde es unerträglich, das Leid, die Betroffenheit und die Erschütterung gegen die Fragen auszuspielen, die auf dem Tisch liegen, die die Menschen nach der Zukunft stellen. Denn das ist tagesaktuell. Die Bevölkerung fragt: Wo geht ihr denn jetzt hin? Wie soll sich das in der Zukunft bei uns weiterentwickeln? Es wäre doch auch nicht unserer Aufgabe angemessen, wenn wir auf diese Fragen, die die Bevölkerung stellt, keine Antworten finden würden.

Da finde ich es schon unglaublich, dass hier gemeint wird, wir dürften jetzt nicht parteipolitisch diskutieren. Welche Aufgabe haben die Parteien denn nach der Verfassung? – Die Parteien sollen zur Willensbildung der Bevölkerung beitragen. Und wann – frage ich –, wenn nicht jetzt, geht es um Willensbildung in der Bevölkerung? Wo soll die Reise hingehen? Wer gestaltet die Zukunft?

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Da muss man sich doch mal fragen: Warum führen Sie hier dieses Schauspiel auf? – Und wenn man mal hinter den Vorhang schaut, wird deutlich, dass Sie massive Probleme im eigenen Laden haben. Darum geht es. Von Ihren eigenen Problemen, die Sie nicht gelöst haben, wollen Sie ablenken. Das ist der entscheidende Punkt. Die Leute glauben Ihnen nicht mehr.

Auch wenn es darum geht, wer die Verantwortung für die Zukunft übernimmt, stehen Sie im Moment offensichtlich nicht an erster Stelle. Die Menschen glauben nicht, dass Sie Ihnen die Verantwortung anvertrauen können.

Das ist eines Ihrer Probleme, nämlich Ihre Vergangenheit, auch hier in Nordrhein-Westfalen. Schauen wir doch mal genau hin. Was haben Sie denn hier in der Vergangenheit für eine Politik gemacht? Herr Uhlenberg sagte 2007: „Ich bin der Auffassung, dass es mit dem Atomausstieg nicht geht in einem Industrieland wie unserem.“ Oder Frau Thoben: „Eine Laufzeitverlängerung bedeutet kein zusätzliches Risiko. Sie brächte der Stromwirtschaft Erlöse, die zum Teil für das Allgemeinwohl eingesetzt werden könnten.“ Oder Herr Pinkwart: „Wir führen eine völlig verklemmte Debatte. Wir dürfen Kernenergie als Option nicht ausschließen. Kernenergie ist ebenso relevant wie erneuerbare Energien und kohlendioxidfreie Kohlekraftwerke.“ Das war im April 2006. Oder Herr Wittke, der die Erneuerbaren, die Windenergie, kaputtmachen wollte. Oder Herr Papke, der noch im September davon gesprochen hat: „Die Einigung zur Laufzeitverlängerung deutscher Kernkraftwerke ist ein hervorragendes Ergebnis auch für Nordrhein-Westfalen. ... Die Laufzeitverlängerung ist ein gutes Signal für Beschäftigung, Arbeit und Wohlstand in unserem Land.“

Das ist Ihre Vergangenheit. Sie haben am Rande gestanden und die Laufzeitverlängerung massiv begrüßt und gefördert. Damit müssen Sie sich auseinandersetzen, wenn es um den Gewinn der De-

batte in Gegenwart und Zukunft geht. Das ist Ihre Vergangenheit, die Sie bis heute nicht geklärt und bewältigt haben. Wie lösen Sie sich aus dieser Vergangenheit hinein in die Zukunft?

Da muss man dann auch fragen, ob wir diese Debatte heute hätten, wenn die Laufzeitverlängerung nicht beschlossen worden wäre. Ich bin davon überzeugt: Wir wären heute in einem gesellschaftlichen Konsens. Wir würden heute die Probleme, die vor uns liegen, in diesem Konsens angehen können.

Sie waren es, die diesen gesellschaftlichen Konsens in Hinterzimmern mit der Atomwirtschaft kaputtgemacht haben.

(Beifall von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Sie haben gesellschaftlichen und politischen Konsens auf übelste Art und Weise infrage gestellt.

Zum zweiten Problem, das heute von Ihnen offenbar geworden ist: Sie haben ein massives Problem innerhalb Ihrer eigenen Partei. Sie trauen offensichtlich dem Kurs Ihres Generalsekretärs und Ihres Vorsitzenden nicht. Nutzen Sie doch bitte die Gelegenheit hier und heute, diese Diskrepanzen darzustellen. Sie legen einen Entschließungsantrag vor, in dem es heißt: Die Landesregierung wird aufgefordert, dies und jenes zu tun. – Dann setzen Sie sich bitte auch damit auseinander, was die Landesregierung schon gemacht hat.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat im Bundesrat zusammen mit anderen fünf Bundesländern einen konsequenten Antrag gestellt, nämlich die Laufzeitverlängerung zurückzunehmen, die alten Kraftwerke sofort stillzulegen, einen neuen, beschleunigten Umstieg auf die Erneuerbaren zu machen und natürlich auch im europäischen Zusammenhang zu denken. – Äußern Sie sich doch zu dieser Position! Teilen Sie die Position der Landesregierung, unterstützen Sie die Position der Landesregierung, Herr Laschet? Oder wollen Sie etwas anderes?

Wenn ich dann in Ihrem Antrag weiterlese, frage ich, was Sie eigentlich tatsächlich wollen. Dort steht unter Ziffer 2:

„darauf hinzuwirken, dass Deutschland schneller aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie aussteigt als bisher beschlossen“

Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Schneller als bisher beschlossen! Was heißt das denn genau, Herr Laschet? Heißt das, wie Herr Wittke das will, schneller als Rot-Grün? Heißt das schneller, wie Herr Röttgen das will, dann vielleicht auf der Basis der Laufzeitverlängerung? Oder heißt „schneller als bisher beschlossen“, dass es nur ein bisschen Laufzeitverlängerung gibt? Was heißt für Sie „schneller als bisher beschlossen“?

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich lese daraus, dass Sie die Position Ihres Generalsekretärs, der Rot-Grün sogar überholen will, und des Bundesumweltministers nicht teilen. Wir erkennen hier ganz eindeutig, dass ein tiefer Riss durch die CDU geht.

(Manfred Palmen [CDU]: Unsinn! – Ilka von Boeselager [CDU]: Keine Hoffnungen machen!)

Sie unterstützen Ihren Bundesumweltminister offensichtlich nicht.

(Widerspruch von der CDU)

– Sie haben ja die Gelegenheit, das hier gleich darzustellen, damit wir es auch an Jahreszahlen festmachen können, Herr Laschet oder Herr Laumann; ich weiß jetzt nicht, wer für Sie sprechen wird.

(Armin Laschet [CDU] kehrt zu seinem Sitzplatz zurück.)

– Ja, es wäre ganz gut, wenn wir uns direkt unterhalten könnten. – Also: Ist es 2023? Das war ursprünglich der gesellschaftliche Konsens. Ist es 2020? Ich habe den Eindruck, dass die Grünen, Herr Röttgen oder auch die SPD vielleicht genau in diese Richtung wollen. Ist es 2017? Nach Aussage mancher Institute, zum Beispiel des Wuppertal Instituts, können wir es schon 2017. Oder ist es 2030?

Diese Frage müssen Sie beantworten. Das geht aus Ihrem Antrag jedenfalls nicht hervor.

(Armin Laschet [CDU]: Was ist denn Ihr Antrag?)

– Nein, sagen Sie doch gleich etwas dazu. Was steht hinter der Ziffer 2 – „darauf hinzuwirken, dass Deutschland schneller aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie aussteigt als bisher beschlossen“ – Ihres Antrags? Es ist nämlich genau das Problem des Moratoriums und der Politik der Bundesregierung, dass keiner weiß, wohin die Reise gehen soll.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wir bräuchten eigentlich eine Leitentscheidung – zumal an vielen Stellen massiv Investitionen zurückgehalten werden – für eine neue Politik, die auf einen beschleunigten Umstieg setzt.

Deshalb appelliere ich an Sie: Sorgen Sie für Klarheit. Sie haben heute hier die Chance. Machen Sie vielleicht auch deutlich, dass Sie innerhalb der CDU doch mit einer Stimme sprechen und keine innere Zerrissenheit haben. Ich nehme zwar an, dass Letzteres der Fall ist. Sie haben aber, bitte schön, die Möglichkeit, es klarzustellen.

Sie haben ein weiteres Problem mit der Beurteilung der Sicherheit. Ich will auch das deutlich machen. Der ehemalige Bundesumweltminister Trittin hat es auf den Weg gebracht.

(Olaf Lehne [CDU]: Den Castortransport!)

Minister Gabriel hat es während der Großen Koalition vorgelegt. Sie haben es aber nicht in Kraft gesetzt. Seit 2009 liegt es auf dem Tisch, das neue Regelwerk für kerntechnische Anlagen. Es ist immer noch nicht in Kraft. Sie hätten die Chance, es in Kraft zu setzen. Es würde die Sicherheitsstandards definieren.

Herr Laschet, wenn wir heute die 17 Kernkraftwerke diesem Kerntechnischen Regelwerk, das nicht in Kraft ist, unterziehen würden, könnte keines dieser Kraftwerke nach heutigem Stand genehmigt werden. Sie müssen den Menschen auch erklären, dass Sie die Sicherheit nach dem Regelwerk, das Sie nicht in Kraft setzen, für die entsprechenden Kraftwerke nicht gewährleisten können.

Ich will Ihr vierteres Problem nennen. Sie haben ein Problem – zumindest Ihr Bundesumweltminister und Ihre Bundesregierung – mit der Verfasstheit der Bundesrepublik. Es gibt einen Landesvorsitzenden der CDU, der sonst keine politischen Inhalte in die Diskussion bringt, aber jede politische Frage in diesem Lande mit dem Verfassungsgericht zu lösen versucht,

(Armin Laschet [CDU]: Eine einzige Frage!)

gleichzeitig aber die verfasste Ordnung dieses Landes – und die ist föderal; wir haben eine föderale Ordnung – nur mit den Füßen tritt, und das zum wiederholten Male.

(Manfred Palmen [CDU]: Was für Märchen erzählen Sie da?)

Wir hatten eine Diskussion über die Laufzeitverlängerung unter Beteiligung des Bundesrates. Warum ist der Bundesrat nicht beteiligt worden?

(Christian Weisbrich [CDU]: Hören Sie auf! Das bringt nichts mehr!)

Das gehört zum Respekt vor der föderalen Verfassung dieses Landes.

Außerdem ist die Geschichte in der letzten Woche zu erwähnen. Da wurden die Bundesländer vermeintlich eingeladen. Eben wurde von Herrn Papke die Erklärung nachgeschoben, es seien ja nur die Länder, die Atomanlagen haben.

(Armin Laschet [CDU]: Nur für die ist es doch interessant!)

Herr Röttgen hat sich im Bundesrat selbst demaskiert, indem er gesagt hat: die Länder mit Atomanlagen und Schleswig-Holstein. – Aber Schleswig-Holstein hat doch keine Atomanlagen, lieber Herr Laschet! Es ging einzig und allein um die parteipolitische Klärung von Sachverhalten und nicht um den Respekt vor der föderalen Ordnung dieses Landes.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich will Ihnen Ihr fünftes Problem nennen. Sie haben kein Konzept für den beschleunigten Umstieg, wie auch eben in Ihrer Rede deutlich wurde. Sie haben kein Konzept für eine klima- und energiepolitische Zukunft dieses Landes. Es beschränkt sich auf Argumentationen zu Datteln und eine Forderung nach beschleunigtem Netzausbau.

Wie soll denn unsere Energiezukunft in Nordrhein-Westfalen aussehen? Wie wollen wir denn hier Wertschöpfung generieren? Wir haben doch beispielsweise das massive Problem, dass wir fünf Jahre lang den Anschluss in der Windenergie verpasst haben. Schauen Sie sich einmal an, wohin die Erlöse aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz gehen! Sie fließen nach Bayern und nicht nach Nordrhein-Westfalen.

Wir wollen doch, dass in Nordrhein-Westfalen Gewinne gemacht werden. Wir wollen, dass hier Strom produziert wird. Deshalb brauchen wir den Ausbau der Erneuerbaren. Deshalb muss endlich der Weg zur Ermöglichung von Windenergie in Nordrhein-Westfalen frei gemacht werden. Deshalb brauchen wir hier die Konzentration auf intelligente Netze. Deshalb brauchen wir den Ausbau von Kraft-Wärme-Kopplung. Das ist die Zukunft. Dafür brauchen wir Rahmenbedingungen.

Dann brauchen wir nicht die großen Leitungen, die von Nord nach Süd gehen. Wir müssen hier unser Zentrum der Erneuerbaren haben.

(Zurufe von der CDU)

– Ja, wir brauchen intelligente Netze, und wir brauchen eine beschleunigte Umsetzung; aber aus einer nordrhein-westfälischen Perspektive. Diese Interessen und diese Konzepte können Sie nicht formulieren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Deshalb liegt in dieser Debatte die Chance, dass Sie sich erklären und für Nordrhein-Westfalen die Interessen formulieren. Ich hoffe auch, dass Sie uns unterstützen – auf dem Weg eines schnellen Ausstiegs, vor allen Dingen aber auch eines schnellen Umstiegs zu erneuerbaren Energien, zu einer anderen Energieversorgung; denn das liegt im ureigenen Interesse eines Landes, das über keine Atomkraftwerke verfügt.

Ein Letztes sei noch angefügt, damit das klar ist: Sie haben die Atomkraftwerke um uns herum angezprochen. In der Tat sind hier Belgien, die Niederlande und Frankreich zu nennen. Es gibt aber auch Atomkraftwerke in Niedersachsen, zum Beispiel in Lingen und Grohnde. Insofern gibt es einen Auftrag. Ich hoffe, dass wir den Weg gemeinsam gehen und Sie an unserer Seite sind, wenn wir im Rahmen der Benelux-Länder die Frage eines geordneten Ausstiegs aus der Atomenergie auch in unseren Nachbarländern ansprechen. Wir jeden-

falls haben diesen Aspekt in unserem Antrag im Bundesrat zur Sprache gebracht.

Wir hoffen, Herr Laschet, Herr Laumann, dass Sie uns unterstützen. Sie haben die Gelegenheit, sich zu erklären. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Remmel. – Für die SPD-Fraktion hat Kollege Stinka das Wort.

André Stinka (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, Herr Laschet, gerade weil die Bilder aus Japan mich und unsere Fraktion bewegen, gerade weil wir wollen, dass es solche Bilder etwa über Menschen, die nicht mehr nach Japan zurückfliegen können, weil es eventuell Verstrahlungen geben kann, nicht mehr geben soll, unterhalten wir uns heute über dieses Thema. Wir lassen uns auch keine Parteitaktik vorwerfen und dass wir hier wenig souverän auftreten.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund in gebotener Kürze noch mal die Darlegung, warum Rot-Grün deutlich machen kann, welche anderen Alternativen bestehen. Ich bin 1986 in Essen-Kupferdreh als Wehrpflichtiger gewesen – genau zu dem Zeitpunkt, als der Reaktor in Tschernobyl explodiert ist. Wir sind mit einem vorsintflutlichen Geigerzähler, wie es sich für den Bund gehört, durch die Kaserne gegangen, und selbst dort hat der Zeiger ausgeschlagen. Hier steht jemand vor Ihnen, der sich über diesen langen Zeitraum für den Atomausstieg eingesetzt hat. Wenn heute CDU und FDP sagen, ganz überrascht gewesen zu sein, haben sie 25 Jahre der Debatte verpasst. Sie können eine 25-jährige Debatte über die Sicherheit von Tschernobyl nicht ausblenden.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Da auch ich immer von den Anwürfen betroffen gewesen bin, wenn wir uns auf den Weg gemacht haben – Klimaschutzgesetz, Windkraft –, bin ich schon über die Pirouetten erstaunt, die wir in den letzten Tagen sehen. Ich sage für die rot-grüne Landesregierung und die SPD-Fraktion ganz deutlich: Wir werden weiter an dem Windkraftvertrag und an einem Ausstieg festhalten. Wir müssen es uns nicht gefallen lassen, dass wir im Bereich der Erneuerbaren vorgeführt werden und dass die Kanzlerin und die CDU uns auf der Bundesebene überholen. Wir wissen sehr wohl, wie Sie Ihr Erneuerbare-Energien-Gesetz noch am Freitag im Bundesrat abgelehnt haben, wie Sie noch letztes Jahr Ihr Erneuerbare-Energien-Gesetz im Bereich der Photovoltaik so durchgeführt haben, dass im Mittelstand Investitionsunsicherheiten entstanden sind.

Herr Laschet, Sie haben vorhin die soziale Komponente angesprochen. Das finde ich besonders übel, weil ich in der Enquetekommission gesessen habe und die SPD-Fraktion es war, die jemand vom Caritasverband aus Köln dabei hatte und sich um Energiefragen kümmerte, und im gleichen Zeitraum kürzen Sie bei den Verbraucherzentralen die Mittel für die Beratung von Hartz-IV-Empfängern.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das nenne ich verlogene Politik. Im Enquetebericht danach wird davon gesprochen, dann sollten sich die Leute einen warmen Pullover anziehen. Dass Sie nicht dabei waren, haben Sie heute deutlich gemacht, Herr Laschet.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

– Dass Sie dabei waren, ist schon klar, Herr Laschet.

(Beifall von Norbert Römer [SPD])

Die Debatten haben wir ja in der Enquetekommission geführt. Es ging um Konzepte.

(Widerspruch von der CDU – Zurufe von Armin Laschet [CDU])

– Wer schreit, hat meistens Unrecht, Herr Laschet. Seien Sie also gerade in dieser Debatte ganz vorsichtig!

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Diese Debatte haben wir geführt. Wir haben den Caritasverband eingeladen, uns Vorschläge zu machen. Gerade für Sozialdemokraten, die sich um soziale Verantwortung kümmern, ist die Energiefrage eine äußerst wichtige.

Vor dem Hintergrund leiten wir die Energiewende weiter ein, und ich bin froh über die Debatte. Aber bleiben Sie ehrlich! Üben Sie sich in Demut, und überlegen Sie, was Sie in den letzten 30 Jahren in der Debatte verpasst haben! Laden Sie nicht Leute ein, nachdem Sie vorher ganz andere Dinge erzählt haben! – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Stinka. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Markert.

(Zuruf von der SPD: Die CDU hat nichts mehr zu sagen!)

Hans Christian Markert (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit gut einer Woche sind wir mit unseren Gedanken und Gefühlen bei den Menschen in Japan. Die Katastrophe, die dort in dreifacher Hinsicht stattfindet, wird uns nicht mehr loslassen. Einmal mehr zeigt sich, dass die Natur keine Rücksicht auf menschliches Versagen

und technische Unzulänglichkeiten nimmt. Was ist das für eine Technologie, bei der man Menschen ins Feuer schicken muss, die jetzt als Helden von Fukushima gefeiert werden, um vielleicht das Unmögliche noch wahr zu machen? Man muss Menschen ins sichere Verderben schicken, um diese Technik, die nicht beherrschbar ist, irgendwie in den Griff zu bekommen.

Nein, die einzige Lehre daraus ist: Diese Technologie ist technisch nicht beherrschbar und daher politisch nicht zu verantworten.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Deshalb brauchen wir eine Exit-Strategie für den schnellstmöglichen und unumkehrbaren Ausstieg aus einer Technologie, die nicht beherrschbar und nicht verantwortbar ist.

Die erste Lehre aus Fukushima ist: Das gesamte radioaktive Inventar und die radioaktiven Kreisläufe müssen innerhalb des Stahlbetonsicherheitsbehälters sein. Das nennt man Containment. Wir Grüne haben deswegen am vergangenen Wochenende einen Beschluss gefasst, der da lautet: Wir wollen sofort die gefährlichsten Anlagen abschalten. Hier gibt es eine Priorität im Ausstiegsprozess für Atomkraftwerke in Erdbebengebieten, für Anlagen, die vor 1980 in Betrieb gingen, für AKW der ersten Generation, für besonders störanfällige Kraftwerke und für jene Kraftwerke ohne ausreichendes Containment.

Aber es geht natürlich auch in Nordrhein-Westfalen um den Ausstieg. Ich bin unserer Landesregierung sehr dankbar dafür, dass sie die nordrhein-westfälischen Anlagen ebenfalls in den Mittelpunkt stellt. Wir müssen jetzt auch die Diskussion darüber führen, eine rechtliche Grundlage zu schaffen, so, wie wir die Wiederaufbereitung irgendwann abgeschafft haben, auch die Urananreicherung endgültig zu verlassen und diesen Irrweg für immer zu beenden. Das betrifft Gronau.

Wir führen nachher noch eine Debatte über die haushaltspolitischen Fragen. Wir müssen auch aufhören, Gelder in eine Forschung zu stecken, die wir für energiepolitisch nicht verantwortbar, weil nicht beherrschbar halten. Die Atomforschung an dieser Stelle muss beendet werden.

Herr Papke, es war Ihr Forschungsminister, der hier noch vor einigen Jahren dafür sorgen wollte, eine neue Reaktorreihe in Nordrhein-Westfalen zu schaffen.

(Ralf Witzel [FDP]: Es ging dabei nicht um ein AKW, sondern um Kernsicherheitsforschung in Jülich! Die aktuellen Ereignisse zeigen, dass wir gerade diese benötigen!)

Die rot-grüne Landesregierung hat den LEP IV zurückgenommen. Und es sind schon wieder Menschen aus der Atomlobby, aus Jülich, unterwegs,

die die hoch gefährliche und in Forschung und Anwendung gescheiterte Hochtemperaturkugelhaufen-Technologie – übrigens graphitmoderiert wie in Tschernobyl – als Alternative wieder ins Gespräch bringen wollen.

Wenn Sie es also ernst meinen mit Ihren Diskussionen, mit Ihrem Nachdenken – bei Ihnen, Herr Papke, habe ich da nicht so viel gehört –, dann sollten Sie in einer ehrlichen Debatte auch sagen, dass Sie bis vor einigen Jahren hier sogar noch eine Möglichkeit für neue Kraftwerksreihen offenhalten wollten.

(Beifall von den GRÜNEN und von Karl Schultheis [SPD])

Die rot-grüne Landesregierung will in Nordrhein-Westfalen die Brücke in die solare Zukunft bauen. Die schwarz-gelbe Brücke führt ins Desaster. Das sehen wir einmal mehr in Fukushima. Und wir wollen alle hoffen, dass es irgendwie noch gelingt, das Allerschlimmste zu verhindern. Das wäre dann jedenfalls etwas, was wir in unsere politische Debatte mitnehmen könnten, um sie nach vorne orientiert, zukunftsorientiert weiterzuführen.

Ich will schließen mit einem asiatischen Sprichwort, das da lautet: „Der Kluge löst Probleme, der Weise vermeidet sie.“ – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Markert. – Für die Fraktion Die Linke spricht nun Herr Kollege Aggelidis.

Michael Aggelidis (LINKE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Das Erdbeben und die nachfolgende Flutwelle haben in Japan Tausenden Menschen das Leben gekostet. Die Zahl der Opfer ist noch unklar. Japan ist von einer furchtbaren Naturkatastrophe getroffen worden. Wir fühlen mit den Opfern.

Unsere uneingeschränkte Solidarität gilt den vielen Menschen in Japan, die darum kämpfen, die Überlebenden zu retten, zu versorgen und in Sicherheit zu bringen.

Zur Naturkatastrophe kommt mit der Havarie des Atomkraftwerks in der Präfektur Fukushima eine Katastrophe mit unabsehbaren Folgen hinzu. Diese zweite Katastrophe ist Menschenwerk, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die Folgen für die Menschen in der Region und für 35 Millionen Menschen in Tokio sind schon jetzt verstrahltes Trinkwasser und verstrahlte Lebensmittel. Auch hier gilt unser Mitgefühl den betroffenen Menschen.

Darüber hinaus ist klar, dass die Erde global einer höheren Belastung durch atomare Strahlung ausgesetzt wird – mit allen Folgen für Leben und Ge-

sundheit. Unmittelbar betroffen und bedroht sind jetzt die Menschen in der Region.

Ich verneige mich vor den Freiwilligen, die unter Einsatz ihres Lebens ihr Möglichstes geben, um eine noch schlimmere Katastrophe zu verhindern. Sie opfern sich buchstäblich auf, und zwar nicht nur für ihre japanischen Landsleute, sondern für uns alle. Ich wiederhole: Ich verneige mich vor diesen Menschen, vor ihrem Mut und ihrer Opferbereitschaft.

(Beifall von der LINKEN)

In unserer Kultur gab es einst eine achtenswerte Sitte, die wie so viele andere achtenswerte Sitten dem Kapitalismus zum Opfer gefallen ist.

(Zurufe von der CDU)

Es war einst bei uns Sitte: Der Kapitän verlässt als Letzter sein sinkendes Schiff.

In diesem Sinne vermisste ich unter den Menschen, die derzeit in der Präfektur Fukushima für ihre Landsleute und für uns alle ihr Leben geben oder zumindest aufs Spiel setzen, die Verantwortlichen für die Katastrophe. Wo sind die Herren der atomaren Energieproduktion? Wo sind die Herren von Tepko und die Herren der anderen Energieriesen? Wo sind die Herren von RWE, E.ON, Vattenfall und EnBW, die uns seit Jahrzehnten etwas von vertretbaren Risiken aufschwätzen und die genauso wie ihre japanischen Mittäter den Menschen vorgaukeln, einen so schlimmen Unfall könne es gar nicht geben?

(Beifall von der LINKEN)

Warum nehmen diese Herren nicht ihren Platz in den Reihen der freiwilligen Helfer ein? – Diese Frage sollten die uns beantworten.

Sollen wir heute über streitige Fragen sprechen, meine sehr verehrten Damen und Herren? Es gibt in diesem Hause – das ist ganz normal – durchaus streitige Fragen. Es gibt verschiedene Vorstellungen zur Energiepolitik. Unsere Vorsitzende Bärbel Beumer hat Ihnen dazu das Nötige mit gebotener Bündigkeit gesagt.

Sie hat aber auch etwas gesagt, was nach Harrisburg 1979 und Tschernobyl 1986 schon lange nicht mehr hätte streitig sein dürfen und was seit Fukushima 2011 doch nun wirklich nicht mehr streitig sein darf: Es gibt keine sichere Atomtechnologie.

Weg mit diesem Teufelszeug! Wir müssen aus dem atomaren Wahnsinn aussteigen, und zwar sofort!

(Beifall von der LINKEN)

Und darum genügt die Initiative der Landesregierung im Bundesrat nicht. Die Rücknahme der Laufzeitverlängerung für die Atomkraftwerke genügt nicht. Wir wissen: Der Antrag ist abgelehnt worden. Aber er reicht auch nicht aus. Wir brauchen den sofortigen Ausstieg. Abschalten jetzt!

(Beifall von der LINKEN)

Bundeskanzlerin Angela Merkel spielt auf Zeit. Zwei Drittel der Menschen in Deutschland sind gegen Atomkraftwerke. Die CDU/FDP-Bundesregierung hat bislang noch nicht einmal die kriminell unverantwortliche Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke zurückgenommen. Sie erweist sich abermals als Erfüllungsgehilfe der Profitsucht der Energieoligopolisten.

SPD und Grüne fordern nur, die sieben ältesten Meiler abzuschalten und die Laufzeitverlängerung zurückzunehmen. Schon der über Jahrzehnte gestreckte Ausstieg im Konsens mit den Energiekonzernen war eine unverantwortliche Gefährdung der Bürgerinnen und Bürger.

Ich wiederhole: Nach Fukushima kann es nur eine einzige Konsequenz geben: das sofortige Abschalten aller Atomkraftwerke und den sofortigen Ausstieg aus der atomaren Energieproduktion!

(Beifall von der LINKEN)

Aufgabe der Landesregierung ist, alles zu tun, um den sofortigen Ausstieg zu erkämpfen. Das ist der Sinn unseres Antrags. Alles tun, das heißt: alle Maßnahmen hier in NRW und für die Bundesebene geeignete Initiativen im Bundesrat auch dazu, dass sich Deutschland in der EU und weltweit für den sofortigen Ausstieg einsetzt. Alles tun, das heißt aber auch: Eine verantwortlich handelnde Regierung muss die Menschen unseres Landes mobilisieren. Eine verantwortliche Regierung muss ihren Beitrag dazu leisten, dass die Bewegung gegen die Atomenergie so stark wie möglich wird.

Die Macht der Energiemonopolisten muss gebrochen werden, und das schaffen wir nur zusammen mit Millionen von Menschen, die ihnen entgegentreten.

(Beifall von der LINKEN)

Unsere Anhörung im Landtag zur Zukunft der Stromnetze hat gezeigt, dass deren private Eigentümerschaft nicht geeignet ist, die Netze schnell für erneuerbare Energien auszurüsten. Daher fordern wir die Vergesellschaftung nicht nur der Netze, sondern auch der Energiekonzerne.

(Beifall von der LINKEN – Zuruf von der CDU)

Der CDU-Antrag, den wir natürlich ablehnen, zeigt, dass Sie nach dieser Katastrophe – und das ist schlimm genug – eigentlich nichts hinzugelernt haben. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Aggelidis. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Voigtsberger.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Jetzt kommt der Wirtschaftsminister!)

Harry Kurt Voigtsberger, Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Laumann, Sie haben mich wider Erwarten erkannt, vielen Dank.

Meine Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen ist das bedeutendste Energiedorf, die bedeutendste Energieregion Deutschlands. Und in Nordrhein-Westfalen läuft kein einziges Kernkraftwerk; denn bekanntlich – das will ich noch mal betonen – gibt es drei Wege zu lernen: Der erste Weg ist durch Nachahmung, das ist der leichteste. Der zweite durch Nachdenken, das ist der edelste. Und der dritte durch Erfahrung, das ist sehr oft der bitterste.

Ich denke, wir in Nordrhein-Westfalen haben durch Nachdenken gelernt – das letzte Kernkraftwerk wurde 1995 stillgelegt. Das war eine richtige Entscheidung. Die Erfahrung hat uns verschiedene Dinge vor Augen geführt. Harrisburg ist heute kaum erwähnt worden, es ist teilweise in Vergessenheit geraten, dass die Amerikaner schon nicht mehr glaubten, dieses Kraftwerk unter Kontrolle zu bekommen und mit der Evakuierung Hunderttausender Menschen begonnen hatten. Tschernobyl – jeder kennt es –, und jetzt Fukushima.

Diese Erfahrungen zeigen uns, dass nukleare Technologie letztendlich unkontrollierbare Risiken beinhaltet. Das gilt selbst dann, wenn man modernste Schutz- und Sicherheitsniveaus eingehalten hat und modernste Ingenieurtechnologie anwendet. Ich weiß zwar nicht, wie viele Ingenieure hier im Raum sind, aber jeder, der Ingenieur ist, weiß: Es gibt nicht die perfekte Technik, und es gibt auch nicht den perfekten Menschen.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von Minister Johannes Remmel)

Und wenn das so ist, dürfen wir auch nicht so tun, als könnten wir sie perfekt gestalten. Insoweit haben wir durch Fukushima die menschliche Begrenztheit erfahren.

Daher müssen wir spätestens jetzt aus den japanischen Erfahrungen Konsequenzen für die Energiepolitik der Bundesrepublik Deutschland ziehen. Spätestens am 11. März müsste dem letzten Befürworter der Kernenergie klar geworden sein, dass man sich in einer Sackgasse befindet. Atomkraft ist letztendlich ein tödliches Risiko. Es ist in der Tat traurig, dass die ablehnende Haltung der Landesregierung Nordrhein-Westfalen und der sie tragenden Parteien zur Kernenergie nun auf derart schreckliche Weise endgültig bestätigt wurde. Meine Damen und Herren der CDU und FDP, hätte man zu diesem Ergebnis nicht auch durch Nachdenken kommen können? Wäre das wirklich so unglaublich und so schwer gewesen?

Überlegen Sie sich einmal: Vor wenigen Wochen haben wir noch einen heftigen Streit über die Laufzeitverlängerung geführt. Der Atomkonsens ist aufgekündigt und die Beteiligung des Bundesrates, das heißt der Bundesländer, ist abgelehnt worden. Die Verfassungsklage der Länder auf Beteiligung läuft zurzeit noch. Dass auf der einen Seite die Beteiligung der Bundesländer abgelehnt wurde, aber auf der anderen Seite die Bundeskanzlerin die Länder jetzt zusammenruft, um das Problem mit ihnen zu diskutieren, ist eine fatale Satire.

(Minister Johannes Remmel: Unglaublich!)

Ich glaube, Ihr Nachdenken, Herr Laschet, ist nicht ehrlich. Wenn es ehrlich wäre, würden Sie wenigstens der Beteiligung der Bundesländer den Weg frei machen; das wäre ein Leichtes. Dann bräuchten Sie sich nicht solche Konstruktionen wie das Zusammenrufen der Bundesländer in verschiedensten Formen zu überlegen. Machen Sie den Weg für eine Beteiligung der Bundesländer frei, das wäre wenigstens ein Anfang.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Ereignisse in Japan geben auch Anlass zur Überprüfung der in Nordrhein-Westfalen noch betriebenen kerntechnischen Anlagen. Ich habe den Bundesumweltminister, Herrn Dr. Röttgen, aufgefordert, die nordrhein-westfälischen kerntechnischen Anlagen in das Überprüfungsprogramm der deutschen Kernkraftwerke mit einzubeziehen. Zudem werden wir natürlich auch selbst die Anlagen intensiven Sicherheitsüberprüfungen unterziehen.

Selbstverständlich werden wir uns auch mit den Sicherheitsstandards der außerhalb unserer Landesgrenzen gelegenen Kraftwerke beschäftigen. Dazu haben wir mit den entsprechenden Partnern die Kontakte aufgenommen – ob in den Niederlanden oder in Belgien –, um ins Gespräch zu kommen.

Bei aller Tragik: Die Atomkatastrophe in Japan muss zukunftsweisende Folgen für die Energiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland haben. Ich denke, die Bundesregierung ist aufgefordert, die gesamte Energiepolitik neu auszurichten. Unsere Vorschläge liegen seit Langem auf dem Tisch. Sie müssten nur aufgegriffen und ehrlich diskutiert werden, dann kämen wir schon eine ganze Ecke weiter. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Voigtsberger. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung, erstens über den Inhalt des **Entschließungsantrags Drucksache 15/1542** der Fraktion Die Linke. Wer stimmt diesem Entschließungsantrag zu? – Die Linke. Wer stimmt dagegen? –

Die Fraktionen von CDU, FDP, Grünen und SPD. Gibt es Enthaltungen im Hohen Hause? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Entschließungsantrag **abgelehnt**.

Zweitens stimmen wir über den Inhalt des **Entschließungsantrags Drucksache 15/1543** der Fraktion der CDU ab. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Die Fraktion der CDU. Wer stimmt dagegen? – Die Fraktionen von SPD, Grünen und Linken. Wer enthält sich? – Die Fraktion der FDP enthält sich. Somit ist auch dieser Antrag mit der Mehrheit der Stimmen des Hohen Hauses **abgelehnt**.

Damit sind wir am Schluss der Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt.

Ich rufe auf:

2 Urteil des Verfassungsgerichtshofes zum Nachtragshaushaltsgesetz 2010 und Konsequenzen für die Haushaltspolitik in Nordrhein-Westfalen

Der Antrag auf Sondersitzung stammt vom 16. März. Die Beratung ist damit erbeten. Die Fraktionen haben sich inzwischen auf eine Redezeit für diesen Tagesordnungspunkt verständigt, nämlich auf Redeblock III.

Zur Begründung des Antrags erteile ich für die antragstellenden Fraktionen zunächst für die CDU-Fraktion Herrn Laumann das Wort.

Karl-Josef Laumann (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Aufgabe der Politik ist es, die Handlungsfähigkeit des Staates in der Gegenwart, aber auch für die Zukunft sicherzustellen. Das ist deswegen eine der wichtigsten Aufgaben von Politik, weil unsere Bürgerinnen und Bürger auf einen handlungsfähigen Staat angewiesen sind. Dieses gilt ganz besonders für die schwächeren Mitglieder unserer Gesellschaft.

Deutschland und Nordrhein-Westfalen sind freiheitliche soziale Rechtstaaten. Die Handlungsfähigkeit des Staates ist auch Voraussetzung für die soziale Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger.

Deswegen bin ich froh über das Urteil des Verfassungsgerichtshofs. Denn in dem Urteil heißt es – ich zitiere –: Mit der Festlegung der Schuldengrenze dient die Landesverfassung

„dem Schutz künftiger Generationen vor unbeschränkter Vorwälzung staatlicher Lasten. Bürger und Parlamente der Zukunft sollen davor bewahrt werden, den zur Bewältigung dann anstehender Probleme nach ihren Maßstäben benötigten finanziellen Handlungsspielraum zu verlieren.“

Das heißt: Die Schuldengrenze der Verfassung dient der Nachhaltigkeit. – Oder um es ganz einfach

auszudrücken: Die Schuldengrenze der Verfassung zwingt uns jetzt handelnde Politiker, auch im Auge zu haben, dass die nachfolgende Generation einen handlungsfähigen Staat organisieren kann.

(Beifall von der CDU)

Folgerichtig hat das Gericht auch den Maßstab für die Festlegung einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts in diesem Urteil ohne Frage sehr hoch gelegt. Zweitens hat das Gericht auch strenge Kriterien für Maßnahmen festgelegt, die einer möglichen Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts entgegenwirken sollen. Die zusätzlichen Aufgaben müssen also geeignet sein, diese Störung zu beheben.

Ich bin ganz sicher, dass dieses Gerichtsurteil seriöse finanzpolitische Debatten bei uns in Nordrhein-Westfalen und auch darüber hinaus verändern wird, denn sowohl die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts wie auch die damit begründete Verschuldung sind nicht mehr so leicht begründbar, wie das vielleicht in der Vergangenheit war.

Deshalb glaube ich, Frau Kraft, dass Ihre Auffassung einer präventiven Haushaltspolitik, so wie ich sie bis jetzt verstanden habe,

(Karl Schultheis [SPD]: Das scheint das Problem zu sein!)

so wie Sie sie dargestellt haben, schlicht und ergreifend nicht mehr möglich ist, weil sie mit dem Nachhaltigkeitsgebot unserer Verfassung nicht in Einklang zu bringen ist.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Sie scheitert deshalb, weil bei Ihnen und der gesamten Landesregierung kein Sparwille erkennbar ist. Er ist auch deswegen nicht erkennbar, weil er schlicht und ergreifend nicht vorhanden ist.

In dieser Debatte über die Frage, wie viel Zukunftslasten wir einer nachfolgenden Generation hinterlassen dürfen, bin ich auf einen interessanten Bericht der Grünen-Fraktion aus dem Jahre 2006 gestoßen, den sogenannten Abschlussbericht Ihrer Kommission, Herr Priggen, für eine nachhaltige Finanzpolitik.

(Zuruf von der Regierungsbank: Rüdiger Sagel! – Gegenruf von Rüdiger Sagel [LINKE]: Das war ich nicht! Im Gegenteil! Ich weiß, wer das unterschrieben hat! Mein Name stand da nicht drauf!)

Das war ein viel beachteter Bericht. Er hat damals in den Medien eine große Rolle gespielt. In diesem Bericht haben die Grünen die damalige Konsolidierungspolitik der CDU-Landesregierung kritisiert. Sie haben gesagt, sie sei nicht ausreichend. Die Grünen-Kommission hat 2006 im Grunde eine Verschärfung der Verschuldungsgrenze in der Verfassung vorgeschlagen.

Ich zitiere aus dem Bericht: Zur dauerhaften Vermeidung einer nachfolgenden Generationen belastenden Haushaltspolitik ist die Verschuldungsgrenze dahin gehend abzuändern, dass jegliche Lastenverteilung ohne korrespondierenden Nutzen ohne Ausnahme verboten wird.

Weiter heißt es: Es sollte überlegt werden, ob die Schwelle einer verfassungsrechtlichen Überprüfung nicht gesenkt werden sollte, um sicherzustellen, dass diejenigen, die die Folgen einer nicht nachhaltigen Haushaltspolitik und Verschuldungspolitik bezahlen müssen, eine rechtsstaatlich wirksame Abwehrmöglichkeit haben.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Das heißt also, dass man damals seitens der Grünen vorgeschlagen hat, ein Rechtsinstrument zu schaffen, das die nachfolgende junge Generation in unserem Land vor einer Verschuldungspolitik einer Parlamentsmehrheit in diesem Hause schützt.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Etwas anderes kann das ja nicht heißen. – Jetzt stelle ich einfach, Herr Priggen und die Fraktion der Grünen, fest: Jetzt sind Sie Mehrheit, und wir mussten mit dem Gang zum Verfassungsgericht die nachfolgende Generation vor der Verschuldungspolitik Ihrer Mehrheit schützen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Ich wäre ja heute sehr dankbar dafür, wenn ich einmal erklärt bekäme, was sich denn in den letzten fünf Jahren so geändert hat, dass Sie das alles mitmachen, was Sie zurzeit mitmachen. Wenn man einmal so gedacht hat, muss das doch richtig wehtun, einer solchen Finanzpolitik von Frau Kraft hier im Parlament zu einer Mehrheit zu verhelfen.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Heike Gebhard [SPD]: Wie lautet Ihre mittelfristige Finanzplanung für 2011? – Zurufe von der CDU: Oh! – Manfred Palmen [CDU]: 160 Milliarden für 2014!)

– Ich komme gleich dazu.

Ich will einen weiteren Punkt ansprechen. Die Reaktionen aus dem Regierungslager auf das Urteil des Verfassungsgerichtshofs haben mich nicht nur gestört, sondern geradezu entsetzt. Man hat einfach erklärt, es sei objektiv nicht möglich, in Nordrhein-Westfalen einen verfassungskonformen Haushalt vorzulegen. Es gab sogar Interviews, in denen Horrorszenarien an die Wand gemalt wurden, dass die Entlassung von mehr als 20.000 Landesbediensteten notwendig sei, um zu einem verfassungsgemäßen Haushalt zu kommen.

Ich glaube, dass diesen Horrorszenarien jegliche Grundlage fehlt. Sie halten nämlich die Möglichkeit, auf der einen Seite zum Beispiel in Bildung zu investieren, was ich unterstütze, und auf der anderen Seite zu sparen, damit für ausgeschlossen. Sie wol-

len der Öffentlichkeit schlicht und ergreifend nicht die Wahrheit sagen. Im Grunde wollen Sie heute wieder Ihre Klientelpolitik machen, die Sie schon vor 2005 gemacht haben. Sie haben keine neuen Ideen. Sie regieren mit Ihren alten, angestaubten Rezepten. Und jetzt versuchen Sie, Ihrer alten rot-grünen Schuldenpolitik – durch die Linken ist dieser Kurs sicherlich noch verschärft worden – mit dem Thema „präventive Finanzpolitik“ einen neuen Anstrich zu geben.

Dass es auch anders geht, hat die CDU-Regierung zwischen 2005 und 2010 bewiesen.

(Beifall von der CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das stimmt doch nicht! – Weiterer Zuruf von der SPD: Das glauben Sie doch selber nicht!)

– Ruhig an! Ich komme noch zu den Zahlen. – Jürgen Rüttgers und Helmut Linssen haben bewiesen, dass Konsolidierung und gleichzeitiges Investieren möglich sind. Die Fakten sind ja in den Haushalten nachzulesen. Wir haben über 3,8 Milliarden € mehr in Bildung und Kinder investiert – es ist sicherlich ohne Streit, dass das so war; es ist auch in den Haushaltsplänen nachzulesen – und gleichzeitig konsolidiert. Die Neuverschuldung im Regierungsjahr 2006 lag nachweislich bei 3,2 Milliarden €. Die Neuverschuldung 2007 lag bei 1,9 Milliarden €. Die Neuverschuldung 2008 lag bei 1,1 Milliarden €. 2009 lag sie bei 5,6 Milliarden €. Das Haushaltsjahr 2010 wird sicherlich mit einer Neuverschuldung von 5 Milliarden € abgeschlossen werden.

Das heißt, in den fünf von uns mit Mehrheit verabschiedeten Haushalten lag die Verschuldung bei insgesamt 16,8 Milliarden €. Gleichzeitig wurden – das ist sicherlich auch ohne Streit; das ist im Haushalt nachlesbar – Rücklagen und Haushaltsüberschüsse in Höhe von 3 Milliarden € gebildet. Das bedeutet, die effektive Erhöhung der Verschuldung zwischen 2006 und 2010 lag bei 13,7 Milliarden €, obwohl die Riesensumme von 3,8 Milliarden € zusätzlich in Kindergärten und Bildung investiert worden ist.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Sie dagegen planen in Ihrer mittelfristigen Finanzplanung bis 2014 nach dem uns jetzt vorliegenden Haushaltsplan 30 Milliarden € neue Schulden. Hätten wir Sie nicht mit unserem Gang nach Münster gestoppt, hätten Sie schon jetzt 10,7 Milliarden € neue Schulden gemacht.

Ihre Haushaltseckzahlen drehen sich, seitdem Sie regieren, schneller als eine Fahne im Wind. Ich komme nur zu dem Zahlenwerk im Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt 2010, das Sie dem Parlament vorgelegt haben. Bei der Einbringung im September 2010 haben Sie gesagt: Wir brauchen eine Nettoneuverschuldung von 8,9 Milliarden €. Im November haben Sie eine Ergänzungsvorlage ge-

macht. Da betrug die Nettoneuverschuldung noch 8,4 Milliarden €. Ihr vorläufiger Haushaltsabschluss Ende Januar 2011 kam auf einmal mit 7,1 Milliarden € neuen Schulden aus. Nach dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs werden wir nun das Jahr 2010 mit 5 Milliarden € neuen Schulden abschließen. Im Übrigen – ich bin damals dafür sehr kritisiert worden – haben wir Ihnen schon in unserem Antrag im Dezember exakt diese Zahl vorausgesagt.

Meine Damen und Herren, aufgrund der Veränderung der Zahlen und aufgrund dessen, dass die eingebrachten Zahlen nicht stimmen, muss ich doch den Eindruck haben, dass die Regierung Haushaltsentwürfe schlicht und ergreifend nicht ernst nimmt. Früher haben die Zahlen gestimmt. Damals gab es diese großen Unterschiede nicht. Sie verfügen doch über ein Finanzministerium, das Ihnen jede Woche sagt, wie sich die Steuereinnahmen und die Haushaltsreste in diesem Land entwickeln. Warum liegen Sie eigentlich bei diesen Zahlen gegenüber dem Parlament so stark daneben? Dahinter kann doch nur stecken, dass Sie es nicht wollen oder dass Sie es nicht können. Und beides ist schlimm genug!

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Meine Damen und Herren, ich bin von Beruf Handwerker. Als ich in der Lehre war, hat mein Meister immer gesagt: Du musst dich immer, wenn du etwas machst, von Anfang an bemühen, möglichst genau zu arbeiten. Die Ungenauigkeit kommt von selber. Wenn man schon denkt, es kommt nicht so darauf an, und man fängt an, ungenau zu arbeiten, dann wundert man sich, wo man hinkommt. – Ich kann Ihnen sagen: Ich habe den Eindruck, dass Sie aufgrund Ihrer Ideenlosigkeit im Bereich der Finanzpolitik meinen: Es kommt gar nicht darauf an. Wir legen mal etwas fest, und dann wollen wir gucken, wie es sich entwickelt. – So kann man keine Haushaltspolitik betreiben.

Ich sage Ihnen voraus: Ähnlich werden sich die Zahlen beim Haushalt 2011 entwickeln. Laut Kabinettsbeschluss vom 21. Dezember, also drei Tage vor Weihnachten, sollte die Nettoneuverschuldung 7,8 Milliarden € betragen. Mitte Februar sagen Sie: Wir kommen mit 7,1 Milliarden € Schulden hin. Wir wissen, dass gestern im Kabinett über eine Ergänzungsvorlage – die zwar verworfen wurde – gesprochen worden ist, nach der Sie bei 6,5 Milliarden € gelandet wären.

Wenn Sie sagen, Sie können das jetzt nicht vorlegen, und das dem Vernehmen nach damit begründet wird, Sie müssten zunächst einmal das Urteil des Verfassungsgerichtshofes 2010 umsetzen, um dann für einen Haushalt 2011 Ergänzungsvorlagen zu machen, ist das auf jeden Fall der Beweis, dass wir zurzeit in den Ausschüssen unseres Parlamentes keinen aktuellen Haushaltspolitik beraten, sondern eine völlig veraltete Vorlage, die eigentlich Beratungen eines Haushaltsgesetzgebers – und das

ist das wichtigste Recht eines Parlaments – gar nicht mehr standhält.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Wir werden das dieses Jahr alles sehen. Alle Zeichen weisen deutlich darauf hin, dass wir Gott sei Dank in diesem Jahr hohe Steuereinnahmen haben werden.

(Karl Schultheis [SPD]: Lassen Sie den lieben Gott aus dem Spiel!)

Sie werden vorsichtig geschätzt wahrscheinlich Mehreinnahmen von wahrscheinlich 1,4 Milliarden € verbuchen können, alleine bei den Steuern 1,1 Milliarden €. Wir sind sehr gespannt darauf, wie Sie den Haushalt nach den Mai-Steuerschätzungen anfassen werden. Fakt ist, dass wir im Januar und Februar rund 850 Millionen € Steuern mehr als veranschlagt eingenommen haben. Darüber kann man sich freuen; ich freue mich auch darüber. Sie werden den Haushalt aber korrigieren müssen.

Meine Damen und Herren, deswegen werden Sie bei den Einsparungen, die Sie vorgesehen hatten, bei den Steuermehreinnahmen ganz schnell bei einem Haushalt liegen können, der vielleicht gut 5 Milliarden € neue Schulden ausweist. Dann müssten Sie noch bereit sein, auf rot-grüne Wahlgeschenke zu verzichten: zum Beispiel den Wegfall der Studiengebühren mit 125 Millionen €, das beitragsfreie Kindergartenjahr mit 250 Millionen €. Alleine Herr Remmel soll 55 Millionen € mehr bekommen. 8,5 Millionen € sind für eine Landespräventionsstelle und 5 Millionen € für den Neuaufbau von Regionalstellen „Frau und Beruf“ vorgesehen. Verzichten Sie auf Ihre 2.000 neuen rot-grünen Stellen! Das macht 100 Millionen € aus. Halten Sie an den Stelleinsparungen in Höhe von 1,5 % fest! Das macht 10 Millionen € aus. Wir sind uns in einem Punkt einig: Den Kommunen muss geholfen werden. Lassen Sie den Kommunen durch ein Sondergesetz gezielt eine Konsolidierungshilfe von 650 Millionen € zukommen.

Mit diesen wenigen Veränderungen können Sie ohne Frage an eine Verschuldungsgrenze von 4 Milliarden € kommen, ohne Personal zu entlassen und Ihre Horrorszenarien zu verwirklichen. Sie müssen nur den Mut haben, die rot-grünen Wahlgeschenke aufzukündigen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Meine Damen und Herren, vor einigen Tagen fand ich ein interessantes Zitat, das ich Ihnen gerne vorlesen möchte:

„Mehr Schulden heißt weniger Geld für politische Gestaltung. Von höheren Staatsschulden profitieren nur die, die so viel Geld haben, dass sie sich Aktien von Banken leisten können. Deshalb war die Einführung der Schuldenbremse auch eine sozialpolitisch richtige Maßnahme.“

Meine Damen und Herren, das ist nicht das Zitat eines CDU-Finanzpolitikers, sondern das ist das Zitat Ihres Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel vom 8. Januar 2011 in der „Süddeutschen Zeitung“. – Das heißt, Frau Kraft: Sie sind mit Ihrer Auffassung einer präventiven Finanzpolitik nicht nur die einzige Regierungschefin in ganz Europa, die das so sieht – alle anderen sind dabei, zu konsolidieren –, sondern Sie sind auch noch in Ihrer Partei eine Exotin. Das Problem ist nur, dass Sie Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen sind und dieses Land in die Schuldenfalle drücken.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass nach dem Urteil von Münster für die Finanzpolitik in Nordrhein-Westfalen eines ganz wichtig ist: Alles, was wir durch die gute Konjunktur an Steuereinnahmen mehr haben, müssen wir einsetzen, um die Verschuldung unseres Landes zu senken.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Selbstverständlich!)

Ich kann Ihnen nur sagen: Das ist auch notwendig, um die Handlungsfähigkeit des Staates in schwierigen Zeiten erhalten zu können.

Die Wiedervereinigung 1990, die auch nicht planbar war, wäre finanzpolitisch noch schwieriger geworden, wenn es nicht die Konsolidierungsphase vor 1990 gegeben hätte. Der letzte Haushalt im Bund vor der Wiedervereinigung war seit vielen Jahrzehnten der einzige ohne neue Schulden.

Ich bin sicher, dass wir auch mit dieser Bankenkrise in Deutschland nicht so fertig geworden wären, wenn es vorher nicht die Konsolidierungsphase in Nordrhein-Westfalen sowie in Berlin in der Großen Koalition gegeben hätte. Deswegen ist es wichtig, dass wir für zukünftige Handlungsfähigkeit das Jahr 2011 zu einem Konsolidierungsjahr nutzen, um die Handlungsfähigkeit unseres Staates für die Herausforderungen, die vielleicht morgen oder übermorgen auf uns zukommen, zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger erhalten zu können, und dass wir nicht dann, wenn es uns gut geht, alles verfrühstückt, was wir dann dringend brauchen. – Schönen Dank.

(Anhaltender Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Laumann. – Für die FDP-Fraktion spricht nun der Fraktionsvorsitzende, Herr Dr. Papke.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute vor einer Woche hat der Verfassungsgerichtshof des Landes Nordrhein-Westfalen das rot-grüne Nachtragshaushaltsgesetz 2010 für null und nichtig erklärt. Dieses Urteil des Verfassungsge-

richts ist vor allem ein Sieg für die nachfolgenden Generationen, denn das Gericht hat sie, die nachfolgenden Generationen, davor bewahrt, noch Jahre und Jahrzehnte die Zinsen und Zinseszinsen für neue Schulden zu zahlen, die Ihre Regierung, Frau Ministerpräsidentin, ohne Not und unter Bruch der Verfassung aufnehmen wollte. Das ist die klare Aussage des Gerichts.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Und dieses Urteil, meine Damen und Herren – das ist zu Recht auch in dieser Klarheit kommentiert worden –, aus der letzten Woche hat historische Dimension. Niemals zuvor hat ein Gericht der Verschuldungspolitik so klar und eindeutig einen Riegel vorgeschoben.

Während SPD und Grüne meinten, die in der Landesverfassung verankerte Verschuldungsgrenze ohne großes Aufheben beiseite wischen zu können, hat der VGH herausgestellt: Die Festlegung der Verschuldungsgrenze diene – ich zitiere das Verfassungsgericht –

„dem Schutz künftiger Generationen vor unbeschränkter Vorwälzung staatlicher Lasten. Bürger und Parlamente der Zukunft sollen davor bewahrt werden, den zur Bewältigung dann anstehender Probleme nach ihren Maßstäben benötigten finanziellen Handlungsspielraum zu verlieren.“

Das, meine Damen und Herren, ist ein eindrucksvolles Plädoyer für mehr Generationengerechtigkeit in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland insgesamt.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Es ist zugleich zweifelsfrei eine schwere Niederlage für Ihre Regierung, Frau Ministerpräsidentin, und – das muss man so eindeutig feststellen – auch für Sie persönlich. Sie waren ja diejenige, die diese Verschuldungspolitik bis in die letzten Tage hinein zu rechtfertigen versucht hat.

Heute wollen wir von Ihnen hören – das ist der Kern der heutigen Debatte –: Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung aus dem historischen Urteil des Verfassungsgerichts, meine Damen und Herren?

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Meine Damen und Herren, wir waren als Opposition selten so gespannt auf Stellungnahmen der Regierung wie heute. Eines darf ich vorausschicken: Wir wollen heute wirklich hören, was Sie verändern wollen, meine Damen und Herren. Kommen Sie uns bitte nicht mit der Botschaft: Wir wollen keine Veränderungen vollziehen, alles bleibt so, wie es ist. – Das hat das Verfassungsgericht ausgeschlossen.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Ihre Verschuldungspolitik kann so nicht weiter fortgesetzt werden. Ich hoffe sehr, Frau Ministerpräsidentin, dass diese Botschaft in Ihrer Regierung jetzt auch angekommen ist. Der Finanzminister oder – am besten – Sie persönlich haben gleich die Gelegenheit dazu, das hier vorzutragen.

Ich fand es bemerkenswert, dass die SPD am Wochenende noch auf ihrer Parteikonferenz in Gelsenkirchen nicht den Eindruck erweckt hat, sie habe die Botschaft verstanden. Da philosophiert Herr Römer über eine Neudefinition des Investitionsbegriffs. Ich habe Ihnen das zur Erleichterung Ihrer Arbeit einmal mitgebracht, Herr Kollege Römer: § 10 Haushaltsgrundsatzgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Hier ist der Investitionsbegriff klar definiert. Wenn Sie allen Ernstes versuchen wollen, diesen Investitionsbegriff neu zu interpretieren, dann wünsche ich Ihnen viel Spaß bei der Bundesratsinitiative.

Ich prophezei Ihnen: Ein weiterer Versuch, die klaren Vorgaben des Verfassungsgerichtes zu unterlaufen, wird daneben gehen, Herr Kollege Römer. Er wird daneben gehen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Das Verfassungsgericht hat sich auch nicht die verschiedenen Versuche bieten lassen – darüber sind wir außerordentlich froh –, Druck auf das Gericht auszuüben. Ich darf an die Aussage der Ministerpräsidentin erinnern, sie sei gespannt auf die Entscheidung und – ich zitiere – sie hoffe, dass das Gericht die Sensibilität habe, die Gewaltenteilung weiter gelten zu lassen.

Das Verfassungsgericht, meine Damen und Herren, braucht keine Lehrstunde von der Regierung in Sachen Gewaltenteilung. Das will ich hier noch einmal in aller Klarheit betonen.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Bei solchen Debatten kommen immer die Rechtsstaatsbewahrer der Linkspartei sofort um die Ecke. Ich will Ihnen einmal vortragen, damit jedem auch klar ist, welche Positionen dort vertreten werden.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [LINKE])

Da hat Herr Kollege Aggelidis im HFA am 17.03. Folgendes ausgeführt – ich zitiere –:

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Er hat die „Süddeutsche“ zitiert!)

Das Urteil ist sehr schlimm für NRW. Es ist ein schwarzer Tag der Rechtsgeschichte, weil es einen neoliberalen Ungeist vor sich herträgt und sich in wesentlichen Teilen an die Stelle des Haushaltsgesetzgebers stellt.

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Richtig!)

Meine Damen und Herren, liebe Kollegen von der Linkspartei, wenn es noch eines Beweises bedurfte, weshalb es nach wie vor angemessen und

notwendig ist, dass Ihre Partei vom Verfassungsschutz beobachtet wird, dann haben Sie diesen Beweis einmal mehr erbracht.

(Beifall von der FDP und von der CDU – Rüdiger Sagel [LINKE]: Lesen Sie eigentlich auch Zeitung, die „Süddeutsche“ zum Beispiel? Da könnten Sie das Zitat finden!)

Frau Ministerpräsidentin, ich würde mir wünschen, dass Sie zu den Ausfällen Ihres heimlichen Koalitionspartners gegen die Rechtsstaatlichkeit in Nordrhein-Westfalen endlich einmal klare Worte verlieren, Frau Ministerpräsidentin. Das wird höchste Zeit.

(Beifall von der FDP)

Wir haben von Beginn an vor der Verfassungswidrigkeit des Haushaltes gewarnt. Der Finanzminister hatte für diese Warnungen nur Hohn und Spott übrig. Inzwischen wird er selber bei Aschermittwochs-Veranstaltungen der Grünen durch den Kakao gezogen. Herr Finanzminister, es würde mir auch zu denken geben, wenn der Bundesvorsitzende der Grünen ausgerechnet noch in Ihrer Heimatstadt Köln Ihnen seine Aschermittwochs-Reden widmet und dann beispielsweise sagt, Ihre „Mir-san-mir-Haltung“ müsse endlich beendet werden. Im Übrigen sei klar, dass die Grünen nicht nur in der Bildungspolitik, sondern inzwischen auch in der Haushalts- und Finanzpolitik besser seien als die SPD. – Das würde mir zumindest zu denken geben.

Gucken wir jetzt nach vorne. Wir erwarten von der Regierung, dass Sie darlegt, welche Konsequenzen sie ziehen will. Das gilt

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie kennen nur eine Konsequenz: kaputtsparen!)

zum einen für die Begründung der Störungslage des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Sie werden neue Argumente vortragen müssen.

Der Wirtschaftsminister des Landes Nordrhein-Westfalen – wo ist er?, gerade war er noch da, jetzt ist er schon wieder weg –, der große Unbekannte, leistet zu dieser Debatte über die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes bemerkenswerte Beiträge. Ansonsten hört man nichts von ihm. Aber zu dieser Debatte äußert er sich regelmäßig.

Herr Voigtsberger sagt am 13.12. – ich zitiere jetzt immer den nicht mehr anwesenden Wirtschaftsminister –: Die Weichen stehen auch 2011 in Nordrhein-Westfalen auf Wachstum. Der Aufschwung wird im kommenden Jahr vorwiegend von der Binnenkonjunktur getragen. – Herr Voigtsberger am 13.12.!

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Am 25.01.: Die Stimmung unter den Mittelständlern in Nordrhein-Westfalen ist noch besser als im Bund. Das ist neben den aktuellen Konjunkturprognosen ein ermutigendes Signal dafür, dass NRW auf stabilem Wachstumskurs ist. – So Herr Voigtsberger.

Noch besser, vor wenigen Tagen, am 28. Februar, verkündet der Wirtschaftsminister jubilierend: Die gute Stimmung hat alle Wirtschaftsbereiche erfasst. Wieder gute Nachrichten für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen. Sie sind ein weiteres Signal dafür, dass sich der robuste Aufschwung im Land fortsetzen wird. –

Das als Textstellen für Ihre Begründung, Herr Finanzminister, der fortdauernden Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Ich will Ihnen die Arbeit ja gerne erleichtern.

Wir sind natürlich auch noch gespannt, wie Sie die einzelnen Maßnahmen bewerten wollen; denn auch dazu hat der VGH ganz konkrete Vorgaben gemacht. Wie das beitragsfreie Kindergartenjahr und die Abschaffung der Studienbeiträge die Binnenkonjunktur ankurbeln sollen, das sollten Sie der interessierten Fachöffentlichkeit, dem Parlament

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Keine Sorge!)

– ich mache mir da keine Sorgen; ich bin froh, dass ich Ihre Sorgen nicht habe, Frau Ministerpräsidentin – und auch dem Verfassungsgericht noch einmal darlegen. Also: Auch darauf erwarten wir heute Antworten.

Ich will auf eines abschließend noch hinweisen, meine Damen und Herren.

(Reiner Priggen [GRÜNE]: Das war's? Wo sind denn Ihre Vorschläge?)

Jedes Jahr kommen in Nordrhein-Westfalen etwa 150.000 Kinder zur Welt. Alleine mit Ihrem Haushaltsentwurf für das Jahr 2011, Frau Ministerpräsidentin, legen Sie jedem dieser Neugeborenen mehr als 45.000 € Schulden in die Wiege.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Das sind Milchmädchenrechnungen!)

Ist das sozial verantwortliche Politik für junge Menschen, Frau Ministerpräsidentin? Nein! Eine solche Verschuldungspolitik, wie Sie sie bisher betrieben haben, ist das Gegenteil von nachhaltig, das Gegenteil von sozial verantwortlich. Das Verfassungsgericht hat Ihnen einen dicken Strich durch die Rechnung gemacht. Und heute wollen wir hören, wie Sie darauf reagieren.

Ich sage Ihnen noch eines: Auch wir werden Vorschläge für die Sanierung des Haushaltes vorlegen.

(Zurufe von der SPD: Hoi, hoi! – Heike Gebhard [SPD]: Da sind wir aber gespannt!)

– Ja, aber Sie regieren jetzt. Sie sind am Zug. So ist es, wenn man Regierungsverantwortung trägt. Dann muss man auch zeigen, ob man dieser Verantwortung gerecht werden kann. Der Finanzminister und die Ministerpräsidentin sind dazu aufgeru-

fen, das gleich, wenn sie es können, unter Beweis zu stellen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Papke. – Für die SPD spricht nun ihr Fraktionsvorsitzender, Herr Römer.

Norbert Römer (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Papke, ich habe das verstanden: Sie wollen die Spannung hochhalten, bis Sie mit irgendeinem konkreten Vorschlag kommen. Wir warten darauf!

(Zurufe)

Meine Damen und Herren, eine Sondersitzung des nordrhein-westfälischen Landtags zu beantragen und dann diese beiden Reden hier abzuliefern, das ist wirklich Zeitverschwendug. Sie hätten sich das sparen können.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Rüdiger Sagel [LINKE]: Landesliga!)

Gleich zu Beginn in aller Klarheit: Selbstverständlich – ich gebe das gerne zu – hätte auch ich mir ein anderes Urteil des Verfassungsgerichtshofs gewünscht,

(Ralf Witzel [FDP]: Sie sind am Zug!)

vor allem auch deshalb, Herr Kollege Papke, weil ich nach wie vor davon überzeugt bin, dass es richtig und vernünftig ist, ganz im Sinne der Sicherung der Handlungsfähigkeit des Staates, Herr Kollege Laumann, finanzielle Vorsorge durch zweckgebundene Rücklagen, durch die Zuführung zu Sondervermögen für zukünftige Ausgaben zu bilden, die so oder so, meine Damen und Herren, auf uns alle zu kommen werden – Ausgaben, meine Damen und Herren von CDU und FDP, die aus Risiken entstanden sind und entstehen, die Sie uns hinterlassen haben. Das sind Zahlungsverpflichtungen, die Ergebnis Ihrer Politik sind. Da kommen Sie nicht raus.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Widerspruch von der CDU und von der FDP – Karl-Josef Laumann [CDU]: Hören Sie doch bloß auf!)

– Ich komme darauf gleich zurück. Ich rechne Ihnen das noch im Einzelnen vor.

(Zurufe von der CDU)

Jetzt ist das Urteil des Verfassungsgerichtshofs gesprochen. Es gilt. Wir haben uns alle daran zu halten. Und wir werden uns selbstverständlich daran halten. Der Verfassungsgerichtshof, Herr Kollege Laumann, hat den Nachtragshaushalt 2010 für nichtig erklärt, und zwar den gesamten Nachtragshaushalt.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Gott sei Dank! Gut so!)

Denn Sie haben ja auch nicht Teile des Nachtragshaushalts beklagt. Ich hatte auch bei den Reden gerade den Eindruck, dass manchen von Ihnen bei der Konsequenz aus diesem Urteil mulmig geworden ist und Sie heute den Eindruck zu erwecken versuchen, auch in den Ausschüssen, als hätten Sie nur Teile beklagt. Deshalb die klare Feststellung: Alle mit dem Nachtragshaushalt beschlossenen Ausgaben verlieren mit dem Urteil die aus diesem Gesetz entstandene haushaltsrechtliche Grundlage. Alle, Herr Kollege Laumann!

(Christian Möbius [CDU]: Bis auf die Kommunen!)

Das haben Sie wissend oder billigend in Kauf genommen.

(Christian Möbius [CDU]: Lesen können Sie auch nicht!)

Das sollten Sie eingestehen. Sie haben auch die finanzielle Entlastung der Kommunen beklagt. Sagen Sie das laut und deutlich den Kommunen.

(Beifall von der SPD)

Sie haben die zusätzlichen Lehrerstellen beklagt. Sagen Sie das laut und deutlich den Eltern, den Lehrerinnen und Lehrern.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Sie haben die direkten Hilfen für den Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren beklagt. Sagen Sie das den Einrichtungen, den Trägerinnen und Trägern.

(Armin Laschet [CDU]: Eine Baustelle, die es gar nicht gibt! – Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, Sie haben auch den Nachteilsausgleich für die Kommunen beklagt, der deshalb aufgebracht werden muss, weil das Verfassungsgericht Ihnen, der abgewählten Landesregierung, der Regierung Rüttgers, eine fehlerhafte Mittelverteilung an die Kommunen für die Kosten der Unterkunft nachgewiesen hat. Ihnen hat der Verfassungsgerichtshof also nachgewiesen, dass Sie fehlerhaft gearbeitet haben. Deshalb muss der Nachteilsausgleich rein. Auch den haben Sie beklagt, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie haben alle Ausgaben im Nachtragshaushalt beklagt, Ausgaben, die nötig geworden sind – ich wiederhole das gern und tue das immer wieder von Neuem –, weil Sie die Risiken in Ihrer Verantwortungszeit verschwiegen, versteckt oder auf andere verschoben haben. Das ist die Wahrheit. Daran kommen Sie nicht vorbei, auch wenn das bitter ist für Sie, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Und gerade ist wieder deutlich geworden: Sie wollen und Sie wollen die Schlussabrechnung mit der abgewählten Regierung Rüttgers schönrechnen.

(Christian Möbius [CDU]: Falsch!)

Das wird Ihnen nicht gelingen. Wir entlassen Sie nicht aus Ihrer Verantwortung.

Meine Damen und Herren, nach dem Urteil ist klar: Die Landesregierung prüft – ich sage es Ihnen gleich noch mal ganz genau –, was nach dem Richterspruch an Ausgaben noch geht und was nicht geht.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Vor allem geht es darum, Unsicherheit zu beseitigen, die bei Zahlungsempfängern entstanden ist, also beispielsweise bei den Kommunen, damit diese wieder Planungssicherheit bekommen. Der Finanzminister wird darüber berichten.

Ja, wir werden als Konsequenz aus dem Urteil, Herr Kollege Laumann – und damit sinkt dann die Neuverschuldung für das Haushaltsjahr 2010 – die zweckgebundenen Rücklagen auflösen müssen, die Zuführung zu den beiden Sondervermögen, die Risikoabdeckung WestLB. Sie wissen, was Sie mit den sogenannten faulen Papieren in die Bad Bank hineingelegt haben.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Sie haben das hineingelegt!)

Sie wissen, was da liegt, und Sie wissen, dass da gezahlt werden muss.

(Zuruf von der SPD: Milliarden!)

Auch die Zuführung zum Pensionsfonds müssen wir auflösen.

Aber damit, meine Damen und Herren, werden doch die Ausgaben, die kommen werden, nicht verschwinden. Sie können doch die Augen nicht vor dem verschließen, was kommt. Sie haben das fünf Jahre gemacht: die Augen verschlossen vor Risiken, diese auf andere geladen und sich dann gewundert, wenn es hochgekommen ist. Das lassen wir nicht durchgehen, meine Damen und Herren!

(Beifall von der SPD und von Rüdiger Sagel [LINKE])

Nein! Die Risiken bleiben. Und damit bleibt auch die Verantwortung aus Ihrer Regierungszeit für die damit verbundenen Ausgaben.

Ich will ein Stichwort zur Abschlussbilanz sagen. Ihr Prozessbevollmächtigter, Herr Gröpl, hat sich vor dem Verfassungsgerichtshof darüber hergemacht und gesagt: 130 Milliarden € Schulden in Nordrhein-Westfalen – Höchststand. Er hat nur vergessen, den Verfassungsgerichtshof darauf hinzuweisen, welchen Anteil Sie in Ihrer Regierungszeit an diesem Schuldenhöchststand hatten.

(Zuruf von der CDU: 13 Milliarden! – Gegenruf von Rüdiger Sagel [LINKE]: 23!)

Und weil Ihr Versuch, Herr Kollege Laumann, uns das vorzurechnen, nicht ganz geklappt hat, helfe ich Ihnen noch ein bisschen.

(Zuruf von der CDU)

Sie haben in Ihren fünf Jahren Regierungszeit 23,5 Milliarden € neue Schulden draufgeladen.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Sie haben das in einer Zeit getan, als Sie mehr als 20 Milliarden € Steuermehreinnahmen hatten.

(Widerspruch von der CDU)

Und Sie haben den Kommunen auf dem Raubzug durch die kommunalen Kassen, den Sie veranstaltet haben, 3 Milliarden € weggenommen, vorenthalten, Lasten aufgebaut.

(Beifall von der SPD)

Herr Rüttgers, Sie bleiben der Schuldenkönig in Nordrhein-Westfalen. Da beißt die Maus keinen Faden ab. So ist das nun mal.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Römer, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Der Abgeordnete Schemmer ...

Norbert Römer (SPD): Dann will ich Ihnen sagen, meine Damen und Herren, wie wir jetzt damit umzugehen haben. Wir werden die Haushaltspanberatung selbstverständlich planmäßig fortsetzen. Herr Kollege Laumann, ich habe Ihre Sparvorschläge ja mitbekommen. Das, was Sie an neuen Steuermehreinnahmen sehen, können wir auch erkennen. Das kann man veranschlagen; das kann man von mir aus auch gemeinsam machen. Aber Sie haben keinen einzigen Sparvorschlag hier hingelegt,

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Aber selbstverständlich!)

mit dem erkennbar werden konnte, dass Sie die Investitionsgrenze mit Ihren Sparvorschlägen nicht überschreiten. Sie bleiben alles schuldig.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir warten auf Ihre Sparvorschläge, meine Damen und Herren, und wir warten wahrscheinlich noch lange darauf.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Römer, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Der Abgeordnete Schemmer möchte Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Norbert Römer (SPD): Nein, nein, vielen Dank. Ich möchte im Gesamtzusammenhang vortragen. Die Opposition hat genug Redezeit gehabt.

Herr Kollege Laumann, ich habe mir Ihre Sparvorschläge, die Sie veröffentlicht haben, angeguckt. Ich habe gesehen, zu welch tollen Leistungen Sie kommen. Sie wollen auf jeden Fall – das wollen wir mal festhalten – die Zuweisungen an die Hochschulen nicht auszahlen. Sie wollen beim Kinderbildungsgesetz, bei den Kleinsten, kürzen. Sagen Sie das all denjenigen, die darauf setzen, dass wir endlich wieder in Zukunft investieren und die Schäden, die Sie mit Ihrer Unterfinanzierung im sogenannten Kinderbildungsgesetz hinterlassen haben, Herr Laschet, reparieren.

(Armin Laschet [CDU]: Die Kitas kriegen doch gar nichts!)

Sie wollen beim Hochwasserschutz sparen. Sie wollen bei wichtigen Dingen sparen, um die es nach unserer festen Überzeugung überhaupt nicht gehen kann, weil wir sie brauchen, auch für die Zukunft.

Ich habe das alles vor mir liegen. Sie kommen nach Ihrer tollen Rechnung – vorhin haben Sie von 1,4 Milliarden € Steuermehreinnahmen gesprochen – insgesamt auf ein Volumen, das gemessen an dem, was wir eingebracht haben, veränderbar wäre, von 2,3 Milliarden €. Damit liegen Sie, Herr Kollege Laumann, noch immer knapp 1 Milliarde € über der sogenannten Verfassungsgrenze.

(Christian Weisbrich [CDU]: Sie haben nicht zugehört!)

Dann haben Sie noch eines vergessen: Sie haben nicht einmal Ihre eigenen Beschlüsse, die Sie auf Ihrem Landesparteitag zu Ihrer sogenannten Bildungspolitik gefasst haben, eingerechnet. Eine Milliarde über den Daumen kommt da noch drauf. Sie sind also überhaupt nicht in der Lage, für Ihre großartige Ankündigung, Sie kämen hier mit Sparvorschlägen, die auf einen verfassungskonformen Haushalt – nach Ihrer Definition – hinauslaufen würden, auch nur ansatzweise den Beweis zu liefern. Lassen Sie das sein, Herr Kollege Laumann; es bringt überhaupt nichts.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen dazu: Weil es eine gemeinsame Erfahrung aus der Vergangenheit ist – da nehme ich uns überhaupt nicht aus –, dass wir mit den Instrumenten, die wir reflexartig in schwierigen Haushaltssituationen eingesetzt haben – beim Personal zu sparen, bei sozialen Ausgaben zu sparen –, nicht weitergekommen sind, haben wir die Situation, dass wir heute sehr viel höhere gesellschaftliche, soziale Reparaturkosten zu verantworten haben, als wir hätten, wenn wir frühzeitig Vorsorge getroffen hätten.

Das ist der entscheidende Punkt, wo wir uns von Ihnen unterscheiden – da gehen wir gerne auch in

eine solche Debatte in der Öffentlichkeit hinein: – Wir werden dafür sorgen, dass mit Zukunftsinvestitionen in die Förderung von Kindern und Familien, mit vorbeugenden Maßnahmen, mit Zukunftsinvestitionen in die Bildung die Weichen für wirtschaftliches Wachstum in Nordrhein-Westfalen und für eine bessere soziale Sicherheit von Menschen in der Weise gestellt werden, dass daraus auch die Rendite kommt. Da lassen wir uns gerne mit Ihnen auf eine solche Auseinandersetzung ein.

Deshalb bleibt es bei dem, was wir begonnen haben. Diese Investitionen sind vernünftig, zielorientiert und vor allen Dingen zukunftsweisend. Das lässt im Übrigen auch – schauen Sie mal genau hinein – das Urteil des Verfassungsgerichtshofs erkennen. Es will, dass wir auch in solche vorsorgenden Maßnahmen investieren, um wirtschaftliche Entwicklung für die Zukunft möglich zu machen.

(Widerspruch von der CDU)

Ich stelle am Ende der heutigen Sondersitzung nach Ihren beiden Redebeiträgen fest: Vorschläge von CDU und FDP für weitere Einsparmöglichkeiten im Haushalt, um auf die sogenannte Investitionsgrenze zu kommen – Fehlanzeige! Sie bleiben offensichtlich jeden Vorschlag schuldig. Wir warten auf Ihre weiteren Vorschläge, meine Damen und Herren. Ansonsten auf weitere gute und vor allen Dingen fruchtbare Beratungen über den Haushaltsplan!

(Anhaltender Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Römer. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Fraktionsvorsitzende Priggen das Wort. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Reiner Priggen (GRÜNE): Danke schön. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Als Erstes will ich ganz ehrlich und nüchtern bilanzieren: Wir können den Nachtragshaushalt, so wie wir ihn eingebracht haben, nicht umsetzen. Sie haben dagegen geklagt und recht bekommen. Man muss ganz ehrlich bilanzieren: Das, was Ihnen aus unserer Sicht politisch noch aus dem Haushalt 2010 zuzurechnen war, wollten wir Ihnen zuordnen. Das hat uns das Verfassungsgericht bei bestimmten Mechanismen untersagt.

Das Gleiche haben Sie vor fünf Jahren versucht. Damals ist die SPD ohne uns vor Gericht gegangen und hat gewonnen. Wir haben es probiert. Die Kostenpunkte werden kommen. Wir haben verloren. So ist das erst mal nüchtern festzuhalten. Deswegen können wir bestimmte Dinge nicht machen:

Wir können die Zuführung zum Sondervermögen der WestLB nicht machen. Alle wissen, dass die Ri-

siken aus der WestLB, die auf uns zukommen, größer als die 1,3 Milliarden € sein werden, die wir da zweckgebunden einstellen wollten.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: So ist es! Ein Riesenmilliardenloch!)

Wir können die Rückstellungen zum KiföG und zum Einheitslastenausgleichsgesetz nicht bilden, wissend, dass zum KiföG ein Verfassungsgerichtsurteil vorliegt, im Oktober gegen Sie ergangen. Die Kritik des Gerichtes ist: Das Gesetz zur Auszahlung ist noch nicht verabschiedet. Deswegen dürfen wir an der Stelle keine Rückstellungen bilden. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Diese Kosten werden kommen, und sie sind politisch Ihnen zuzurechnen. Aber wir müssen akzeptieren, dass wir die Rücklage nicht bilden dürfen. Das Gleiche gilt für das Einheitslastenausgleichsgesetz, gegen das 97 Kommunen Klage eingereicht haben. – Beim Pensionsfonds dürfen wir 20 Millionen der 114 Millionen € stehen lassen, 94 Millionen € dürfen wir dem Pensionsfonds nicht zuführen.

Das sind in toto rund 2,139 Milliarden €. Das ist der Betrag, um den die Neuverschuldung gesenkt wird, sodass wir etwa bei einer Summe von 5 Milliarden € – nicht genau auf die Million – landen werden. Das ist das reale Ergebnis. Das liegt um 1,6 Milliarden € unter der Neuverschuldung, die Sie im Haushalt 2010 etatisiert hatten. Das heißt, davon gehen noch einmal 1,6 Milliarden € herunter.

Um es aber klar zu sagen: Diese Kosten werden kommen. Sie werden uns einholen, sie werden zu bezahlen sein. Es ging nicht um rot-grüne Politik, um Gestaltungselemente, sondern um Kosten, die notwendigerweise anfallen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Die 300 Millionen €, die für die Kommunen ins GFG gegangen sind – das war auch noch eine Frage, die geprüft werden musste –, müssen nicht rückgängig gemacht werden. Das Gleiche gilt für die 150 Millionen € für den Kitabereich. Das ist also nicht notwendig.

(Zurufe von der CDU)

Im Endergebnis kommen wir dann für den Haushalt 2010 auf 5 Milliarden € Neuverschuldung.

Jetzt haben wir eine bessere Einnahmesituation; das ist mehrfach von Ihnen geschildert worden. Ob die Zahlen wirklich so belastbar sind, wird man noch im Einzelnen prüfen müssen. Wir haben es auch gehört: 166 Millionen € mehr Steuereinnahmen im Januar und noch einmal 682 Millionen € mehr im Februar gegenüber 2010. Das ergibt eine Summe von 848 Millionen €. Wenn ich Sie richtig verstehe, rechnen Sie das so hoch, dass es gegenüber dem bestehenden Haushaltsentwurf noch einmal zu Mehreinnahmen in Höhe von 1,3 Milliarden € kommt. So habe ich Ihre Rechnung verstanden. Der Kollege Weis-

brich hat es schon gesagt: Der Januar macht in einem mittleren Jahr 8 % aus.

(Zurufe von Manfred Palmen [CDU] und Christian Weisbrich [CDU])

– Wenn es nicht so war, können Sie es gleich korrigieren. Ich habe Sie so verstanden, dass Sie aufgrund der besseren Steuereinnahmen noch mal um 1,3 Milliarden € absenken könnten. Sind Sie sich da nicht ganz einig? Dann muss Herr Palmen entscheiden. Sie haben das jedenfalls öffentlich gesagt. Wir werden es genau prüfen, um das ganz klar zu sagen.

Januar und Februar 2010 lagen noch im absoluten Tiefbereich einer negativen wirtschaftlichen Entwicklung. Danach fing die Erholung an, und ab Mitte des Jahres waren wir alle in der glücklichen Situation, dass die Steuereinnahmen deutlich gestiegen sind.

Wenn sich das jetzt so fortsetzt, wenn man nach einer sorgfältigen Prüfung tatsächlich zu dem Ergebnis kommt, dass diese Zahl realistisch ist, dann wird sie angesetzt werden, um die Nettoeuverschuldung zu reduzieren. Das will ich ganz klar sagen. Ob Sie das anhand der Zahlen von Januar und Februar sicher abschätzen können, dahinter machen wir noch Fragezeichen. Wir werden es prüfen, und dann wird das gegebenenfalls in den weiteren Haushaltsberatungen auch so durchschlagen.

Richtig ist: Der Finanzminister hat vernünftigerweise für den Tarifvertrag, der abgeschlossen werden sollte, vorbeugend eine Summe in den Haushalt eingesetzt. Das sieht durch den Tarifabschluss nun etwas günstiger aus. Dadurch wird die Belastung geringer, was dann auch zur Absenkung der Nettokreditaufnahme genutzt wird. Weitere Einsparvorschläge werden wir im weiteren Haushaltsverfahren diskutieren.

Ich begrüße – man guckt bei den Debatten ja immer, was positiv Neues herüberkommt –, dass der Kollege Laumann eben ganz eindeutig signalisiert hat: 650 Millionen € für die Kommunen. Das ist der größte Brocken von dem, was wir neu machen. Wegen der Notsituation der Kommunen haben wir gesagt: 300 Millionen € in das GFG und 350 Millionen € in den Verschuldungsfonds. Jetzt ist das Angebot gekommen, diese 650 Millionen € mitzutragen.

(Beifall von Hans-Willi Körges [SPD])

Sie haben das Stichwort „Sondergesetz“ genannt. Darüber werden wir in den Haushaltsberatungen reden müssen. Das heißt jedenfalls: Von dem, was uns angelastet wurde – 1,1 Milliarden € von Rot-Grün obendrauf –, sind 650 Millionen € durch die CDU als notwendig akzeptiert worden.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Das ist bemerkenswert. Ich will das positiv annehmen, weil wir es ja nicht aus Spaß gemacht haben, sondern es für notwendig hielten.

Dann haben Sie eine Reihe von Einzelpositionen aufgeführt, über die man streiten kann. Das alles zusammen ergibt aber nicht eine Summe von etwa 2 Milliarden €, die man bräuchte, um auf 3,9 Milliarden € Neuverschuldung herunterzukommen.

(Christian Weisbrich [CDU]: Doch!)

– Das können wir im weiteren Haushaltsverfahren noch im Einzelnen sorgfältig diskutieren; das werden wir auch machen. Ich begrüße jedenfalls, dass Sie uns deutliche Signale geben, dass Sie die Notsituation der Kommunen genauso sehen wie wir.

Mein Kollege Römer hat schon angesprochen, was Sie nicht eingerechnet haben – das müssen Sie auch nicht, das ist in Ordnung, wir wollen es Ihnen trotzdem vorhalten –: Sie haben einen großen Bildungsparteitag gemacht und das eine Vorschuljahr gestrichen. Sie haben das Vorschuljahr gestrichen. Ich behaupte ja gar nichts Falsches. Und Sie haben Beschlüsse zur Stärke von Klassen gefasst, die ich zwar gerne mitmachen würde, die ich mir nur wünschen kann, die aber nicht umsetzbar sind.

Wir haben mal versucht, auszurechnen, was das an Personal kostet. Dabei sind wir nicht mal davon ausgegangen, dass Sie das innerhalb einer Legislaturperiode umsetzen wollen, sondern haben eine Achse von zehn Jahren angelegt. Dann kommen wir zu dem Ergebnis, dass Sie über 20.000 Stellen mehr gegenüber dem jetzigen Stand bräuchten, um das umzusetzen, dass die Demografiegewinne, die vielleicht irgendwann eintreten, absolut nicht ausreichen würden und dass das, was im kommenden Jahr eingestellt werden müsste, bei mindestens 800 Millionen € läge. Das heißt, Sie machen Vorschläge, die zwar nicht unvernünftig sind, aber zu Mehrkosten führen würden und daher aus unserer Sicht im Moment nicht finanziert wären.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zusammengefasst heißt das für mich: Wir werden in den weiteren Haushaltsberatungen die Mehreinnahmen berücksichtigen, Einsparvorschläge machen und die Nettoneuverschuldung absenken. Wir werden nicht auf einige eigene Möglichkeiten der Gestaltung verzichten.

Ich kann nur bilanzieren: Von der FDP ist nicht ein einziger Einsparvorschlag gekommen. Das ist eine ganz dünne Debatte.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Die CDU-Fraktion hat uns signalisiert, dass sie den größten Brocken von dem, was wir für notwendig halten, ebenfalls für erforderlich hält. Das ist eine gute Grundlage für weitere Beratungen. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Die Linke der Fraktionsvorsitzende, Herr Zimmermann, das Wort. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Wolfgang Zimmermann (LINKE): Danke schön. – Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte nach dem Urteil in Münster gesagt: Das ist ein schlechter Tag für Nordrhein-Westfalen. – Dazu stehe ich heute noch. Das ist ein Signal, das für Nordrhein-Westfalen und die Menschen, die hier leben, wirklich nicht zu verantworten ist. Und daran gibt es auch nichts zu deuteln.

Sie, meine Damen und Herren von der CDU und von der FDP, triumphieren zu Recht. Ihr neoliberales Gedankengut hat den Sieg davongetragen. Jetzt wittern Sie nach meinem Eindruck die Chance, erneut Hand anzulegen an den Sozialstaat NRW. Das haben Sie ja schon in den fünf Jahren Ihrer Regierung ausgiebig getan.

(Dr. Robert Orth [FDP]: Was ein Stuss!)

– Dann müssen Sie mal daran denken, was Sie gemacht haben. Das war Stuss für die Menschen.

Wenn Sie das, was Sie eben angekündigt haben, wirklich umsetzen wollten, um an die 3,9 Milliarden € heranzukommen, dann müssten Sie einen massiven Sozial- und Stellenabbau betreiben, dann müssten Sie noch mehr aushöhlen.

(Manfred Palmen [CDU]: Nicht eine Stelle! – Weitere Zurufe)

– Natürlich müssten Sie das. – Das zumindest ist mit uns nicht zu machen. Darauf können Sie sich verlassen.

(Beifall von der LINKEN)

Frau Ministerpräsidentin – ich möchte Sie einmal direkt ansprechen –, Sie müssen sich fragen, wie es dazu kommen konnte. Ich kann Ihnen das sagen: Der Verfassungsgerichtshof hat die Schuldenbremse für Nordrhein-Westfalen de facto ein Stück weit vorweggenommen. Die Verfassungsrichter haben eigentlich nur das vollendet, was Sie auf der Bundesebene gemeinsam mit CDU, FDP und auch den Grünen bei der Föderalismusreform II ins Grundgesetz geschrieben haben.

Jetzt müssten Sie eigentlich zu Ihrer Verantwortung stehen und die richtigen Konsequenzen daraus ziehen. Die richtige Konsequenz wäre es, gegen die Schuldenbremse zu klagen, wie das Land Schleswig-Holstein es getan hat und wozu ich schon einmal aufgefordert habe.

(Beifall von der LINKEN)

Schließen Sie sich dieser Klage an. Aber das reicht nicht aus. Wenn Nordrhein-Westfalen strukturell vom Bund unterfinanziert wird und zugleich der Ver-

fassungsgerichtshof die Hürden für die Neuverschuldung immer höher legt, dann ist die Eigenstaatlichkeit des Landes in Bezug auf die Einnahmen massiv bedroht. Das Land Nordrhein-Westfalen müsste beim Bundesverfassungsgericht Klage gegen die strukturelle Unterfinanzierung einreichen. Jeder Tag, Frau Ministerpräsidentin, den Sie da zögern, ist ein verlorener Tag für dieses Land.

(Beifall von der LINKEN)

Bei der Verabschiedung des Nachtragshaushalts hatten wir bereits dargelegt, warum die Zuführung an das Sondervermögen für die WestLB unwirtschaftlich ist. Der Verwaltungsgerichtshof

(Christian Möbius [CDU]: Verfassungsgerichtshof!)

hat ebenfalls erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken angemeldet. Aber viel entscheidender als die Frage, ob Rücklagen erlaubt sind oder nicht, ist, ob das Parlament weiterhin wie seit 1967 eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts nach den bisher gültigen Regeln erklären kann. Leider hat der Verwaltungsgerichtshof den Einschätzungs- und Beurteilungsspielraum in erschreckender Art und Weise eingeschränkt.

Der Journalist Prantl spricht in der „Süddeutschen Zeitung“ von einem „Staatsstreichlein“ des Verfassungsgerichtshofes.

(Zurufe von Christian Möbius [CDU])

Das Urteil sei anmaßend, überheblich – ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin; nicht dass Sie nachher wieder ausflippen – und daher falsch. Der Verwaltungsgerichtshof

(Christian Möbius [CDU]: Verfassungsgerichtshof!)

mache Politik, so Prantl. Dies sei verfassungsrichterliche Obstruktion. – Wer sich die Mühe macht, das Urteil mal genauer nachzulesen, merkt schnell, dass diese Einschätzung so ganz falsch nicht ist.

Herr Papke, Sie können lange über unser Verhältnis zur Rechtsstaatlichkeit lamentieren. Aber jedes Mal, wenn Sie vor dem Verfassungsgericht verloren haben, haben Sie das Urteil kritisiert und angezweifelt.

(Beifall von der LINKEN – Lebhafter Widerspruch von der FDP)

– Natürlich haben Sie das getan!

So behaupten beispielsweise die Richter, dass auch eine anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, eine erhebliche Unterschreitung des Inflationsziels der Europäischen Zentralbank und erhebliche außenwirtschaftliche Ungleichgewichte nicht ausreichten, um eine Störung zu erklären.

Meine Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen, wir stehen vor einem grundsätzlichen Prob-

lem: Der Begriff „gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht“ ist ein unbestimmter Verfassungsbegriff. Da können Sie Ihre Definition noch zehnmal vorlesen, Herr Papke. In den letzten Jahren haben sich leider diejenigen durchgesetzt, die behaupten, dass die Märkte immer und ewig effizient sind und sich automatisch immer im Gleichgewicht befinden. Aber die Wirklichkeit der letzten Jahre hat doch gezeigt, dass das ein Trugschluss ist. Das muss man doch endlich mal erkennen!

(Beifall von der LINKEN)

Wir teilen die Einschätzung des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung, dass die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts auch 2011 anhält. Die von der Landesregierung geplante Nettokreditaufnahme ist daher gerechtfertigt. Das sagen wir hier klipp und klar.

Ich fordere die Landesregierung nochmals auf, im angekündigten Nachtrag vor allen Dingen in der Bildung, im Sozialbereich und beim Personal keine Kürzungen vorzunehmen.

(Beifall von der LINKEN)

Der Haushalt kann nur durch mehr Einnahmen konsolidiert werden.

Notwendig ist als erster Schritt ein Gesetzentwurf zur Erhöhung der Grunderwerbsteuer auf 5 %.

(Beifall von der LINKEN)

Herr Laumann, Sie und Ihre CDU sowie die FDP könnten dann mal zeigen, ob es Ihnen mit der Reduzierung der Neuverschuldung wirklich ernst ist. Es geht darum, bei den Steuern wieder das Ruder herumzuwerfen – auf der Bundesebene, aber auch auf der Landesebene, soweit das möglich ist. Dazu müssen Sie bereit sein. Dann kommen wir auch ein Stück weit zueinander.

Herr Finanzminister, Sie haben eine Prüfung dieses Vorschlags angekündigt. Ich frage Sie: Was hat diese Prüfung ergeben? Und was planen Sie für die kommenden Jahre, vor allen Dingen um die Anzahl der Betriebsprüfer und Steuerprüfer nachhaltig zu erhöhen?

(Beifall von der LINKEN)

Werden auch die Kapazitäten an der Fachhochschule ausgebaut? Ich bitte darum, dass Sie uns das beantworten.

Jetzt möchte ich auf die Neuwahlen zu sprechen kommen. Nach den forschenden Ankündigungen des Kollegen Römer und des Kollegen Laumann in den letzten Wochen – das hat ja Karneval begonnen – hätte der Landtag eigentlich heute aufgelöst werden müssen. Denn eines ist doch bereits heute klar: Die Kreditobergrenze im Haushalt 2011 wird überschritten. Das hat der Kollege Römer eben in Ihre Richtung deutlich gemacht. Die CDU müsste eigentlich, wenn sie nicht ihr Gesicht verlieren will, klagen, und

die SPD müsste die Auflösung des Landtages beantragen.

(Zuruf von der CDU: Sie haben doch am meisten Angst davor!)

Das Problem ist nur, dass das ein reines Affentheater ist. Die Menschen in diesem Lande verstehen das in keiner Weise; denn die Probleme beim Haushalt bleiben auch nach einer Neuwahl bestehen. Das kann ich Ihnen garantieren.

Wir halten Neuwahlen für falsch; aber wenn Sie sie haben wollen, können Sie sie kriegen. Nach einem halben Jahr ist meiner Meinung nach nämlich sehr deutlich geworden, dass die moderaten Akzentverschiebungen der Landesregierung auch dem Druck unserer Fraktion geschuldet sind.

(Beifall von der LINKEN – Lachen und Beifall von der CDU)

Das ist die politische Realität in diesem Lande, und das merken immer mehr Menschen. – Ich danke vielmals für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das war der Abgeordnete Zimmermann für die Fraktion Die Linke. – Als nächster Redner hat nun für die Landesregierung der Finanzminister Dr. Walter-Borjans das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch wenn es heute Mittag schon mehrfach gesagt worden ist, will ich es wiederholen: Am 15. März 2011 hat der Verfassungsgerichtshof des Landes Nordrhein-Westfalen den am 16. Dezember 2010 vom Landtag beschlossenen Nachtrag für nichtig erklärt.

Genauso unumwunden ist festzustellen: Der Verfassungsgerichtshof ist der Argumentation der Landesregierung und der Mehrheit des Landtags nicht gefolgt, noch im Jahr 2010 Vorsorge für die Zahlungsverpflichtungen zu treffen, die sich aus den Folgelasten der WestLB, aber auch aus den Niederlagen der Vorgängerregierung vor dem VGH – ich erinnere beispielsweise an die Kosten, die mit der Gewährleistung der Konnexität im Rahmen des KiFoG auf uns zukommen werden – ergeben haben.

Die Landesregierung respektiert und akzeptiert den Richterspruch. Sie zieht auch die notwendigen Konsequenzen. Darüber ist bislang noch relativ wenig gesprochen worden. Was heißt das eigentlich für die Abwicklung oder Rückabwicklung des Nachtragshaushalts? Ich kann es nur wiederholen – es ist bereits vom Fraktionsvorsitzenden der SPD gesagt worden –: Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, haben nicht Teile des Nachtrags beklagt; Sie haben den Nachtrag beklagt. Mit dieser Klage haben Sie Erfolg gehabt. Damit sind alle in

diesem Nachtrag niedergelegten Positionen zunächst einmal nichtig.

Wenn man jetzt auch nur das retten will, was Sie selbst gar nicht weghaben wollten, zum Beispiel die Hilfen an die Kommunen, dann muss man natürlich überlegen, wie man hier im Rahmen dessen, was die Verfassungsrichter zulassen, eine Reparatur vollziehen kann. Das werden wir tun. Wir werden das in den Fällen tun, in denen Rechtsgrundlagen vorhanden sind. Diese können vollzogen werden. Genauso bleiben besetzte Stellen natürlich besetzt. Allerdings sind die Stellen nicht da, weil sie im Haushalt jetzt nicht geschaffen worden sind, sodass sie bis zur Verabschiedung des Haushalts 2011 kompensiert werden müssen.

Auf der anderen Seite haben wir aber die Möglichkeit, mit über- und außerplanmäßigen Ausgaben die Dinge, die nicht ausdrücklich vom Verfassungsgericht verworfen worden sind – beispielsweise Sondervermögen und Rücklagen – zu finanzieren. Warum können wir das? Zusätzliche Kredite dürfen wir zwar nicht aufnehmen. Aber wir können das trotzdem, weil der Haushaltsschluss, den ich am 25. Januar 2011 vorgetragen habe, 960 Millionen € Minderausgaben aufwies. Mit diesen Minderausgaben ist diese Finanzierung möglich.

Ich finde, dass wir bei diesem Anlass das Ganze einmal würdigen sollten. Was ist denn da beschlossen worden, und was sind die Folgen?

Einer Behauptung muss ich ganz klar widersprechen. Wenn Sie, wie es im Haushalts- und Finanzausschuss schon geschehen ist, aus dem Urteil den Schluss ziehen: „Jetzt haben wir es schwarz auf weiß: Der Abschluss von Schwarz-Gelb am Ende des Jahres 2010 war 5 Milliarden €“, dann ist das definitiv unzutreffend.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie haben erreicht, dass die Korrekturen Ihrer Hinterlassenschaften – ich habe mal von toten Hühnern gesprochen, die über den Zaun zurückgeflogen sind –

(Karl Schultheis [SPD]: Eine ganze Hühnerfarm!)

jetzt nicht abgerechnet werden können. Ich kann Ihnen nur sagen: Das Verfahren vor dem Gericht ist abgeschlossen. Die Folgen sind es nicht. Diese toten Hühner werden wir sicher nicht still bestatten. Sie werden sich in Nachtragshaushalten niederschlagen. In denen wird deutlich werden, was in diesem Jahr und den nächsten Jahren aus der schwarz-gelben Regierungszeit noch auf uns zu kommt.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Dr. Gerhard Papke [FDP]: Wollen Sie mit noch einem Nachtragshaushalt scheitern? Hühnerhaushalt!)

Sehen wir uns einmal an, was das für das Jahr 2011 und die folgenden Jahre heißt. Das sollten wir unaufgeregzt tun und nicht mit der klamaukhaften Vorstellung, unter Schwarz-Gelb sei alles konsolidiert worden, vorher sei es vergeigt worden, und anschließend solle das Geld auch wieder mit vollen Händen ausgeschüttet werden. Ich würde einfach einmal raten, dass wir auf die Zahlen gucken. Dann stellen wir fest: In der Legislaturperiode zwischen 2000 und 2005 hat das Land 161 Milliarden € Steuern eingenommen. In Ihrer Regierungszeit 2006 bis 2010 waren das 196 Milliarden €. Das waren 35 Milliarden € mehr Steuereinnahmen als in der Legislaturperiode zuvor. In dieser Legislaturperiode haben Sie immer noch rund 23 Milliarden € Nettokreditaufnahme getätigt und den Schuldenberg vergrößert. In der Zeit davor mit 35 Milliarden € weniger Einnahmen hat die damalige Landesregierung 10 Milliarden € mehr aufgenommen.

Ich will gar nicht aufrechnen. Es ist schon interessant zu sehen, dass die Steuereinnahmen und die Nettokredite in der Zeit von 2000 bis 2005 zusammen kleiner waren als das, was Sie alleine an Steuereinnahmen in den fünf Jahren danach hatten. Die zusätzlichen Schulden in Höhe von 23 Milliarden sind noch obendrauf gekommen.

Wir sollten uns das vielleicht einfach mal zu Herzen nehmen und sagen: Wenn in diesem Jahrzehnt, in zwei Legislaturperioden, rund 55 Milliarden € Schulden dazugekommen sind – insgesamt machen die Schulden ein Volumen von 130 Milliarden € aus –, ist die Konsolidierung offenbar bei allen nicht so gelungen, wie sie sie gerne gehabt hätten. Da nutzt es nichts, mit Auslegungen anzufangen, was wie funktioniert, sondern man muss feststellen: Offenbar ist das Drehen an der Ausgabenschraube, um die Ausgaben zu verringern, alleine keine Lösung. Die Lösung ist Ihnen nicht gelungen, die ist auch vorher nicht gelungen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Es wird doch auch immer deutlicher – auch für die Beobachter in der Bevölkerung –, dass wir hier eine Auseinandersetzung führen, bei der der Angriff von einer Seite kommt, der niemand glaubt, wirklich das Rezept zu haben, all das zu bewerkstelligen, was sie jetzt vollmundig als Opposition ankündigt.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Herr Laumann hat gerade noch Zeitungsinterviews gegeben, in denen er dargestellt hat, dass er die geplante Nettokreditaufnahme um 2,3 Milliarden € senken kann.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Ja!)

1,3 Milliarden € davon sind eine ziemlich abenteuerliche Schätzung der Steuern. Ich hoffe sogar, Sie haben recht. Und wenn Sie recht haben, wird jeder Cent dieser Steuermehreinnahmen in die Senkung der Kreditaufnahme fließen,

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

und dann wird die Zahl vor dem Komma – ursprünglich war es mal eine 7, und alleine durch den Tarifabschluss ist es schon eine 6 geworden – noch besser. Das ist ja wunderbar. Ich möchte nur von Ihnen wissen: Ist das jetzt alles, was Sie vorschlagen haben, oder kommt da noch was?

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Lesen Sie doch meine Rede nach!)

Denn Sie haben 2,3 Milliarden € vorgeschlagen. Bei 2,3 Milliarden € bleibt immer noch 1 Milliarde € mehr als die Investitionsgrenze.

An einer anderen Stelle sagen Sie, Sie schaffen auch 3,3 Milliarden € weniger. Wenn Sie mit irgendjemandem draußen reden, wird der Ihnen immer sagen: Eines ist sicher schon mal klar: Die wissen nicht, wie sie diese Grenze erreichen sollen. – Ich will ja – das habe ich auch schon im Haushalts- und Finanzausschuss gesagt – gerne zur Kenntnis nehmen, dass sich eine Opposition auf den Standpunkt stellt: Ihr seid Regierung, erklärt ihr doch mal, wie es geht!

(Christian Möbius [CDU]: Sie sind doch am Zuge!)

Man könnte konstruktive Opposition auch als Streit über unterschiedliche Ansätze verstehen, dass die einen sagen: Ja, wir würden zum Beispiel den Universitäten keinen Ausgleich für die abgeschafften Studiengebühren geben. – Reden Sie bitte nicht darüber, dass die Studiengebühren wieder da sind! Die sind per Gesetz abgeschafft. Sie können nur noch darüber reden, ob die Universitäten dafür einen Ausgleich bekommen oder nicht. Den wollen Sie offenbar sparen.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von Wolfgang Zimmermann [LINKE])

Sie reden von 1,3 Milliarden € mehr Steuern. Ich sage noch mal: Wenn die kommen, ist das wunderbar. Aber wie kommen Sie denn dahin? Wir haben im Moment zwei Monatseingänge für das Jahr 2011. Der Januar war unter den Januar-Monaten der letzten fünf Jahre der zweitschlechteste. Er hat nur ein Plus, weil der schlechteste voriges Jahr war. Voriges Jahr war der Januar schlechter als der Januar 2009, und deswegen haben wir im Januar-Vergleich gegenüber 2010 ein Plus.

Der Februar ist sogar der beste aller fünf – in der Tat. Allerdings muss man darüber nachdenken, ob das möglicherweise nicht auch mit einer Verschiebung zu tun hat. Denn wenn Sie sich mal den Verlauf der Steuereingänge anschauen, stellen Sie fest, Sie haben die Spalten immer in den Quartalsmonaten: im März, im Juni, im September, im Dezember. Gucken wir uns die doch mal an! Schauen wir uns doch zumindest mal das erste Quartal an, um zu sehen, wie das läuft! Es ist zweifelhaft, ob man aus diesen zwei Monaten und den 850 Millionen €

Mehreinnahmen zu den schlechtesten Anfangsmonaten eines Jahres im Fünf-Jahres-Vergleich den Schluss ziehen kann, schon 1,3 Milliarden € zu verfrühstücken. Mit der Art und Weise, wie Sie früher immer vorgegangen sind, das sei ein vorsichtiges kaufmännisches Verhalten, hat dieses Hasardeurtum wirklich nichts mehr zu tun.

(Beifall von der SPD)

Jetzt nenne ich noch einen anderen Punkt. Was bedeutet das Urteil für 2011?

(Zuruf von der CDU: Sparen!)

Es bedeutet, dass wir die Konsolidierung, die Senkung der Neuverschuldung auf null bis zum Jahr 2020, genauso beherzt fortsetzen müssen, wie wir das angefangen haben.

(Beifall von Norbert Römer [SPD] – Lachen von der CDU und von der FDP – Große Unruhe)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Pscht!

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: In dem geltenden Entwurf, der sich, was die Einnahmeseite angeht, wie wir wissen, mit Sicherheit verbessern wird, sind 500 Millionen € Einsparungen enthalten – nicht durch Haushaltsabschluss am Ende des Jahres, sondern durch festgelegte Einsparungen. 500 Millionen € festgelegte Einsparungen sind auch in den letzten Jahren maximal möglich gewesen, wenn die Regierung einen Vorschlag gemacht hat oder wenn das Parlament Kürzungen beschlossen hat, weil auch der Vorgänger immer gesagt hat: Das ist eine Grenze, an der man bei dem bewussten Herausschneiden von Positionen aus dem Haushalt gar nicht vorbeikommt.

Wir haben noch etwas festzustellen – das habe ich beim letzten Mal hier im Landtag schon gesagt –: Nordrhein-Westfalen ist nicht ein Land, das pro Kopf der Bevölkerung das Geld mit vollen Händen zum Fenster rauswirft, sondern Nordrhein-Westfalen ist das Land mit der geringsten Ausgabengröße pro Kopf der Bevölkerung. Allerdings ist, wenn ein solcher Fehlbetrag zwischen Einnahmen und Ausgaben vorhanden ist, offenbar auf der Einnahmeseite etwas nicht da.

Wenn wir die einfache Rechnung aufmachen und fragen: „Was wäre denn, wenn wir die durchschnittlichen Einkommensteuereinnahmen pro Kopf der Bevölkerung unserer berühmten Geberländer hätten?“ – wir stehen bei der Einnahmenstärke an fünfter Stelle –, und bei den Landessteuern pro Kopf etwa die Einnahmengröße des Spitzenreiters Bayern zugrunde legen, hätte Nordrhein-Westfalen ein Einnahmenplus von 5 Milliarden €.

Warum ist das nicht so? – Das ist nicht so, weil die Nordrhein-Westfalen nicht so fleißig sind oder weil

die gut Beschäftigten in Nordrhein-Westfalen nicht so viel verdienen wie die gut beschäftigten Bayern, Baden-Württemberger oder Hessen, sondern es liegt daran, dass sich in diesem Land ein enormer Strukturwandel vollzogen hat und dass offenbar Bevölkerungskreise und vor allen Dingen auch ihre Folgegeneration mit diesem Strukturwandel in dieser Weise nicht mitgekommen sind.

Jetzt ist die Frage: Wie begegnet man dem? – Begegnet man dem, indem man die ohnehin schon niedrigsten Pro-Kopf-Ausgaben noch weiter senkt, die Infrastruktur noch etwas mehr austrocknen lässt, nicht in Bildung investiert, um durch diese Kürzung auf Dauer einen Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben zu erzielen? Da sage ich Ihnen voraus: Dann werden die Einnahmen des Landes aus Steuern weiter zurückgehen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Die Idee einer vorsorgenden Bildungs-, Sozial- und Wirtschaftspolitik und nicht einer – wie Sie, Herr Laumann, es immer wieder nennen – präventiven Haushaltspolitik besteht gerade darin, die Talente, die wir haben, die aber brachliegen, zu fördern, kein Kind zurückzulassen, Bildung und Betreuung zu unterstützen und damit die Investitionen vorzunehmen, die anschließend die Menschen in die Lage versetzen, Einkommen zu erzielen und Einkommensteuer zu bezahlen, um dadurch durch höhere Einnahmen zu einem Ausgleich zu kommen.

Sie reden mal so, mal so. – Der Bericht der Enquetekommission „Chancen für Kinder“, im Jahre 2008 zusammen mit Ihnen verabschiedet, besagt in der Empfehlung 12.1: „Bildungsausgaben sind Investitionen in die Zukunft.“ Eben ist großartig dagegen argumentiert worden, das habe mit Investitionen alles überhaupt nichts zu tun.

Wir sollten uns durchaus darüber streiten, auf welche Weise wir den Haushalt ausgleichen. Aber: Wenn Sie meinen, das ginge zum einen mit Runterschneiden, und Sie könnten zum anderen um 3 Milliarden € kürzen, ohne dabei Personalausgaben anzutasten, obwohl wir wissen, dass der Anteil der Personalausgaben in Nordrhein-Westfalen wie in den anderen Ländern bei 40 % der Gesamtausgaben liegt, dann ist es, glaube ich, nicht übertrieben und verzerrend, wenn man sagt: Bei 3 Milliarden € Einsparung ist davon auszugehen, dass darin 1 Milliarde € für Personal enthalten sein muss. Und wenn Sie das umrechnen, sind Sie relativ schnell bei 20.000, 25.000 Stellen, auf die Sie dann verzichten müssten.

Ich rate dringend dazu, die Auseinandersetzung nicht zu führen, indem man Wolkenkuckucksheime aufbaut, indem man sich eine außergewöhnlich günstige Lage in der letzten Legislaturperiode als Erfolg ans Revers heftet und nicht weiter nachdenkt, sondern sich auf den Standpunkt zurückzieht: Ihr

seid die Regierung, und deshalb äußern wir uns grundsätzlich nicht, und wenn doch, dann unter Nennung von irgendwelchen obskuren Zahlen von 1,3 Milliarden € Mehreinnahmen. – Die 240 Millionen € Tarifsteigerungen nehmen Sie gleich mit, obwohl in Ihrem Entwurf noch 250 Millionen € zu wenig veranschlagt gewesen wären. Aber das ist Ihnen alles egal.

So kann man auf jeden Fall diese Diskussion nicht führen. Eine solche Diskussion hätte nur zur Konsequenz, die Verschuldung auch in den nächsten Jahrzehnten nicht in den Griff zu bekommen.

Wenn wir sie in den Griff bekommen wollen, dann sollten wir uns anschauen, was in der nächsten Woche beispielsweise Prognos dazu sagt, wie präventive Sozial- und Bildungspolitik, wie vorsorgende Politik aussieht, welche ökonomischen Folgen sie hat, weil sie mit Investitionen jetzt die Zukunft sichert und damit auch einen Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben bewerkstelltigt.

(Christian Weisbrich [CDU]: Münchhausen-Prinzip!)

Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Walter-Borjans. – Als nächste Wortmeldung habe ich für die Fraktion Die Linke die des Abgeordneten Sagel. – Nur zur Information: Die anderen Kollegen haben ihre Wortmeldungen zurückgezogen oder zurückgestellt.

Rüdiger Sagel¹⁾ (LINKE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das war ja sehr überraschend, dass ich direkt nach dem Finanzminister reden darf.

Spätestens nach dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs ist, glaube ich, eines klar geworden: Wir müssen dringend endlich etwas zur Stärkung der Einnahmeseite tun. Das ist der zentrale und wichtigste Punkt. Denn wir wollen weiter den Politikwechsel. Und wir wollen soziale Gerechtigkeit. Dazu muss die Einnahmeseite gestärkt werden.

Die Situation in Deutschland ist aber immer noch folgende: Bei großen Erbschaften ist Deutschland eine Steueroase, bei Unternehmensgewinnen ist Deutschland ein Niedrigsteuerland. Das muss dringend geändert werden. Deswegen wollen wir, dass über Bundesratsinitiativen Politik gemacht wird, die endlich die Einnahmeseite stärkt.

(Beifall von der LINKEN)

Noch einmal sehr deutlich an die Adresse von CDU und FDP: Sie haben doch in den letzten fünf Jahren hier den Sozialstaat immer mehr kaputtgespart. Und Sie wollen das Kaputtsparen fortsetzen. Wenn Herr Laumann sagt, eine präventive Haushaltspolitik sei

nicht mehr möglich, dann heißt das doch ganz unstreitig: Sie wollen keine Generationengerechtigkeit, Sie wollen nichts für die Kinder und die jungen Menschen in unserem Land tun. Das ist doch Ihre Politik.

Sie haben sich hier fünf Jahre lang als Sozialräuber betätigt. Sie haben einen Raubzug durch die kommunalen Kassen in Nordrhein-Westfalen gemacht.

(Beifall von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Sie haben den Kommunen 3 Milliarden € entzogen. Mittlerweile können nur noch acht Kommunen in Nordrhein-Westfalen strukturell gesicherte Haushalte vorweisen. Das war Ihre Politik.

Das ganze finanzpolitische Lügengebäude von CDU und FDP ist jetzt wie ein Bruchbau zusammengekracht. Das muss man hier einmal feststellen.

(Beifall von der LINKEN)

Letztlich haben Sie genau das getan, was Sie hier die ganze Zeit geißeln: Sie haben genau diese 23 Milliarden € Neuverschuldung in den letzten fünf Jahren produziert.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Sie haben dieses Rekorddefizit erzielt. Ihr ehemaliger Finanzminister ist doch der Herr des „Kahlen Astens“ hier in Nordrhein-Westfalen. Er hat doch genau diese Politik in den letzten fünf Jahren vorangetrieben.

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

Dazu kommt, dass das Ausmaß der Krise der WestLB noch immer nicht in Gänze auf dem Tisch liegt. Sie haben hier jahrelang eine Salamitaktik betrieben. Jetzt wird schon wieder von 9 Milliarden € Absicherung geredet. Und wir wissen, dass wir in die Größenordnung von 10 Milliarden €, die da noch anfallen, kommen. Das ist doch genau das, was Sie hier in den letzten Jahren gemacht haben.

Sie sind doch für die Krise der WestLB verantwortlich, weil Sie nicht vernünftig kontrolliert haben, weil Sie diese Boni-Banker haben machen lassen, was sie die ganze Zeit gemacht haben, nämlich sich die Taschen vollzustopfen. Diese Politik haben Sie zugelassen.

Und Sie haben zusätzlich noch schwarze Kassen zum Beispiel beim BLB angelegt, die wir nach dem Regierungswechsel in Nordrhein-Westfalen erst einmal aufgelöst haben. Das war die Politik, die wir als Linke ganz maßgeblich mit vorangetrieben haben.

Deswegen kann ich nur sagen: Wir brauchen endlich eine andere Finanzpolitik in Nordrhein-Westfalen. Wir müssen die strukturelle Unterfinanzierung der öffentlichen Haushalte endlich beenden. Ich appelliere noch einmal sehr deutlich an SPD

und Grüne, endlich diese notwendigen Initiativen mit uns zusammen voranzutragen.

Und wir müssen nicht nur die Erbschaftsteuer erhöhen, eine Millionärssteuer einführen und Dergleichen mehr, sondern auch die Änderung der Grund-erwerbsteuer, die 450 Millionen € in die Kassen von Nordrhein-Westfalen spülen würde, voranbringen und sie hier in Nordrhein-Westfalen umsetzen. Wir sind auch dafür, weitere Betriebs- und Steuerprüfer einzustellen, damit dieses Vollzugsdefizit in Nordrhein-Westfalen endlich beendet wird. Auch hier machen wir weiter Druck. Die Linke hat da eine klare Haltung.

Ich kann Ihnen nur eins sagen: Gucken Sie sich mal die Wahlergebnisse an – wir müssen Neuwahlen nicht fürchten, CDU, FDP und andere aber schon.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sagel. – Als nächste Rednerin hat nun für die Landesregierung Frau Ministerin Löhrmann das Wort.

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich gemeldet, weil eben während des Vortrags des Finanzministers, nach dem bestimmte Stellen geschaffen worden sind, um den Unterricht zu decken, jetzt auch richtig seien und nicht besetzt werden könnten, der Kollege Weisbrich dazwischengerufen hat, das seien doch unabweisbare Ausgaben.

(Christian Weisbrich [CDU] schüttelt mit dem Kopf.)

Ich hätte die Bitte, Herr Kollege Weisbrich, dass Sie dem Hohen Haus erläutern, wieso Sie meinen, dass das anders ist und diese Stellen besetzt werden können, und auf welcher Rechtsgrundlage Sie diese Aussage hier getroffen haben,

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN – Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

weil wir dem gern nachgehen wollen. Ich habe den Eindruck, Sie versuchen auch hier Zweierlei: nämlich zu geißeln, wo Schulden gemacht worden sind, sich aber dort einen schlanken Fuß machen, wo Sie selber gern Stellen im Schulbereich besetzt hätten.

(Zuruf von Sören Link [SPD] – Gegenruf von Manfred Palmen [CDU])

Das hätten wir hier gern im Protokoll für das Hohe Haus und die Öffentlichkeit dokumentiert. – Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin Löhrmann. – Es gibt jetzt noch weitere Wortmeldungen. Ich will nur darauf hinweisen, dass die verabredeten Redezeiten überschritten sind.

(Christian Weisbrich [CDU] tritt ans Rednerpult. – Unruhe)

Die Landesregierung hat um vier Sekunden überzogen.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Aber ich gehe davon aus, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir alle in der Lage sind, gemeinsam Großzügigkeit miteinander zu verabreden, damit die gerade gestellte Frage unmittelbar beantwortet werden kann. – Dazu hat jetzt der Kollege Weisbrich die Gelegenheit. Bitte.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Eins, zwei, drei, vier!)

Christian Weisbrich (CDU): Ich verkneife mir jede Kommentierung, sondern will nur sachlich auf das eingehen, was Frau Löhrmann eben gesagt hat. – Verehrte Frau Ministerin, Sie haben eben auf die Entfernung nicht richtig zugehört und mich auch nicht richtig verstanden. Ich habe gesagt: Sie dürfen nur Ausgaben tätigen, die unabweisbar sind. – Ich habe nicht gesagt, die Stellen zusätzlich einzurichten sei unabweisbar. Das ist in der Tat nicht der Fall.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Ansonsten können Sie unabweisbare Ausgaben tätigen. Und da wird der Minister beweisen müssen, was unabweisbar ist.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Weisbrich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weise darauf hin, dass die übrigen Fraktionen noch Redezeit hätten. Beim Blick in die Runde stelle ich aber fest, dass die Fraktionen diese Redezeit nicht mehr in Anspruch nehmen wollen.

Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind wir am Ende dieses Tagesordnungspunktes und zugleich auch am Ende unserer heutigen Sitzung.

Die **nächste Sitzung** findet statt am Mittwoch, den 30. März 2011, 10 Uhr.

Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Abend und viel Vergnügen in den Anhörungen und Sitzungen, die jetzt noch stattfinden.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 16:49 Uhr

^{*)} Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht
überprüft (§ 96 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarproto-
koll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.